

MasterFonds-VV Ertrag

Gemischtes Sondervermögen deutschen Rechts
Verkaufsprospekt einschließlich Anlagebedingungen

Verwahrstelle: Augsburger Aktienbank AG, Augsburg



Administration ■ Insourcing ■ Risk Management

Der Kauf und Verkauf von Anteilen an dem Sondervermögen MasterFonds-VV Ertrag erfolgt auf der Basis des zurzeit gültigen Verkaufsprospekts, der wesentlichen Anlegerinformationen und der Allgemeinen Anlagebedingungen in Verbindung mit den Besonderen Anlagebedingungen in der jeweils geltenden Fassung. Die Allgemeinen Anlagebedingungen und die Besonderen Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesen Verkaufsprospekt in den Abschnitten E und F abgedruckt.

Der Verkaufsprospekt ist dem am Erwerb eines Anteils an dem Sondervermögen MasterFonds-VV Ertrag Interessierten zusammen mit den wesentlichen Anlegerinformationen, dem letzten veröffentlichten Jahresbericht sowie dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichtem Halbjahresbericht kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der am Erwerb eines Anteils Interessierte ist zudem über den jüngsten Nettoinventarwert des MasterFonds-VV Ertrag zu informieren.

Von dem Verkaufsprospekt abweichende Auskünfte oder Erklärungen dürfen nicht abgegeben werden. Jeder Kauf und Verkauf von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in diesem Verkaufsprospekt enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Käufers. Dieser Verkaufsprospekt wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht und dem gegebenenfalls nach dem Jahresbericht veröffentlichten Halbjahresbericht.

ANLAGEBESCHRÄNKUNGEN FÜR US-PERSONEN

Die Universal-Investment-Gesellschaft mbH und/oder der MasterFonds-VV Ertrag sind und werden nicht gemäß dem United States Investment Company Act von 1940 in seiner gültigen Fassung registriert. Die Anteile des Sondervermögens sind und werden nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 in seiner gültigen Fassung oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Anteile des MasterFonds-VV Ertrag dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch einer US-Person oder auf deren Rechnung angeboten oder verkauft werden. Antragsteller müssen gegebenenfalls darlegen, dass sie keine US-Person sind und Anteile weder im Auftrag von US-Personen erwerben noch an US-Personen weiterveräußern. US-Personen sind Personen, die Staatsangehörige der USA sind oder dort ihren Wohnsitz haben und/oder dort steuerpflichtig sind. US-Personen können auch Personen- oder Kapitalgesellschaften sein, die gemäß den Gesetzen der USA bzw. eines US-Bundesstaats, Territoriums oder einer US-Besitzung gegründet werden.

WICHTIGSTE RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN DER VERTRAGSBEZIEHUNG

Durch den Erwerb der Anteile wird der Anleger Miteigentümer der vom Sondervermögen gehaltenen Vermögensgegenstände nach Bruchteilen. Er kann über die Vermögensgegenstände nicht verfügen. Mit den Anteilen sind keine Stimmrechte verbunden.

Sämtliche Veröffentlichungen und Werbeschriften sind in deutscher Sprache abzufassen oder mit einer deutschen Übersetzung zu versehen. Die Universal-Investment-Gesellschaft mbH wird ferner die gesamte Kommunikation mit ihren Anlegern in deutscher Sprache führen.

Das Rechtsverhältnis zwischen Universal-Investment-Gesellschaft mbH und dem Anleger sowie die vorvertraglichen Beziehungen richten sich nach deutschem Recht. Der Sitz der Universal-Investment-Gesellschaft mbH ist Gerichtsstand für Klagen des Anlegers gegen Universal-Investment-Gesellschaft mbH aus dem Vertragsverhältnis. Anleger, die Verbraucher sind (siehe die folgende Definition) und in einem anderen EU-Staat wohnen, können auch vor einem zuständigen Gericht an ihrem Wohnsitz Klage erheben. Die Vollstreckung von gerichtlichen Urteilen richtet sich nach der Zivilprozessordnung, ggf. dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung bzw. der Insolvenzordnung. Da die Universal-Investment-Gesellschaft mbH inländischem Recht unterliegt, bedarf es keiner Anerkennung inländischer Urteile vor deren Vollstreckung.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte können Anleger den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten beschreiten oder, soweit ein solches zur Verfügung steht, auch ein Verfahren für alternative Streitbeilegung anstrengen.

Die Universal-Investment-Gesellschaft mbH hat sich zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle verpflichtet.

Bei Streitigkeiten können Verbraucher die „Ombudsstelle für Investmentfonds“ des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. als zuständige Verbraucherschlichtungsstelle anrufen. Die Universal-Investment-Gesellschaft mbH nimmt an Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teil.

Die Kontaktdaten der „Ombudsstelle für Investmentfonds“ lauten:

Büro der Ombudsstelle des BVI
Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Unter den Linden 42
10117 Berlin

Telefon: (030) 6449046 - 0
Telefax: (030) 6449046 - 29

Email: info@ombudsstelle-investmentfonds.de
www.ombudsstelle-investmentfonds.de

Verbraucher sind natürliche Personen, die in das Sondervermögen zu einem Zweck investieren, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann, die also zu Privatzwecken handeln.

Bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kaufverträgen oder Dienstleistungsverträgen, die auf elektronischem Wege zustande gekommen sind, können sich Verbraucher auch an die Online-Streitbeilegungsplattform der EU wenden (www.ec.europa.eu/consumers/odr). Die Plattform ist selbst keine Streitbeilegungsstelle, sondern vermittelt den Parteien lediglich den Kontakt zu einer zuständigen nationalen Schlichtungsstelle.

Das Recht, die Gerichte anzurufen, bleibt von einem Streitbeilegungsverfahren unberührt.

Wertpapier-Kennnummer / ISIN: A0NFZJ / DE000A0NFZJ8

Auflegungsdatum: 13. Mai 2008

Stand: **01.01.2018**

Hinweis:

Bei Änderungen von Angaben mit wesentlicher Bedeutung wird der Verkaufsprospekt aktualisiert.

Inhaltsverzeichnis

A. Kurzübersicht über die Partner des MasterFonds-VV Ertrag	7
1. Kapitalverwaltungsgesellschaft	7
2. Verwahrstelle	8
3. Asset Management-Gesellschaft	9
4. Abschlussprüfer	9
5. Anlageausschuss	9
B. Grundlagen	10
1. Das Sondervermögen (der Fonds)	10
2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen	10
3. Anlagebedingungen und deren Änderungen	10
4. Verwaltungsgesellschaft	11
5. Verwahrstelle	12
6. Asset Management-Gesellschaft	13
7. Risikohinweise	14
Risiken einer Fondsanlage	15
Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko)	17
Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile	19
Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko)	21
Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko	21
Operationelle und sonstige Risiken des Fonds	22
8. Erläuterung des Risikoprofils des Fonds	24
9. Erhöhte Volatilität	24
10. Profil des typischen Anlegers	24
11. Anlageziel, Anlagegrundsätze und Anlagepolitik	25
Anlageziel	25
Anlagegrundsätze und Anlagepolitik	25
12. Anlageinstrumente im Einzelnen	26
Geldmarktinstrumente	26
Bankguthaben	29
Anlagegrenzen für Geldmarktinstrumente sowie Bankguthaben	29

Investmentanteile und deren Anlagegrenzen	30
Kreditaufnahme	32
Hebelwirkung (Leverage)	32
Ausnahme: Vermögensanlage bei Wegfall der Asset Management-Gesellschaft	33
13. Bewertung	33
Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung	33
Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände	33
14. Wertentwicklung	34
15. Teilinvestmentvermögen	35
16. Anteile	35
Ausgabe und Rücknahme von Anteilen	35
Aussetzung der Anteilrücknahme	36
Liquiditätsmanagement	36
Börsen und Märkte	38
Faire Behandlung der Anleger und Anteilklassen	38
Ausgabe- und Rücknahmepreis	39
Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise	39
17. Kosten	39
Kosten bei Ausgabe und Rücknahme der Anteile	39
Verwaltungs- und sonstige Kosten	40
18. Vergütungspolitik	44
19. Ermittlung und Verwendung der Erträge; Geschäftsjahr	44
Ertragsausgleichsverfahren	44
Ertragsverwendung	45
Geschäftsjahr	45
20. Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds	45
21. Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften	47
Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)	48
Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)	50
Steuerausländer	54
Solidaritätszuschlag	54
Kirchensteuer	54
Ausländische Quellensteuer	54
Folgen der Verschmelzung von Investmentfonds	54

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen	55
22. Auslagerung	56
23. Interessenkonflikte	56
24. Jahres-/Halbjahresberichte; Abschlussprüfer; Dienstleister	59
25. Zahlungen an die Anteilinhaber; Verbreitung der Berichte und sonstige Informationen	59
26. Weitere von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen	59
C. Liste der Unterverwahrer	66
D. Recht des Käufers zum Widerruf	87
E. Allgemeine Anlagebedingungen	88
F. Besondere Anlagebedingungen	101

A. Kurzübersicht über die Partner des MasterFonds-VV Ertrag

1. Kapitalverwaltungsgesellschaft

Name	Universal-Investment-Gesellschaft mbH
Hausanschrift	Theodor-Heuss-Allee 70 60486 Frankfurt am Main
Postanschrift	Postfach 17 05 48 60079 Frankfurt am Main Telefon: (069) 7 10 43 - 0 Telefax: (069) 7 10 43 – 700 http://www.universal-investment.com
Gründung	1968
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Handelsregister	Frankfurt am Main (HRB 9937)
Gezeichnetes und eingezahltes Kapital	€ 10.400.000,00 (Stand: August 2017)
Eigenmittel	€ 54.421.000,00 (Stand: August 2017)
Geschäftsführer	Frank Eggloff, München Markus Neubauer, Frankfurt am Main Stefan Rockel ¹ , Lauterbach Alexander Tannenbaum, Mühlheim am Main Bernd Vorbeck (Vorsitzende der Geschäftsführung) ² , Elsenfeld
Aufsichtsrat	Prof. Dr. Harald Wiedmann, Vorsitzender Rechtsanwalt, Berlin Dr. Axel Eckhardt Senior Advisor Montagu, Frankfurt am Main Daniel Fischer Director Montagu, Frankfurt am Main Daniel F. Just Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Versorgungskammer, München

¹ Gleichzeitig auch geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied der Universal-Investment-Luxembourg S.A.

² Gleichzeitig auch Präsident des Verwaltungsrates der Universal-Investment-Luxembourg S.A.

2. Verwahrstelle

Name	Augsburger Aktienbank AG
Hausanschrift	Halterstraße 21 86150 Augsburg
Telefon	(0821) 50 15 - 0
Telefax	(0821) 50 15 - 278
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Handelsregister	Augsburg (HRB 43)
Haftendes Eigenkapital	€ 143.700.693,989 (Stand: Juli 2016)
Vorstand	Lothar Behrens (Sprecher) Joachim Maas Peer Teske
Vorsitzender des Aufsichtsrates	Jochen Herwig

3. Asset Management-Gesellschaft

Name	DJE Kapital AG
Postanschrift	Pullacher Straße 24 82049 Pullach
Telefon	(089) 790 453-0
Telefax	(089) 790 453-185
Internet	https://www.dje.de
Handelsregister	München (HRB 128888)
Vorstand	Dr. Jens Ehrhardt (Vorsitzender) Dr. Jan Ehrhardt (Stellv. Vorsitzender) Dr. Ulrich Kaffarnik Peter Schmitz
Vorsitzender des Aufsichtsrates	Dr. Ralf Bethke

4. Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
The Squaire
Am Flughafen
60549 Frankfurt am Main

5. Anlageausschuss

Lothar Behrends,
Augsburger Aktienbank AG,
Augsburg

Joachim Maas,
Augsburger Aktienbank AG,
Augsburg

Ulrich Truckenmüller,
Augsburger Aktienbank AG,
Augsburg

B. Grundlagen

1. Das Sondervermögen (der Fonds)

Das Sondervermögen MasterFonds-VV Ertrag (nachfolgend „Fonds“) ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen, der von einer Anzahl von Anlegern Kapital einsammelt, um es gemäß einer festgelegten Anlagestrategie zum Nutzen dieser Anleger zu investieren (nachfolgend „Investmentvermögen“). Der Fonds ist ein Gemischtes Sondervermögen gemäß § 218 des Kapitalanlagegesetzbuchs (nachfolgend „KAGB“). Er wird von der Kapitalverwaltungsgesellschaft Universal-Investment-Gesellschaft mbH (nachfolgend „Gesellschaft“) verwaltet. Der Fonds wurde am 13. Mai 2008 für unbestimmte Dauer aufgelegt.

Die Gesellschaft legt das bei ihr eingelegte Kapital im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem KAGB zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Der Geschäftszweck des Fonds ist auf die Kapitalanlage gemäß einer festgelegten Anlagestrategie im Rahmen einer kollektiven Vermögensverwaltung mittels der bei ihm eingelegten Mittel beschränkt; eine operative Tätigkeit und eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung der gehaltenen Vermögensgegenstände ist ausgeschlossen. In welche Vermögensgegenstände die Gesellschaft die Gelder der Anleger anlegen darf und welche Bestimmungen sie dabei zu beachten hat, ergibt sich aus dem KAGB, den dazugehörigen Verordnungen sowie dem Investmentsteuergesetz (nachfolgend „InvStG“) und den Anlagebedingungen, die das Rechtsverhältnis zwischen den Anlegern und der Gesellschaft regeln. Die Anlagebedingungen umfassen einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil („Allgemeine Anlagebedingungen“ und „Besondere Anlagebedingungen“). Anlagebedingungen für ein Publikums-Investmentvermögen müssen vor deren Verwendung von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt werden. Der Fonds gehört nicht zur Insolvenzmasse der Gesellschaft.

2. Verkaufsunterlagen und Offenlegung von Informationen

Der Verkaufsprospekt, die wesentlichen Anlegerinformationen, die Anlagebedingungen sowie die aktuellen Jahres- und Halbjahresberichte sind kostenlos erhältlich bei der Gesellschaft, der Verwahrstelle, der Vertriebsgesellschaft und auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com>.

Zusätzliche Informationen über die Anlagegrenzen des Risikomanagements dieses Fonds, die Risikomanagementmethoden und die jüngsten Entwicklungen bei den Risiken und Renditen der wichtigsten Kategorien von Vermögensgegenständen sind in elektronischer oder schriftlicher Form bei der Gesellschaft erhältlich.

3. Anlagebedingungen und deren Änderungen

Die Anlagebedingungen sind im Anschluss an diesen Verkaufsprospekt in dieser Unterlage abgedruckt. Die Anlagebedingungen können von der Gesellschaft geändert werden. Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der Genehmigung durch die BaFin. Änderungen der Anlagegrundsätze des Fonds bedürfen zusätzlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Fonds sind nur unter der Bedingung zulässig, dass die Gesell-

schaft den Anlegern anbietet, ihre Anteile entweder ohne weitere Kosten vor dem Inkrafttreten der Änderungen zurückzunehmen oder, ihre Anteile gegen Anteile an Sondervermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kostenlos umzutauschen, sofern derartige Fonds von der Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen aus ihrem Konzern verwaltet werden.

Die vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und darüber hinaus auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com> bekannt gemacht. Wenn die Änderungen Vergütungen und Aufwandsentgelte, die aus dem Fonds entnommen werden dürfen, oder die Anlagegrundsätze des Fonds oder wesentliche Anlegerrechte betreffen, werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen in Papierform oder in elektronischer Form (sogenannter „dauerhafter Datenträger“) informiert. Diese Information umfasst die wesentlichen Inhalte der geplanten Änderungen, ihre Hintergründe, die Rechte der Anleger in Zusammenhang mit der Änderung sowie einen Hinweis darauf, wo und wie weitere Informationen erlangt werden können.

Die Änderungen treten frühestens am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Änderungen von Regelungen zu den Vergütungen und Aufwendungserstattungen treten frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung in Kraft, wenn nicht mit Zustimmung der BaFin ein früherer Zeitpunkt bestimmt wurde. Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Fonds treten ebenfalls frühestens drei Monate nach Bekanntmachung in Kraft.

4. Verwaltungsgesellschaft

Firma, Rechtsform und Sitz

Der Fonds wird von der am 4. November 1968 gegründeten Kapitalverwaltungsgesellschaft Universal-Investment-Gesellschaft mbH mit Sitz in Frankfurt am Main verwaltet. Sie ist eine Gemeinschaftsgründung deutscher Banken und Bankiers. Ihre Gesellschafter sind die Universal-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, die Alpha LuxCo 1 S.à r.l., Luxemburg, die Berenberg Beteiligungsholding GmbH, Hamburg, und die Lampe UI Beteiligungs GmbH, Düsseldorf.

Die Universal-Investment-Gesellschaft mbH ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des KAGB in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

Die Gesellschaft darf seit 1968 Wertpapier-Sondervermögen verwalten. Ferner durfte sie seit dem 30. August 1994 auch Geldmarkt-Sondervermögen und seit dem 19. Oktober 1998 Investmentfondsanteil-, Gemischte Wertpapier- und Grundstücks- sowie Altersvorsorge-Sondervermögen verwalten. Nach Inkrafttreten des Investmentgesetzes darf die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2004 Richtlinienkonforme Sondervermögen, Altersvorsorge-Sondervermögen und Spezial-Sondervermögen, seit dem 9. August 2005 Gemischte Sondervermögen und Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken, seit dem 29. April 2008 Sonstige Sondervermögen verwalten und die Fremdverwaltung von Investmentaktiengesellschaften und Spezial-Investmentaktiengesellschaften ausüben sowie seit dem 18. August 2011 Immobilien-Sondervermögen, Infrastruktur-Sondervermögen, Mitarbeiterbeteiligungs-Sondervermögen, Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken und EU-Investmentvermögen verwalten. Nach Inkrafttreten des Kapitalanlagegesetzbuches darf die Gesellschaft seit dem 21. Juli 2013 Investmentvermögen gemäß der OGAW-Richtlinie verwalten. Die Gesellschaft hat eine Erlaubnis als OGAW- und AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Vorstand/Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Nähere Angaben über die Geschäftsführung, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sowie über das gezeichnete und eingezahlte Kapital und die Eigenmittel finden Sie im Abschnitt A „1. Kapitalverwaltungsgesellschaft“ dieses Verkaufsprospektes.

Eigenkapital und zusätzliche Eigenmittel

Die Gesellschaft hat die Berufshaftungsrisiken, die sich durch die Verwaltung von Fonds ergeben, die nicht der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (nachfolgend „OGAW-Richtlinie“) entsprechen, sogenannte alternativen Investmentvermögen (nachfolgend werden alle nicht der OGAW-Richtlinie entsprechenden Investmentvermögen als „AIF“ bezeichnet), und auf berufliche Fahrlässigkeit ihrer Organe oder Mitarbeiter zurückzuführen sind, abgedeckt durch: Eigenmittel in Höhe von wenigstens 0,01 % des Werts der Portfolios aller verwalteten AIF, wobei dieser Betrag jährlich überprüft und angepasst wird. Diese Eigenmittel sind von dem angegebenen haftenden Eigenkapital umfasst.

5. Verwahrstelle

Das KAGB sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Sondervermögen vor. Die Verwahrstelle verwahrt die Vermögensgegenstände in Sperrdepots bzw. auf Sperrkonten. Bei Vermögensgegenständen, die nicht verwahrt werden können, prüft die Verwahrstelle, ob die Kapitalverwaltungsgesellschaft Eigentum an diesen Vermögensgegenständen erworben hat. In Bezug auf zum Sondervermögen gehörende Geldmittel stellt die Verwahrstelle sicher, dass diese auf gesonderten Geldkonten bei der Verwahrstelle selbst oder einem anderen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut angelegt werden. Die Anlage in Bankguthaben bei einem anderen Kreditinstitut bzw. Finanzdienstleistungsinstitut sowie Verfügungen über solche Bankguthaben sind nur mit Zustimmung der Verwahrstelle zulässig. Die Verwahrstelle muss ihre Zustimmung erteilen, wenn die Anlage bzw. Verfügung mit den Anlagebedingungen und den Vorschriften des KAGB vereinbar ist. Bei Geschäften, die die Gesellschaft für den Fonds tätigt, überwacht die Verwahrstelle, ob diese den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen entsprechen.

Daneben hat die Verwahrstelle insbesondere folgende Aufgaben:

- Abwicklung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und sicherzustellen, dass die Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Anteilwertermittlung den Vorschriften des KAGB und den Anlagebedingungen des Fonds entsprechen,
- Sicherzustellen, dass bei den für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger getätigten Geschäften der Gegenwert innerhalb der üblichen Fristen in ihre Verwahrung gelangt,
- Sicherzustellen, dass die Erträge des Fonds nach den Vorschriften des KAGB und nach den Anlagebedingungen verwendet werden,
- Überwachung von Kreditaufnahmen durch die Gesellschaft für Rechnung des Fonds sowie gegebenenfalls Zustimmung zur Kreditaufnahme, soweit es sich nicht um kurzfristige Überziehungen handelt, die allein durch verzögerte Gutschriften von Zahlungseingängen zustande kommen.

Firma, Rechtsform und Sitz der Verwahrstelle

Mit der Verwahrung der Vermögensgegenstände des Fonds hat die Gesellschaft die Augsburger Aktienbank AG mit Sitz in Augsburg als Verwahrstelle beauftragt. Die Augsburger Aktienbank AG ist Abwicklungsspezialist für Bankdienstleistungen, insbesondere im Wertpapiergeschäft.

Unterverwahrung

Die Verwahrstelle hat die folgenden Verwahraufgaben auf ein anderes Unternehmen (Unterverwahrer) übertragen:

- Die Verwahrung der für Rechnung des Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände kann durch die in Abschnitt C dieses Verkaufsprospektes genannten Unterverwahrer erfolgen.

Der Gesellschaft wurden von der Verwahrstelle keine sich hieraus ergebenden Interessenkonflikte bekanntgegeben.

Die oben genannten Informationen hat die Gesellschaft von der Verwahrstelle mitgeteilt bekommen. Die Gesellschaft hat die Informationen auf Plausibilität geprüft. Sie ist jedoch auf Zulieferung der Information durch die Verwahrstelle angewiesen und kann die Richtigkeit und Vollständigkeit im Einzelnen nicht überprüfen. Die Liste der in Abschnitt C genannten Unterverwahrer kann sich allerdings jederzeit ändern. Im Regelfall werden auch nicht sämtliche dieser Unterverwahrer für den Fonds genutzt.

Haftung der Verwahrstelle

Die Verwahrstelle ist grundsätzlich für alle Vermögensgegenstände, die von ihr oder mit ihrer Zustimmung von einer anderen Stelle verwahrt werden, verantwortlich. Im Falle des Verlustes eines solchen Vermögensgegenstandes haftet die Verwahrstelle gegenüber dem Fonds und dessen Anlegern, außer der Verlust ist auf Ereignisse außerhalb des Einflussbereichs der Verwahrstelle zurückzuführen. Für Schäden, die nicht im Verlust eines Vermögensgegenstandes bestehen, haftet die Verwahrstelle grundsätzlich nur, wenn sie ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB mindestens fahrlässig nicht erfüllt hat.

Zusätzliche Informationen

Auf Verlangen übermittelt die Gesellschaft den Anlegern Informationen auf dem neuesten Stand zur Verwahrstelle und ihren Pflichten, zu den Unterverwahrern sowie zu möglichen Interessenkonflikten in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Verwahrstelle oder der Unterverwahrer.

6. Asset Management-Gesellschaft

Die Gesellschaft bedient sich bei der Umsetzung des Anlagekonzeptes einer Asset Management-Gesellschaft und hat das Portfoliomanagement des Fonds an die DJE Kapital AG, Pullach (die „Asset Management-Gesellschaft“) ausgelagert.

Die Asset Management-Gesellschaft hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ist seit dem 12. März 1998 zugelassenes Finanzdienstleistungsunternehmen. Sie unter-

liegt der Aufsicht der BaFin. Geschäftsgegenstand der Asset Management-Gesellschaft ist im Wesentlichen die diskretionäre Vermögensverwaltung, die Anlageberatung sowie die Ausführung von Wertpapiergeschäften für Kunden. Nähere Angaben über die Asset Management-Gesellschaft enthält die Übersicht in Abschnitt A dieses Verkaufsprospektes.

Die Asset Management-Gesellschaft wird sämtliche Investmententscheidungen für den Fonds nach ihrem alleinigen Ermessen treffen, ohne vorherige Anweisungen oder Informationen von der Gesellschaft einzuholen. Ihre Fondsmanagementpflichten beinhalten, soweit erforderlich, den Kauf und Verkauf von Vermögensgegenständen, die Übernahme und Glattstellung von Derivatepositionen im Rahmen der Währungskurssicherung von in Fremdwährung gehaltenen Vermögensgegenständen, die Kreditaufnahme zur Finanzierung von Einschussverpflichtungen für Devisenterminkontrakte zum Zwecke der Währungskurssicherung und die Besicherung solcher Kredite bzw. Kreditlinien durch Vermögensgegenstände des Fonds, das Management liquider Mittel sowie die Umsetzung von Kapitalmaßnahmen.

Die Asset Management-Gesellschaft haftet der Gesellschaft für die Erfüllung dieser Pflichten. Dieaufsichtsrechtlichen Pflichten der Gesellschaft sowie ihre zivilrechtliche Haftung gegenüber den Anlegern des Fonds bleiben allerdings von dieser Auslagerung unberührt. Rechtliche Beziehungen zwischen der Asset Management-Gesellschaft und den Anlegern des Fonds werden durch die Auslagerung nicht begründet.

Die Asset Management-Gesellschaft wird für den Fonds auf der Grundlage eines mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages über die Auslagerung des Portfoliomanagements tätig. Diesen kann die Asset Management-Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt ordentlich unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist kündigen. Auch die Gesellschaft hat ordentliche und außerordentliche Kündigungsrechte.

Sollte die Asset Management-Gesellschaft nicht mehr für das Portfoliomanagement des Fonds zur Verfügung stehen, wird die Gesellschaft, soweit sich kein anderes Auslagerungsunternehmen anbietet, das eine Fortführung der Anlagestrategie gewährleisten kann, die Verwaltung des Fonds unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist von 6 Monaten kündigen, mit der Folge, dass der Fonds nach Ablauf dieser Frist abgewickelt und der Erlös an die Anleger ausgezahlt werden kann (siehe zu diesem Verfahren Abschnitt 20 „Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds“). Bis zum Ende der Kündigungsfrist wird die Gesellschaft die in Abschnitt 11 „Anlageziel, Anlagegrundsätze und Anlagepolitik“ beschriebene Vermögensanlage nicht weiterverfolgen, sondern die Mittel des Fonds ausschließlich – soweit nach den Anlagebedingungen zulässig – in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten anlegen.

7. Risikohinweise

Vor der Entscheidung über den Kauf von Anteilen an dem Fonds sollten Anleger die nachfolgenden Risikohinweise zusammen mit den anderen in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und diese bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann für sich genommen oder zusammen mit anderen Umständen die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände nachteilig beeinflussen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert auswirken.

Veräußert der Anleger Anteile an dem Fonds zu einem Zeitpunkt, in dem die Kurse der in dem Fonds befindlichen Vermögensgegenstände gegenüber dem Zeitpunkt seines Anteilerwerbs gefallen sind, so erhält er das von ihm in den Fonds investierte Kapital nicht oder nicht vollständig zurück. Der Anleger könnte sein in den Fonds investiertes Kapital teilweise oder in Einzelfällen sogar ganz verlieren. Wertzuwächse können nicht garantiert werden. Das Risiko des Anlegers ist auf die angelegte Summe beschränkt. Eine Nachschusspflicht über das vom Anleger investierte Kapital hinaus besteht nicht.

Neben den nachstehend oder an anderer Stelle des Prospekts beschriebenen Risiken und Unsicherheiten kann die Wertentwicklung des Fonds durch verschiedene weitere Risiken und Unsicherheiten beeinträchtigt werden, die derzeit nicht bekannt sind. Die Reihenfolge, in der die nachfolgenden Risiken aufgeführt werden, enthält weder eine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts noch über das Ausmaß oder die Bedeutung bei Eintritt einzelner Risiken.

Risiken einer Fondsanlage

Im Folgenden werden die Risiken dargestellt, die mit einer Anlage in ein Gemischtes Investmentvermögen typischerweise verbunden sind. Diese Risiken können sich nachteilig auf den Anteilwert, auf das vom Anleger investierte Kapital sowie auf die vom Anleger geplante Haltedauer der Fondsanlage auswirken.

Schwankung des Fondsanteilwerts

Der Fondsanteilwert berechnet sich aus dem Wert des Fonds, geteilt durch die Anzahl der in den Verkehr gelangten Anteile. Der Wert des Fonds entspricht dabei der Summe der Marktwerte aller Vermögensgegenstände im Fondsvermögen abzüglich der Summe der Marktwerte aller Verbindlichkeiten des Fonds. Der Fondsanteilwert ist daher von dem Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände und der Höhe der Verbindlichkeiten des Fonds abhängig. Sinkt der Wert dieser Vermögensgegenstände oder steigt der Wert der Verbindlichkeiten, so fällt der Fondsanteilwert.

Beeinflussung der individuellen Performance durch steuerliche Aspekte

Die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen hängt von den individuellen Verhältnissen des jeweiligen Anlegers ab und kann künftig Änderungen unterworfen sein. Für Einzelfragen – insbesondere unter Berücksichtigung der individuellen steuerlichen Situation – sollte sich der Anleger an seinen persönlichen Steuerberater wenden.

Änderung der Anlagepolitik oder der Anlagebedingungen

Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen mit Genehmigung der BaFin ändern. Dadurch können auch Rechte des Anlegers betroffen sein. Die Gesellschaft kann etwa durch eine Änderung der Anlagebedingungen die Anlagepolitik des Fonds ändern oder sie kann die dem Fonds zu belastenden Kosten erhöhen. Die Gesellschaft kann die Anlagepolitik zudem innerhalb des gesetzlich und vertraglich zulässigen Anlagespektrums und damit ohne Änderung der Anlagebedingungen und deren Genehmigung durch die BaFin ändern. Hierdurch kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko verändern.

Aussetzung der Anteilrücknahme

Die Gesellschaft darf die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Außergewöhnliche Umstände in diesem Sinne können z.B. sein: wirtschaftliche oder politische Krisen, Rücknahmeverlangen in außergewöhnlichem Umfang sowie die Schließung von Börsen oder Märkten, Handelsbeschränkungen oder sonstige Faktoren, die die Ermittlung des Anteilwerts beeinträchtigen. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist. Der Anleger kann seine Anteile während dieses Zeitraums nicht zurückgeben. Auch im Fall einer Aussetzung der Anteilrücknahme kann der Anteilwert sinken; z.B. wenn die Gesellschaft gezwungen ist, Vermögensgegenstände während der Aussetzung der Anteilrücknahme unter Verkehrswert zu veräußern. Der Anteilwert nach Wiederaufnahme der Anteilrücknahme kann niedriger liegen, als derjenige vor Aussetzung der Rücknahme. Einer Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Sondervermögens folgen, z.B. wenn die Gesellschaft die Verwaltung des Fonds kündigt, um den Fonds dann aufzulösen. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann und dass ihm wesentliche Teile des investierten Kapitals für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen oder insgesamt verloren gehen.

Auflösung des Fonds

Der Gesellschaft steht das Recht zu, die Verwaltung des Fonds zu kündigen. Die Gesellschaft kann den Fonds nach Kündigung der Verwaltung ganz auflösen. Das Verfügungsrecht über den Fonds geht nach einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf die Verwahrstelle über. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann. Bei dem Übergang des Fonds auf die Verwahrstelle können dem Fonds andere Steuern als deutsche Ertragssteuern belastet werden. Wenn die Fondsanteile nach Beendigung des Liquidationsverfahrens aus dem Depot des Anlegers ausgebucht werden, kann der Anleger mit Ertragssteuern belastet werden.

Übertragung aller Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes Investmentvermögen (Verschmelzung)

Die Gesellschaft kann sämtliche Vermögensgegenstände des Fonds auf ein anderes Publikums-Investmentvermögen übertragen. Der Anleger kann seine Anteile in diesem Fall (i) zurückgeben, (ii) oder behalten mit der Folge, dass er Anleger des übernehmenden Investmentvermögens wird, (iii) oder gegen Anteile an einem offenen inländischen Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen umtauschen, sofern die Gesellschaft oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen ein solches Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen verwaltet. Überträgt die Gesellschaft sämtliche Vermögensgegenstände auf einen OGAW, so muss der aufnehmende oder neu zu gründende Fonds ein OGAW sein. Der Anleger muss daher im Rahmen der Übertragung vorzeitig eine erneute Investitionsentscheidung treffen. Bei einer Rückgabe der Anteile können Ertragssteuern anfallen. Bei einem Umtausch der Anteile in Anteile an einem Investmentvermögen mit vergleichbaren Anlagegrundsätzen kann der Anleger mit Steuern belastet werden, etwa wenn der Wert der erhaltenen Anteile höher ist als der Wert der alten Anteile zum Zeitpunkt der Anschaffung.

Übertragung des Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft

Die Gesellschaft kann den Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Der Fonds bleibt dadurch zwar unverändert, wie auch die Stellung des Anlegers. Der Anleger muss aber im Rahmen der Übertragung entscheiden, ob er die neue Kapitalverwaltungsgesellschaft für ebenso geeignet hält wie die bisherige. Wenn er in den Fonds unter neuer Verwaltung nicht investiert bleiben möchte, muss er seine Anteile zurückgeben. Hierbei können Ertragssteuern anfallen.

Rentabilität und Erfüllung der Anlageziele des Anlegers

Es kann nicht garantiert werden, dass der Anleger seinen gewünschten Anlageerfolg erreicht. Der Anteilwert des Fonds kann fallen und zu Verlusten beim Anleger führen. Es bestehen keine Garantien der Gesellschaft oder Dritter hinsichtlich einer bestimmten Mindestzahlung bei Rückgabe oder eines bestimmten Anlageerfolgs des Fonds. Anleger könnten somit einen niedrigen als den ursprünglich angelegten Betrag zurück erhalten. Ein bei Erwerb von Anteilen entrichteter Ausgabeaufschlag bzw. ein bei Veräußerung von Anteilen entrichteter Rücknahmeabschlag kann zudem insbesondere bei nur kurzer Anlagedauer den Erfolg einer Anlage reduzieren oder sogar aufzehren.

Risiken der negativen Wertentwicklung des Fonds (Marktrisiko)

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die mit der Anlage in einzelne Vermögensgegenstände durch den Fonds einhergehen. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds bzw. der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

Wertveränderungsrisiken

Die Vermögensgegenstände, in die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds investiert, unterliegen Risiken. So können Wertverluste auftreten, indem der Marktwert der Vermögensgegenstände gegenüber dem Einstandspreis fällt oder Kassa- und Terminpreise sich unterschiedlich entwickeln.

Kapitalmarktrisiko

Die Kurs- oder Marktvalorientwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst wird. Auf die allgemeine Kursentwicklung insbesondere an einer Börse können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken. Schwankungen der Kurs- und Marktwerte können auch auf Veränderungen der Zinssätze, Wechselkurse oder der Bonität eines Emittenten zurückzuführen sein.

Kursänderungsrisiko von Aktien

Aktien unterliegen erfahrungsgemäß starken Kursschwankungen und somit auch dem Risiko von Kursrückgängen. Diese Kursschwankungen werden insbesondere durch die Entwicklung der Gewinne des emittierenden Unternehmens sowie die Entwicklungen der Branche und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Das Vertrauen der Marktteilnehmer in das jeweilige Unternehmen kann die Kursentwicklung ebenfalls beeinflussen. Dies gilt insbesondere bei Unternehmen, deren Aktien erst über einen kürzeren Zeitraum an der Börse oder einem anderen organisierten Markt zugelassen

sind; bei diesen können bereits geringe Veränderungen von Prognosen zu starken Kursbewegungen führen. Ist bei einer Aktie der Anteil der frei handelbaren, im Besitz vieler Aktionäre befindlichen Aktien (sogenannter Streubesitz) niedrig, so können bereits kleinere Kauf- und Verkaufsaufträge dieser Aktie eine starke Auswirkung auf den Marktpreis haben und damit zu höheren Kursschwankungen führen.

Zinsänderungsrisiko

Mit der Investition in festverzinsliche Wertpapiere ist die Möglichkeit verbunden, dass sich das Marktzinsniveau ändert, das im Zeitpunkt der Begebung eines Wertpapiers besteht. Steigen die Marktzinsen gegenüber den Zinsen zum Zeitpunkt der Emission, so fallen in der Regel die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere. Fällt dagegen der Marktzins, so steigt der Kurs festverzinslicher Wertpapiere. Diese Kursentwicklung führt dazu, dass die aktuelle Rendite des festverzinslichen Wertpapiers in etwa dem aktuellen Marktzins entspricht. Diese Kursschwankungen fallen jedoch je nach (Rest-)Laufzeit der festverzinslichen Wertpapiere unterschiedlich aus. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben geringere Kursrisiken als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten. Festverzinsliche Wertpapiere mit kürzeren Laufzeiten haben demgegenüber in der Regel geringere Renditen als festverzinsliche Wertpapiere mit längeren Laufzeiten. Geldmarktinstrumente besitzen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit von maximal 397 Tagen tendenziell geringere Kursrisiken. Daneben können sich die Zinssätze verschiedener, auf die gleiche Währung lautender zinsbezogener Finanzinstrumente mit vergleichbarer Restlaufzeit unterschiedlich entwickeln.

Risiko von negativen Habenzinsen

Die Gesellschaft legt liquide Mittel des Fonds bei der Verwahrstelle oder anderen Banken für Rechnung des Fonds an. Für diese Bankguthaben ist teilweise ein Zinssatz vereinbart, der dem European Interbank Offered Rate (Euribor) abzüglich einer bestimmten Marge entspricht. Sinkt der Euribor unter die vereinbarte Marge, so führt dies zu negativen Zinsen auf dem entsprechenden Konto. Abhängig von der Entwicklung der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank können sowohl kurz-, mittel- als auch langfristige Bankguthaben eine negative Verzinsung erzielen.

Kursänderungsrisiko von Wandel- und Optionsanleihen

Wandel- und Optionsanleihen verbriefen das Recht, die Anleihe in Aktien umzutauschen oder Aktien zu erwerben. Die Entwicklung des Werts von Wandel- und Optionsanleihen ist daher abhängig von der Kursentwicklung der Aktie als Basiswert. Die Risiken der Wertentwicklung der zugrunde liegenden Aktien können sich daher auch auf die Wertentwicklung der Wandel- und Optionsanleihe auswirken. Optionsanleihen, die dem Emittenten das Recht einräumen dem Anleger statt der Rückzahlung eines Nominalbetrags eine im Vorhinein festgelegte Anzahl von Aktien anzudienen (Reverse Convertibles), sind in verstärktem Maße von dem entsprechenden Aktienkurs abhängig.

Inflationsrisiko

Die Inflation beinhaltet ein Abwertungsrisiko für alle Vermögensgegenstände. Dies gilt auch für die im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände. Die Inflationsrate kann über dem Wertzuwachs des Fonds liegen.

Währungsrisiko

Vermögenswerte des Fonds können in anderen Währungen als der Fondswährung angelegt sein. Der Fonds erhält die Erträge, Rückzahlungen und Erlöse aus solchen Anlagen in der jeweiligen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Fondswährung, so reduziert sich der Wert solcher Anlagen und somit auch der Wert des Fondsvermögens.

Konzentrationsrisiko

Erfolgt eine Konzentration der Anlage in bestimmte Vermögensgegenstände oder Märkte, dann ist der Fonds von der Entwicklung dieser Vermögensgegenstände oder Märkte besonders stark abhängig.

Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile

Die Risiken der Anteile an anderen Investmentvermögen, die für den Fonds erworben werden (sogenannte „Zielfonds“), stehen in engem Zusammenhang mit den Risiken der in diesen Zielfonds enthaltenen Vermögensgegenstände bzw. der von diesen verfolgten Anlagestrategien. Da die Manager der einzelnen Zielfonds voneinander unabhängig handeln, kann es aber auch vorkommen, dass mehrere Zielfonds gleiche oder einander entgegengesetzte Anlagestrategien verfolgen. Hierdurch können bestehende Risiken kumulieren, und eventuelle Chancen können sich gegeneinander aufheben. Es ist der Gesellschaft im Regelfall nicht möglich, das Management der Zielfonds zu kontrollieren. Deren Anlageentscheidungen müssen nicht zwingend mit den Annahmen oder Erwartungen der Gesellschaft übereinstimmen. Der Gesellschaft wird die aktuelle Zusammensetzung der Zielfonds oftmals nicht zeitnah bekannt sein. Entspricht die Zusammensetzung nicht ihren Annahmen oder Erwartungen, so kann sie gegebenenfalls erst deutlich verzögert reagieren, indem sie Zielfondsanteile zurückgibt.

Die Zielfonds können überdies in Vermögensgegenstände investiert sein, die nach geltendem Recht nicht mehr erwerbbar sind, aber weiter gehalten werden dürfen, sofern sie nach dem Investmentgesetz erworben wurden. Hierdurch können sich auf Ebene des Zielfonds Risiken verwirklichen, die die Wertentwicklung der Zielfondsanteile und damit die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen.

Offene Investmentvermögen, an denen der Fonds Anteile erwirbt, könnten zudem zeitweise die Rücknahme der Anteile aussetzen. Dann ist die Gesellschaft daran gehindert, die Anteile an dem Zielfonds zu veräußern, indem sie diese gegen Auszahlung des Rücknahmepreises bei der Verwaltungsgesellschaft oder Verwahrstelle des Zielfonds zurückgibt.

Risiken im Zusammenhang mit Immobilienfonds

Der Fonds hält Anteile an inländischen Publikums-Immobiliensondervermögen („Immobilienfonds“). Diese durfte die Gesellschaft nach dem Investmentgesetz für den Fonds erwerben und darf sie nach geltendem Recht weiter halten. Die Gesellschaft darf aber solche Vermögensgegenstände für den Fonds nicht mehr erwerben. Solange die Gesellschaft diese Vermögensgegenstände für den Fonds weiter hält, können sich die mit diesen Vermögensgegenständen verbundenen Risiken weiter auf die Wertentwicklung des Fonds auswirken.

Durch die Investition in Immobilienfonds legt der Fonds sein Vermögen indirekt in Immobilien an. Dies kann auch durch eine Investition in eine Immobilien-Gesellschaft erfolgen. Damit trägt der Fonds

indirekt die mit einer Anlage in Immobilien verbundenen Risiken. Hierzu zählen insbesondere im Grundbesitz liegende Risiken wie Leerstände, Mietrückstände und Mietausfälle, die sich u.a. aus der Veränderung der Standortqualität oder der Mieterbonität ergeben können. Veränderungen der Standortqualität können zur Folge haben, dass der Standort für die gewählte Nutzung nicht mehr geeignet ist. Der Gebäudezustand kann Instandhaltungsaufwendungen erforderlich machen, die nicht immer vorhersehbar sind. Erwirbt ein Immobilienfonds Beteiligungen an Immobilien-Gesellschaften, so können sich Risiken aus der Gesellschaftsform ergeben sowie im Zusammenhang mit dem möglichen Ausfall von Gesellschaftern oder aus Änderungen der steuerrechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Ein Immobilienfonds darf die Rücknahme der Anteile zudem befristet verweigern und aussetzen, wenn bei umfangreichen Rücknahmeverlangen die liquiden Mittel zur Zahlung des Rücknahmepreises und zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung nicht mehr ausreichen oder nicht sogleich zur Verfügung stehen. Der Erwerb von Anteilen an Immobilienfonds ist ferner nicht durch eine Höchstanlagesumme pro Anleger begrenzt. Umfangreiche Rückgabeverlangen können daher die Liquidität des Immobilienfonds beeinträchtigen und eine Aussetzung der Rücknahme der Anteile erfordern. Im Fall einer Aussetzung der Anteilrücknahme kann der Anteilwert sinken; z.B. wenn die Verwaltungsgesellschaft gezwungen ist, Immobilien und Immobiliengesellschaften während der Aussetzung der Anteilrücknahme unter Verkehrswert zu veräußern. Der Anteilpreis nach Wiederaufnahme der Anteilrücknahme kann niedriger liegen als derjenige vor Aussetzung der Rücknahme. Eine vorübergehende Aussetzung kann überdies zu einer dauerhaften Aussetzung der Anteilrücknahme und zu einer Auflösung des Sondervermögens führen, etwa wenn die für die Wiederaufnahme der Anteilrücknahme erforderliche Liquidität durch Veräußerung von Immobilien nicht beschafft werden kann. Eine Auflösung des Sondervermögens kann längere Zeit, ggf. mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Für den Fonds besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer an den Immobilienfonds nicht realisieren kann und ihm ggf. wesentliche Teile des investierten Kapitals für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen oder ganz verloren gehen.

Der Fonds kann Anteile an Immobilienfonds nur im Wert von bis zu EUR 30.000 je Kalenderhalbjahr und je Zielfonds zurückgeben. Darüber hinaus kann der Fonds Anteile an Immobilienfonds nur nach Einhaltung einer Mindesthaltedauer von 24 Monaten und mit 12-monatiger Rückgabefrist zurückgeben. Dies kann sich im Falle einer drohenden Aussetzung der Rücknahme von Anteilen negativ auswirken.

Risiken aus dem Anlagespektrum

Unter Beachtung der durch das Gesetz und die Anlagebedingungen vorgegebenen Anlagegrundsätze und -grenzen, die für den Fonds einen sehr weiten Rahmen vorsehen, kann die tatsächliche Anlagepolitik auch darauf ausgerichtet sein, schwerpunktmäßig Vermögensgegenstände z.B. nur weniger Branchen, Märkte oder Regionen/Länder zu erwerben. Diese Konzentration auf wenige spezielle Anlagesektoren kann mit Risiken (z.B. Marktente, hohe Schwankungsbreite innerhalb bestimmter Konjunkturzyklen) verbunden sein. Über den Inhalt der Anlagepolitik informiert der Jahresbericht nachträglich für das abgelaufene Berichtsjahr.

Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds und Risiken im Zusammenhang mit vermehrten Zeichnungen oder Rückgaben (Liquiditätsrisiko)

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die die Liquidität des Fonds beeinträchtigen können. Dies kann dazu führen, dass der Fonds seinen Zahlungsverpflichtungen vorübergehend oder dauerhaft nicht nachkommen kann bzw. dass die Gesellschaft die Rückgabeverlangen von Anlegern vorübergehend oder dauerhaft nicht erfüllen kann. Der Anleger kann gegebenenfalls die von ihm geplante Haltezeit nicht realisieren und ihm kann das investierte Kapital oder Teile hiervon für unbestimmte Zeit nicht zur Verfügung stehen. Durch die Verwirklichung der Liquiditätsrisiken könnte zudem der Wert des Fondsvermögens und damit der Anteilwert sinken, etwa wenn die Gesellschaft gezwungen ist, soweit gesetzlich zulässig, Vermögensgegenstände für den Fonds unter Verkehrswert zu veräußern. Ist die Gesellschaft nicht in der Lage, die Rückgabeverlangen der Anleger zu erfüllen, kann dies außerdem zur Aussetzung der Rücknahme und im Extremfall zur anschließenden Auflösung des Fonds führen.

Risiko durch Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds Kredite aufnehmen. Kredite mit einer variablen Verzinsung können sich durch steigende Zinssätze negativ auf das Fondsvermögen auswirken. Muss die Gesellschaft einen Kredit zurückzahlen und kann ihn nicht durch eine Anschlussfinanzierung oder im Fonds vorhandene Liquidität ausgleichen, ist sie möglicherweise gezwungen, Vermögensgegenstände vorzeitig oder zu schlechteren Konditionen als geplant zu veräußern.

Risiken durch vermehrte Rückgaben oder Zeichnungen

Durch Kauf- und Verkaufsaufträge von Anlegern fließt dem Fondsvermögen Liquidität zu bzw. aus dem Fondsvermögen Liquidität ab. Die Zu- und Abflüsse können nach Saldierung zu einem Nettozu- oder -abfluss der liquiden Mittel des Fonds führen. Dieser Nettozu- oder -abfluss kann den Fondsmanager veranlassen, Vermögensgegenstände zu kaufen oder zu verkaufen, wodurch Transaktionskosten entstehen. Dies gilt insbesondere, wenn durch die Zu- oder Abflüsse eine von der Gesellschaft für den Fonds vorgesehene Quote liquider Mittel über- bzw. unterschritten wird. Die hierdurch entstehenden Transaktionskosten werden dem Fonds belastet und können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen. Bei Zuflüssen kann sich eine erhöhte Fondsliquidität belastend auf die Wertentwicklung des Fonds auswirken, wenn die Gesellschaft die Mittel nicht oder nicht zeitnah zu angemessenen Bedingungen anlegen kann.

Kontrahentenrisiko inklusive Kredit- und Forderungsrisiko

Nachfolgend werden die Risiken dargestellt, die sich für den Fonds im Rahmen einer Geschäftsbeziehung mit einer anderen Partei (sogenannte Gegenpartei) ergeben können. Dabei besteht das Risiko, dass der Vertragspartner seinen vereinbarten Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Dies kann die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

Adressenausfallrisiko / Gegenpartei-Risiken (außer zentrale Kontrahenten)

Durch den Ausfall eines Ausstellers (nachfolgend „Emittent“) oder eines Vertragspartners (nachfolgend „Kontrahent“), gegen den der Fonds Ansprüche hat, können für den Fonds Verluste entstehen. Das Emittentenrisiko beschreibt die Auswirkung der besonderen Entwicklungen des jeweiligen Emittenten, die neben den allgemeinen Tendenzen der Kapitalmärkte auf den Kurs eines Wertpapiers einwirken. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall von Emittenten eintreten. Die Partei eines für Rechnung des Fonds geschlossenen Vertrags kann teilweise oder vollständig ausfallen (Kontrahentenrisiko). Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung des Fonds geschlossen werden.

Risiko durch zentrale Kontrahenten

Ein zentraler Kontrahent (Central Counterparty – „CCP“) tritt als zwischengeschaltete Institution in bestimmte Geschäfte für den Fonds ein, insbesondere in Geschäfte über derivative Finanzinstrumente. In diesem Fall wird er als Käufer gegenüber dem Verkäufer und als Verkäufer gegenüber dem Käufer tätig. Ein CCP sichert sich gegen das Risiko, dass seine Geschäftspartner die vereinbarten Leistungen nicht erbringen können, durch eine Reihe von Schutzmechanismen ab, die es ihm jederzeit ermöglichen, Verluste aus den eingegangenen Geschäften auszugleichen (z.B. durch Besicherungen). Es kann trotz dieser Schutzmechanismen nicht ausgeschlossen werden, dass ein CCP seinerseits überschuldet wird und ausfällt, wodurch auch Ansprüche der Gesellschaft für den Fonds betroffen sein können. Hierdurch können Verluste für den Fonds entstehen.

Operationelle und sonstige Risiken des Fonds

Im Folgenden werden Risiken dargestellt, die sich beispielsweise aus unzureichenden internen Prozessen sowie aus menschlichem oder Systemversagen bei der Gesellschaft oder externen Dritten ergeben können. Diese Risiken können die Wertentwicklung des Fonds beeinträchtigen und sich damit auch nachteilig auf den Anteilwert und auf das vom Anleger investierte Kapital auswirken.

Risiken durch kriminelle Handlungen, Missstände oder Naturkatastrophen

Der Fonds kann Opfer von Betrug oder anderen kriminellen Handlungen werden. Er kann Verluste durch Missverständnisse oder Fehler von Mitarbeitern der Gesellschaft oder externer Dritter erleiden oder durch äußere Ereignisse wie z.B. Naturkatastrophen geschädigt werden.

Länder- oder Transferrisiko

Es besteht das Risiko, dass ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit der Währung, fehlender Transferbereitschaft seines Sitzlandes, oder aus ähnlichen Gründen, Leistungen nicht fristgerecht, überhaupt nicht oder nur in einer anderen Währung erbringen kann. So können z.B. Zahlungen, auf die die Gesellschaft für Rechnung des Fonds Anspruch hat, ausbleiben, in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht (mehr) konvertierbar ist, oder in einer anderen Währung erfolgen. Zahlt der Schuldner in einer anderen Währung, so unterliegt diese Position dem oben dargestellten Währungsrisiko.

Rechtliche und politische Risiken

Für den Fonds dürfen Investitionen in Rechtsordnungen getätigt werden, in denen deutsches Recht keine Anwendung findet bzw. im Fall von Rechtsstreitigkeiten der Gerichtsstand außerhalb Deutschlands ist. Hieraus resultierende Rechte und Pflichten der Gesellschaft für Rechnung des Fonds können von denen in Deutschland zum Nachteil des Fonds bzw. des Anlegers abweichen. Politische oder rechtliche Entwicklungen einschließlich der Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen in diesen Rechtsordnungen können von der Gesellschaft nicht oder zu spät erkannt werden oder zu Beschränkungen hinsichtlich erwerbarer oder bereits erworbener Vermögensgegenstände führen. Diese Folgen können auch entstehen, wenn sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft und/oder die Verwaltung des Fonds in Deutschland ändern.

Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen, steuerliches Risiko

Die Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften in diesem Verkaufsprospekt gehen von der derzeit bekannten Rechtslage aus. Sie richten sich an in Deutschland unbeschränkt einkommensteuerpflichtige oder unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtige Personen. Es kann jedoch keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert.

Eine Änderung fehlerhaft festgestellter Besteuerungsgrundlagen des Fonds für vorangegangene Geschäftsjahre (z. B. aufgrund von steuerlichen Außenprüfungen) kann bei einer für Anleger steuerlich grundsätzlich nachteiligen Korrektur zur Folge haben, dass der Anleger die Steuerlast aus der Korrektur für vorangegangene Geschäftsjahre zu tragen hat, obwohl er unter Umständen zu diesem Zeitpunkt nicht in dem Fonds investiert war. Umgekehrt kann für den Anleger der Fall eintreten, dass ihm eine steuerlich grundsätzlich vorteilhafte Korrektur für das aktuelle und für vorangegangene Geschäftsjahre, in denen er an dem Fonds beteiligt war, nicht mehr zu Gute kommt, weil er seine Anteile vor Umsetzung der Korrektur zurückgegeben oder veräußert hat.

Zudem kann eine Korrektur von Steuerdaten dazu führen, dass steuerpflichtige Erträge bzw. steuerliche Vorteile in einem anderen als dem eigentlich zutreffenden Veranlagungszeitraum steuerlich erfasst werden und sich dies beim einzelnen Anleger negativ auswirkt.

Schlüsselpersonenrisiko

Fällt das Anlageergebnis des Fonds in einem bestimmten Zeitraum sehr positiv aus, hängt dieser Erfolg möglicherweise auch von der Eignung der handelnden Personen und damit den richtigen Entscheidungen des Managements ab. Die personelle Zusammensetzung des Fondsmanagements kann sich jedoch verändern. Neue Entscheidungsträger können dann möglicherweise weniger erfolgreich agieren.

Verwahrriesiko

Mit der Verwahrung von Vermögensgegenständen insbesondere im Ausland ist ein Verlustrisiko verbunden, das aus Insolvenz, Sorgfaltspflichtverletzungen bzw. höherer Gewalt resultieren kann.

Risiken aus Handels- und Clearingmechanismen (Abwicklungsrisiko)

Bei der Abwicklung von Wertpapiergeschäften besteht das Risiko, dass eine der Vertragsparteien verzögert oder nicht vereinbarungsgemäß zahlt oder die Wertpapiere nicht fristgerecht liefert. Dieses Abwicklungsrisiko besteht entsprechend auch beim Handel mit anderen Vermögensgegenständen für den Fonds.

8. Erläuterung des Risikoprofils des Fonds

Die Wertentwicklung des Fonds wird insbesondere von folgenden Faktoren beeinflusst, aus denen sich Chancen und Risiken ergeben:

- Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten.
- Entwicklung auf den internationalen Immobilienmärkten.
- Unternehmensspezifische Entwicklungen.
- Wechselkursveränderungen von Nicht-Euro-Währungen gegenüber dem Euro.
- Renditeveränderungen bzw. Kursentwicklungen auf den Rentenmärkten.
- Entwicklung der Renditedifferenzen zwischen Staatspapieren und Unternehmensanleihen (Spread-Entwicklung).
- Der Fonds kann seine Anlagen zeitweilig mehr oder weniger stark auf bestimmte Sektoren, Länder oder Marktsegmente konzentrieren. Auch daraus können sich Chancen und Risiken ergeben.

Weitere Informationen zum Risikoprofil des Fonds sind den Wesentlichen Anlegerinformationen für den Fonds zu entnehmen, die auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://fondsfinder.universal-investment.com> abrufbar sind.

9. Erhöhte Volatilität

Der Fonds weist aufgrund seiner Zusammensetzung und seiner Anlagepolitik eine erhöhte Volatilität auf, d.h. die Anteilpreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

10. Profil des typischen Anlegers

Der Fonds ist für Anleger konzipiert, die bereits gewisse Erfahrungen mit Finanzmärkten gewonnen haben. Der Anleger muss bereit und in der Lage sein, Wertschwankungen der Anteile und ggf. einen deutlichen Kapitalverlust hinzunehmen. Dieser Fonds ist unter Umständen für Anleger nicht geeignet, die ihr Geld innerhalb eines Zeitraums von weniger als 3 Jahren aus dem Fonds wieder zurückziehen möchten. Die Einschätzung der Gesellschaft stellt keine Anlageberatung dar, sondern soll dem Anleger einen ersten Anhaltspunkt geben, ob der Fonds seiner Anlageerfahrung, seiner Risikoneigung und seinem Anlagehorizont entspricht.

11. Anlageziel, Anlagegrundsätze und Anlagepolitik

Anlageziel

Der Fonds strebt als Anlageziel einen möglichst hohen Wertzuwachs an.

Anlagegrundsätze und Anlagepolitik

Die Gesellschaft darf für den Fonds folgende Vermögensgegenstände erwerben:

- Geldmarktinstrumente gemäß § 6 der Allgemeinen Anlagebedingungen;
- Bankguthaben gemäß § 7 der Allgemeinen Anlagebedingungen;
- Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 1 der Allgemeinen Anlagebedingungen und Anteile an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen;

Wertpapiere gemäß § 5 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Derivate gemäß § 9 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 4 werden nicht erworben.

Darüber hinaus darf die Gesellschaft für Rechnung des Fonds folgende Vermögensgegenstände weiter halten, soweit diese zulässig vor Inkrafttreten des KAGB erworben wurden:

- Anteile an Immobilien-Sondervermögen (auch nach deren Umstellung auf das KAGB) sowie Anteile oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen.

Ein Neuerwerb dieser Vermögensgegenstände ist nicht zulässig.

Die nachstehend beschriebene Anlagepolitik ist die bei Drucklegung dieses Verkaufsprospekts durchgeführte. Sie kann sich – in dem durch die Anlagebedingungen bestimmten Rahmen – allerdings jederzeit ändern.

Die Gesellschaft erwirbt und veräußert die zugelassenen Vermögensgegenstände nach Einschätzung der Wirtschafts- und Kapitalmarktlage sowie der weiteren Börsenaussichten.

Mindestens 51 % des Wertes des Fonds werden in allen zulässigen Investmentanteilen gemäß § 8 Abs. 1 der Allgemeinen Anlagebedingungen und Anteilen an Immobilien-Sondervermögen sowie Anteilen oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen angelegt. Der Fonds setzt sich zu höchstens 25 % aus Aktienfonds zusammen. Ein Aktienfonds ist ein Sondervermögen, das aufgrund seiner Anlagebedingungen oder Satzung zu mindestens 51 % Aktien erwirbt oder ausweislich des letzten Jahresberichtes und/oder Halbjahresberichtes überwiegend in Aktien angelegt hat.

Der Fonds investiert schwerpunktmäßig in Rentenfonds des europäischen Währungsraumes. Daneben kann der Fonds z.B. in Aktien- (bis zu 25 %), Misch-, Geldmarkt-, Absolute Return- / Total Return-fonds investiert werden.

Für den Fonds wird als Vergleichsindex herangezogen: 60 % JPM EMU Bond Index 1-3 years^{®3}, 15 % JPM Cash Index Euro Currency 1 Month^{®4}, 25 % MSCI AC World Index -ndr- (EUR)^{®5}. Der Vergleichsindex wird für den Fonds von der Gesellschaft festgelegt und kann ggf. geändert werden. Der Fonds zielt jedoch nicht darauf ab, den Vergleichsindex nachzubilden, sondern strebt die Erzielung einer absoluten, von dem Vergleichsindex unabhängigen Wertentwicklung an.]

Die Vergleichsindizes JPM EMU Bond Index 1-3 years[®] und JPM Cash Index Euro Currency 1 Month[®] werden von JPMorgan Chase & Co. administriert. Der Vergleichsindex MSCI AC World Index -ndr- (EUR)[®] wird von MSCI Inc. administriert. JPMorgan Chase & Co. und MSCI Inc. sind nicht bei der europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA in das öffentliche Register der Administratoren und Referenzwerte gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 eingetragen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Verkaufsprospektes bestand das vorgenannte Register noch nicht.

Die Gewichtung und Berücksichtigung der Kriterien der Anlagepolitik kann variieren und zur vollständigen Nichtbeachtung oder zur deutlichen Überbewertung einzelner oder mehrerer Kriterien führen. Die Kriterien sind weder abschließend noch vollständig, so dass ergänzend andere, hier nicht genannte Kriterien verwendet werden können, um insbesondere auch zukünftigen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Aufgrund der vorgesehenen Anlagepolitik kann die Umsatzhäufigkeit im Fonds stark schwanken (und damit im Zeitablauf unterschiedlich hohe Belastungen des Fonds mit Transaktionskosten auslösen).

Die Fondswährung ist Euro.

Es kann keine Zusicherung gemacht werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden. Insbesondere kann nicht gewährleistet werden, dass der Anleger das in den Fonds investierte Vermögen vollständig zurück erhält (siehe auch in diesem Abschnitt 7 „Risiko-hinweise“).

12. Anlageinstrumente im Einzelnen

Geldmarktinstrumente

Bis zu 49 % des Wertes des Fonds dürfen in Geldmarktinstrumente vorbehaltlich der Bestimmungen in § 6 der Allgemeinen Anlagebedingungen angelegt werden.

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds in Geldmarktinstrumente investieren, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie in verzinsliche Wertpapiere, die alternativ

- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit von höchstens 397 Tagen haben.

³ JPM EMU Bond Index ist eine eingetragene Marke der JPMorgan Chase & Co.

⁴ JPM Cash Index ist eine eingetragene Marke der JPMorgan Chase & Co.

⁵ MSCI World ist eine eingetragene Marke der MSCI Inc.

- zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine Laufzeit oder Restlaufzeit haben, die länger als 397 Tage ist, deren Verzinsung aber nach den Emissionsbedingungen regelmäßig, mindestens einmal in 397 Tagen marktgerecht angepasst werden muss.
- deren Risikoprofil dem Risikoprofil von Wertpapieren entspricht, die das Kriterium der Restlaufzeit oder das der Zinsanpassung erfüllen.

Für den Fonds dürfen Geldmarktinstrumente erworben werden, wenn sie

1. an einer Börse in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
2. ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieser Börse oder dieses Marktes zugelassen hat,
3. von der EU, dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates oder von einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert werden,
4. von einem Unternehmen begeben werden, dessen Wertpapiere auf den unter den Nummern 1 und 2 bezeichneten Märkten gehandelt werden,
5. von einem Kreditinstitut begeben oder garantiert werden, das nach dem Recht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Kreditinstitut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der BaFin denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, unterliegt und diese einhält, oder
6. von anderen Emittenten begeben werden und es sich bei dem jeweiligen Emittenten
 - a) um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Millionen Euro handelt, das seinen Jahresabschluss nach der Europäischen Richtlinie über den Jahresabschluss von Kapitalgesellschaften erstellt und veröffentlicht, oder
 - b) um einen Rechtsträger handelt, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder
 - c) um einen Rechtsträger handelt, der Geldmarktinstrumente emittiert, die durch Verbindlichkeiten unterlegt sind, durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie. Dies sind Produkte, bei denen Kreditforderungen von Banken in Wertpapieren verbrieft werden (sogenannte Asset Backed Securities).

Sämtliche genannten Geldmarktinstrumente dürfen nur erworben werden, wenn sie liquide sind und sich ihr Wert jederzeit genau bestimmten lässt. Liquide sind Geldmarktinstrumente, die sich innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußern lassen. Hierbei ist die Verpflichtung der Gesellschaft zu berücksichtigen, Anteile am Fonds auf Verlangen der Anleger zurückzunehmen und hierfür in der Lage zu sein, solche Geldmarktinstrumente entsprechend kurzfristig veräußern zu können.

nen. Für die Geldmarktinstrumente muss zudem ein exaktes und verlässliches Bewertungssystem existieren, das die Ermittlung des Nettobestandwerts des Geldmarktinstruments ermöglicht und auf Marktdaten basiert oder Bewertungsmodellen (einschließlich Systemen, die auf fortgeführten Anschaffungskosten beruhen). Das Merkmal der Liquidität gilt für Geldmarktinstrumente als erfüllt, wenn diese an einem organisierten Markt innerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder an einem organisierten Markt außerhalb des EWR zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die BaFin die Wahl dieses Marktes zugelassen hat. Dies gilt nicht, wenn der Gesellschaft Hinweise vorliegen, die gegen die hinreichende Liquidität der Geldmarktinstrumente sprechen.

Für Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder an einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nummern 3 bis 6), muss zudem die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und Anlegerschutz unterliegen. So müssen für diese Geldmarktinstrumente angemessene Informationen vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit den Instrumenten verbundenen Kreditrisiken ermöglichen und die Geldmarktinstrumente müssen frei übertragbar sein. Die Kreditrisiken können etwa durch eine Kreditwürdigkeitsprüfung einer Rating-Agentur bewertet werden.

Für diese Geldmarktinstrumente gelten weiterhin die folgenden Anforderungen, es sei denn, sie sind von der Europäischen Zentralbank oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates der EU begeben oder garantiert worden:

- Werden sie von folgenden (oben unter Nummer 3 genannten) Einrichtungen begeben oder garantiert:
 - der EU,
 - dem Bund,
 - einem Sondervermögen des Bundes,
 - einem Land,
 - einem anderen Mitgliedstaat,
 - einer anderen zentralstaatlichen Gebietskörperschaft,
 - der Europäischen Investitionsbank,
 - einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates
 - einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört,

müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen.

- Werden sie von einem im EWR beaufsichtigten Kreditinstitut begeben oder garantiert (siehe oben unter Nummer 5), so müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm oder über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten

(z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.

- Werden sie von einem Kreditinstitut begeben, das außerhalb des EWR Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Ansicht der BaFin den Anforderungen innerhalb des EWR an ein Kreditinstitut gleichwertig sind, so ist eine der folgende Voraussetzungen zu erfüllen:
 - Das Kreditinstitut unterhält einen Sitz in einem zur sogenannten Zehnergruppe (Zusammenschluss der wichtigsten führenden Industrieländer – G10) gehörenden Mitgliedstaat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (nachfolgend „OECD“).
 - Das Kreditinstitut verfügt mindestens über ein Rating mit einer Benotung, die als sogenanntes „Investment-Grade“ qualifiziert. Als „Investment-Grade“ bezeichnet man eine Benotung mit „BBB“ bzw. „Baa“ oder besser im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung durch eine Rating-Agentur.
 - Mittels einer eingehenden Analyse des Emittenten kann nachgewiesen werden, dass die für das Kreditinstitut geltenden Aufsichtsbestimmungen mindestens so streng sind wie die des Rechts der EU.
- Für die übrigen Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse notiert oder einem geregelten Markt zum Handel zugelassen sind (siehe oben unter Nummern 4 und 6 sowie die übrigen unter Nummer 3 genannten), müssen angemessene Informationen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm sowie über die rechtliche und finanzielle Situation des Emittenten vor der Emission des Geldmarktinstruments vorliegen, die in regelmäßigen Abständen und bei signifikanten Begebenheiten aktualisiert und durch qualifizierte, vom Emittenten weisungsunabhängige Dritte, geprüft werden. Zudem müssen über die Emission bzw. das Emissionsprogramm Daten (z.B. Statistiken) vorliegen, die eine angemessene Bewertung der mit der Anlage verbundenen Kreditrisiken ermöglichen.

Bankguthaben

Bis zu 49 % des Wertes des Fonds dürfen in Bankguthaben angelegt werden.

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Fonds nur Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben.

Diese Guthaben sind auf Sperrkonten bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den EWR zu führen. Sie können auch bei Kreditinstituten mit Sitz in einem Drittstaat unterhalten werden, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der BaFin denjenigen des Rechts der EU gleichwertig sind.

Anlagegrenzen für Geldmarktinstrumente sowie Bankguthaben

Allgemeine Anlagegrenzen

Die Gesellschaft darf in Geldmarktinstrumente desselben Emittenten (Schuldners) bis zu 10 % des Wertes des Fonds anlegen. Dabei darf der Gesamtwert der Geldmarktinstrumente dieser Emittenten (Schuldner) 40 % des Fonds nicht übersteigen. Darüber hinaus darf die Gesellschaft lediglich jeweils

5 % des Wertes des Fonds in Geldmarktinstrumente desselben Emittenten anlegen. Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 % des Wertes des Fonds in Bankguthaben bei je einem Kreditinstitut anlegen.

Anlagegrenzen für öffentliche Emittenten

In Geldmarktinstrumente besonderer nationaler und supranationaler öffentlicher Emittenten darf die Gesellschaft jeweils bis zu 35 % des Wertes des Fonds anlegen. Zu diesen öffentlichen Emittenten zählen der Bund, die Bundesländer, Mitgliedstaaten der EU oder deren Gebietskörperschaften, Drittstaaten sowie supranationale öffentliche Einrichtungen denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört.

Kombination von Anlagegrenzen

Die Gesellschaft darf höchstens 20 % des Wertes des Fonds in eine Kombination der folgenden Vermögensgegenstände anlegen:

- von ein und derselben Einrichtung begebene Geldmarktinstrumente,
- Einlagen bei dieser Einrichtung, d.h. Bankguthaben.

Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben unberührt.

Investmentanteile und deren Anlagegrenzen

Investmentanteile an OGAW und Gemischten Sondervermögen

Die Gesellschaft darf den Fonds vollständig anlegen in

- Investmentvermögen nach der OGAW-Richtlinie („OGAW“), die nach ihren Anlagebedingungen höchstens 10 % ihres Wertes in Anteile an anderen offenen Investmentvermögen investieren,
- Gemischte Investmentvermögen gemäß § 218 KAGB und entsprechende EU-Investmentvermögen oder ausländische AIF, die nach ihren Anlagebedingungen höchstens 10 % ihres Wertes in Anteile an anderen offenen Investmentvermögen investieren,
- Andere AIF, die folgenden Anforderungen genügen:
 - Der AIF muss nach Rechtsvorschriften zugelassen worden sein, die ihn einer wirksamen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Anleger unterstellen, und es muss eine ausreichende Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden bestehen.
 - Das Schutzniveau der Anleger muss gleichwertig zu dem Schutzniveau eines Anlegers in einem inländischen OGAW sein, insbesondere im Hinblick auf Trennung von Verwaltung und Verwahrung der Vermögensgegenstände, für die Kreditaufnahme und -gewährung sowie für Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten.
 - Die Geschäftstätigkeit des AIF muss Gegenstand von Jahres- und Halbjahresberichten sein und den Anlegern erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten sowie die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden.
 - Der AIF muss ein Publikumsfonds sein, bei dem die Anzahl der Anteile nicht zahlenmäßig begrenzt ist und die Anleger ein Recht zur Rückgabe der Anteile haben.

Die Gesellschaft hat folgende Maßgaben einzuhalten:

- Sie darf den Fonds vollständig in anderen offene Investmentvermögen, die Gemischten Sondervermögen vergleichbar sind, anlegen. Nach deren Anlagebedingungen können folgende Anlagen vorgesehen sein: Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, Investmentanteile nach §§ 196, 218, 220 KAGB sowie entsprechende EU-Investmentvermögen oder ausländischen AIF, Derivate und sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB.
- Soweit nicht in Anteile oder Aktien an anderen inländischen, EU- oder ausländischen offenen Publikumsinvestmentvermögen im Sinne des § 196 KAGB oder Anteile oder Aktien an offenen Spezial-Investmentvermögen, die nach den jeweiligen Anlagebedingungen ausschließlich in Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Wertpapiere nach Maßgabe des § 219 Abs. 3 Nr. 3 KAGB investieren dürfen, angelegt wird, gilt:
 - Anteile oder Aktien an offenen Investmentvermögen, die Gemischten Sondervermögen vergleichbar sind, dürfen nur erworben werden, soweit ein solches Investmentvermögen nach seinen Anlagebedingungen insgesamt höchstens 10 % des Wertes seines Vermögens in Anteile oder Aktien an anderen Investmentvermögen anlegen darf.
- Die Gesellschaft darf höchstens 20 % des Wertes des Fonds in Anteilen an einem einzigen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 196 Abs. 1 KAGB anlegen. Sie darf für Rechnung des Fonds nicht mehr als 25 % der ausgegebenen Anteile eines anderen inländischen, EU- oder ausländischen Investmentvermögens, das nach dem Grundsatz der Risikomischung in Vermögensgegenstände im Sinne der §§ 192 bis 198 KAGB angelegt ist, erwerben.

Die Gesellschaft wählt die zu erwerbenden Investmentvermögen („Zielfonds“) entweder nach den Anlagebestimmungen bzw. nach dem Anlageschwerpunkt dieser Zielfonds oder nach dem letzten Jahres- oder Halbjahresbericht der Zielfonds aus. Es können alle zulässigen Arten von Anteilen an inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital sowie von Anteilen an EU-OGAW und von EU-Verwaltungsgesellschaften oder ausländischen Verwaltungsgesellschaften verwalteten offenen Investmentvermögen, die keine EU-OGAW sind, erworben werden. Der Anteil des Fonds, der höchstens in Anteilen der jeweiligen Art gehalten werden darf, ist auf die in dem voranstehenden Absatz genannte Höchstgrenze beschränkt. Bei der Auswahl unterliegt die Gesellschaft hinsichtlich der Herkunft oder des Sitzes des Zielfonds keiner Beschränkung.

Immobilienfonds-Anteile

Die Gesellschaft darf Anteile an Immobilien-Sondervermögen sowie Anteile oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen (Immobilienfonds-Anteile) seit Inkrafttreten des KAGB am 22. Juli 2013 nicht mehr erwerben. Vorher zulässig erworbene Anteile oder Aktien dieser Investmentvermögen dürfen für den Fonds aber weiter gehalten werden, wenn ihr Erwerb auf Grundlage der im Erwerbszeitpunkt gültigen Anlagebedingungen des Fonds zulässig war.

Weitere Anlagegrenzen für alle Zielfonds außer Immobilienfonds-Anteile mit Bestandschutz

Der Fonds legt nur in Anteile an anderen Zielfonds als Immobilienfonds an, wenn der Zielfonds seinerseits folgende Anlagegrenzen beachtet:

- Er hält keine Unternehmensbeteiligungen in Form von Personengesellschaften;

- er investiert höchstens 20 % seines Wertes in Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die weder zum Handel an einer Börse zugelassen noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen sind;
- er beteiligt sich weder unmittelbar noch mittelbar über eine Personengesellschaft zu 10 % oder mehr am Kapital einer Kapitalgesellschaft. Diese Grenze gilt nicht für Kapitalgesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien gerichtet ist;
- er legt nicht in Anteile an Hedgefonds an.

Information der Anleger bei Aussetzung der Rücknahme von Zielfondsanteilen

Zielfonds können zeitweise die Rücknahme von Anteilen aussetzen. Dann kann die Gesellschaft die Anteile an dem Zielfonds nicht bei der Verwaltungsgesellschaft oder Verwahrstelle des Zielfonds gegen Auszahlung des Rücknahmepreises zurückgeben (siehe auch den Abschnitt „Risikohinweise – Risiken im Zusammenhang mit der Investition in Investmentanteile“). Auf der Internet-Seite der Gesellschaft ist unter <http://www.universal-investment.com> aufgeführt, ob und in welchem Umfang der Fonds Anteile von Zielfonds hält, die derzeit die Rücknahme von Anteilen ausgesetzt haben.

Kreditaufnahme

Die Aufnahme von kurzfristigen Krediten für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger ist bis zu 10 % des Wertes des Fonds zulässig, sofern die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Verwahrstelle der Kreditaufnahme zustimmt.

Hebelwirkung (Leverage)

Leverage bezeichnet jede Methode, mit der die Gesellschaft den Investitionsgrad des Fonds erhöht (Hebelwirkung). Solche Methoden sind insbesondere Kreditaufnahmen oder andere Methoden zur Erhöhung des Investitionsgrades. Die Gesellschaft kann solch Methoden für den Fonds in dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Umfang nutzen. Die Möglichkeit zur Kreditaufnahme ist im vorangehenden Absatz erläutert.

Der Leverage des Fonds wird aus dem Verhältnis zwischen dem Risiko des Fonds und seinem Nettoinventarwert ermittelt. Die Berechnung des Nettoinventarwertes wird im Abschnitt „Anteile“, Unterabschnitt „Ausgabe- und Rücknahmepreis“ erläutert. Das Risiko des Fonds wird sowohl nach der sogenannten Brutto-Methode als auch nach der sogenannten Commitment-Methode berechnet. In beiden Fällen bezeichnet das Risiko des Fonds die Summe der absoluten Werte aller Positionen des Fonds, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bewertet werden. Dabei ist es bei der Bruttomethode nicht zulässig, einzelne Derivatgeschäfte oder Wertpapierpositionen miteinander zu verrechnen (d.h. keine Berücksichtigung sogenannter Netting- und Hedging-Vereinbarungen). Im Unterschied zur Bruttomethode sind bei der Commitmentmethode einzelne Derivatgeschäfte oder Wertpapierpositionen miteinander zu verrechnen (Berücksichtigung sogenannter Netting- und Hedging-Vereinbarungen).

Die Gesellschaft erwartet, dass das nach der Brutto-Methode berechnete Risiko des Fonds seinen Nettoinventarwert um das 2-fache und das nach der Commitment-Methode berechnete Risiko des Fonds seinen Nettoinventarwert um das 2-fache nicht übersteigt. Abhängig von den Marktbedingun-

gen kann der Leverage jedoch schwanken, so dass es trotz der ständigen Überwachung durch die Gesellschaft zu Überschreitungen der angegebenen Höchstmaße kommen kann.

Ausnahme: Vermögensanlage bei Wegfall der Asset Management-Gesellschaft

Sollte die Asset Management-Gesellschaft nicht mehr für das Portfoliomanagement des Fonds zur Verfügung stehen (siehe zu den Kündigungsrechten und den Folgen Abschnitt 6 „Asset Management-Gesellschaft“), kann die Gesellschaft die Verwaltung des Fonds unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist von 6 Monaten kündigen. Bis zum Ende der Kündigungsfrist wird die Gesellschaft die in dem Abschnitt 11 „Anlageziel, Anlagegrundsätze und Anlagepolitik“ beschriebene Vermögensanlage nicht weiterverfolgen, sondern die Mittel des Fonds ausschließlich – soweit nach den Anlagebedingungen zulässig - in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten anlegen.

13. Bewertung

Allgemeine Regeln für die Vermögensbewertung

An einer Börse zugelassene / in organisiertem Markt gehandelte Vermögensgegenstände

Vermögensgegenstände, die zum Handel an Börsen zugelassen sind oder in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind sowie Bezugsrechte für den Fonds werden zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewertung gewährleistet, bewertet, sofern nachfolgend unter „Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände“ nicht anders angegeben.

Nicht an Börsen notierte oder organisierten Märkten gehandelte Vermögensgegenstände oder Vermögensgegenstände ohne handelbaren Kurs

Vermögensgegenstände, die weder zum Handel an Börsen zugelassen sind noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind oder für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, werden zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, sofern nachfolgend unter „Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände“ nicht anders angegeben.

Besondere Regeln für die Bewertung einzelner Vermögensgegenstände

Bankguthaben, Festgelder und Anteile an Investmentvermögen

Bankguthaben werden grundsätzlich zu ihrem Nennwert zuzüglich zugeflossener Zinsen bewertet.

Festgelder werden zum Verkehrswert bewertet, sofern das Festgeld jederzeit kündbar ist und die Rückzahlung bei der Kündigung nicht zum Nennwert zuzüglich Zinsen erfolgt.

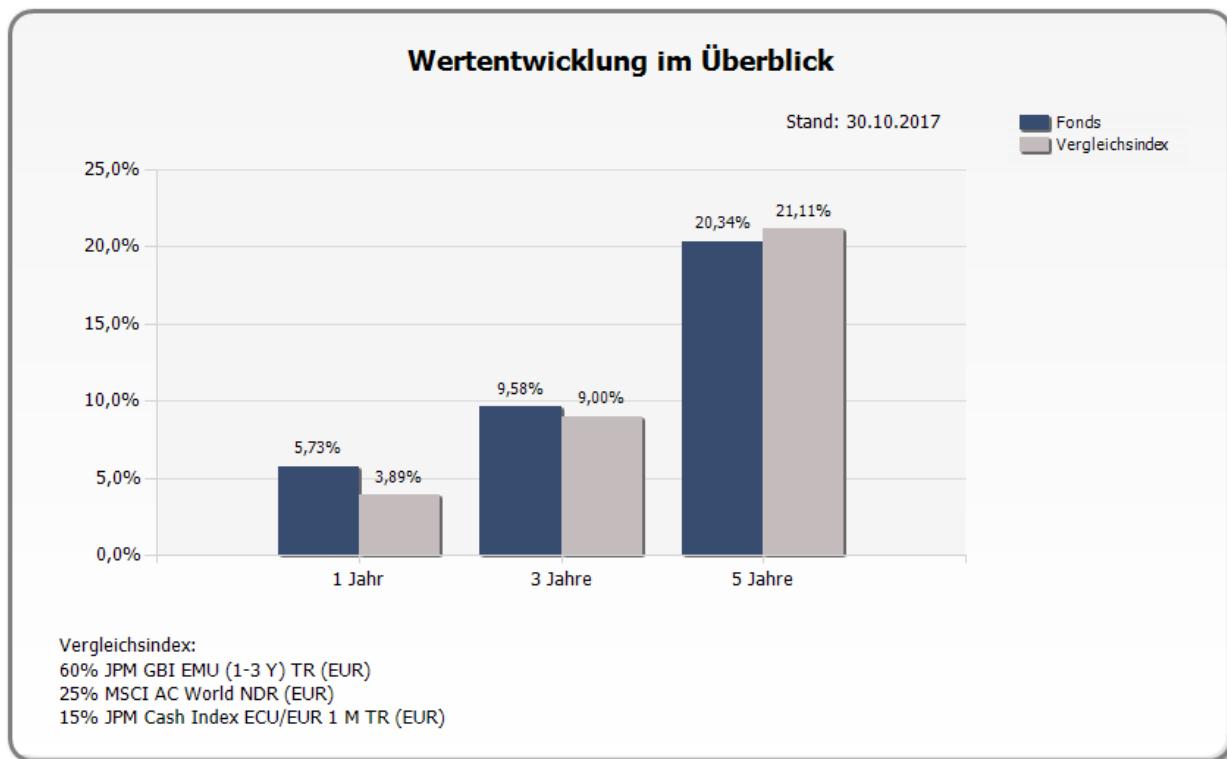
Investmentanteile (Anteile an Zielfonds) werden grundsätzlich mit ihrem letzten festgestellten Rücknahmepreis angesetzt oder zum letzten verfügbaren handelbaren Kurs, der eine verlässliche Bewer-

tung gewährleistet. Stehen diese Werte nicht zur Verfügung, werden Investmentanteile zu dem aktuellen Verkehrswert bewertet, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist.

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände werden zu dem unter Zugrundelegung des 17.00 Uhr-Fixings von The WM Company ermittelten Devisenkurs der Währung in Euro taggleich umgerechnet.

14. Wertentwicklung



Vergleichsindex:
 25 % MSCI AC World NDR (EUR)
 60 % JPM GBI EMU (1-3 Y) TR (EUR)
 15 % JPM Cash Index ECU 1 M TR (EUR)
 MSCI ist eine eingetragene Marke der MSCI Inc.
 JPM ist eine eingetragene Marke der JPMorgan Chase & Co.

Wertentwicklung nach der BVI-Methode (ohne Berücksichtigung von Ausgabeaufschlägen). Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Aktuelle Angaben zur Wertentwicklung werden in den Jahres- und Halbjahresberichten sowie auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com> veröffentlicht.

Generell ermöglicht die historische Wertentwicklung eines Fonds keine Prognose für die zukünftige Wertentwicklung.

15. Teilinvestmentvermögen

Der Fonds ist nicht Teilinvestmentvermögen einer Umbrella-Konstruktion.

16. Anteile

Die Rechte der Anleger werden bei Errichtung des Fonds ausschließlich in Sammelurkunden verbrieft. Diese Sammelurkunden werden bei einer Wertpapier-Sammelbank verwahrt. Ein Anspruch des Anlegers auf Auslieferung einzelner Anteilscheine besteht nicht. Der Erwerb von Anteilen ist nur bei Depotverwahrung möglich. Die Anteile lauten auf den Inhaber. Mit der Übertragung eines Anteils gehen auch die darin verbrieften Rechte über.

Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Ausgabe von Anteilen

Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Anteile können bei der Verwahrstelle erworben werden. Sie werden von der Verwahrstelle zum Ausgabepreis ausgegeben, der dem Nettoinventarwert pro Anteil („Anteilwert“) zuzüglich eines Ausgabeaufschlags entspricht. Daneben ist der Erwerb über die Vermittlung Dritter möglich, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder dauerhaft teilweise oder vollständig einzustellen.

Rücknahme von Anteilen

Die Anleger können bewertungstäglich die Rücknahme von Anteilen verlangen, sofern die Gesellschaft die Anteilrücknahme nicht vorübergehend ausgesetzt hat (siehe unten Abschnitt „Aussetzung der Rücknahme“). Rücknahmeorders sind bei der Verwahrstelle oder der Gesellschaft selbst zu stellen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zu dem am Abrechnungsstichtag geltenden Rücknahmepreis zurückzunehmen, der dem für diesen Tag ermittelten Anteilwert – gegebenenfalls abzüglich eines Rücknahmeabschlages – entspricht. Die Rücknahme kann auch durch die Vermittlung Dritter erfolgen, hierbei können zusätzliche Kosten entstehen.

Abrechnung bei Anteilausgabe und -rücknahme

Die Gesellschaft trägt dem Grundsatz der Anlegergleichbehandlung Rechnung, indem sie sicherstellt, dass sich kein Anleger durch den Kauf oder Verkauf von Anteilen zu bereits bekannten Anteilwerten Vorteile verschaffen kann. Es ist deshalb ein täglicher Orderannahmeschluss festgelegt. Die Abrechnung von Ausgabe- und Rücknahmeorders, die bis zum Orderannahmeschluss bei der Verwahrstelle oder der Gesellschaft eingehen, erfolgt spätestens an dem auf den Eingang der Order folgenden Wertermittlungstag (=Abrechnungstag) zu dem dann ermittelten Anteilwert. Orders, die nach dem Annahmeschluss bei der Verwahrstelle oder bei der Gesellschaft eingehen, werden erst am übernächsten Wertermittlungstag (=Abrechnungstag) zu dem dann ermittelten Anteilwert abgerechnet. Der Orderannahmeschluss für diesen Fonds kann bei der Verwahrstelle erfragt werden. Er kann jederzeit geändert werden.

Darüber hinaus können Dritte die Anteilausgabe bzw. -rücknahme vermitteln, z.B. die depotführende Stelle. Dabei kann es zu längeren Abrechnungszeiten kommen. Auf die unterschiedlichen Abrechnungsmodalitäten der depotführenden Stellen hat die Gesellschaft keinen Einfluss.

Aussetzung der Anteilrücknahme

Die Gesellschaft kann die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Solche außergewöhnlichen Umstände liegen etwa vor, wenn eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, außerplanmäßig geschlossen ist, oder wenn über Vermögensgegenstände nicht verfügt werden kann oder wenn die Vermögensgegenstände des Fonds nicht bewertet werden können. Daneben kann die BaFin anordnen, dass die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile auszusetzen hat, wenn dies im Interesse der Anleger oder der Öffentlichkeit erforderlich ist.

Der Gesellschaft bleibt es vorbehalten, die Anteile erst dann zu dem dann gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen oder umzutauschen, wenn sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anleger, Vermögensgegenstände des Fonds veräußert hat. Einer vorübergehenden Aussetzung kann ohne erneute Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile direkt eine Auflösung des Fonds folgen (siehe hierzu den Abschnitt „Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds“).

Die Gesellschaft unterrichtet die Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com> über die Aussetzung und die Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile. Außerdem werden die Anleger über ihre depotführenden Stellen per dauerhaften Datenträger, etwa in Papierform oder in elektronischer Form informiert.

Die Gesellschaft untersagt das sogenannte Market Timing oder sonstige auf kurzfristige Gewinne ausgerichtete Handelsstrategien. Wenn die Gesellschaft Grund zur Annahme hat, dass derartige kurzfristige Handelsstrategien mit spekulativem Charakter angewendet werden, behält sie sich vor, Anträge zur Zeichnung bzw. Rücknahme von Anteilen am Fonds abzulehnen.

Liquiditätsmanagement

Die Gesellschaft hat für den Fonds schriftliche Grundsätze und Verfahren festgelegt, die es ihr ermöglichen, die Liquiditätsrisiken des Fonds zu überwachen und zu gewährleisten, dass sich das Liquiditätsprofil der Anlagen des Fonds mit den zugrundeliegenden Verbindlichkeiten des Fonds deckt.

Unter Berücksichtigung der unter Abschnitt 11 „Anlageziel, Anlagegrundsätze und Anlagepolitik“ dargelegten Anlagestrategie ergibt sich folgendes Liquiditätsprofil des Fonds:

- Für den Fonds wird angestrebt, das Vermögen des Fonds in Vermögensgegenstände anzulegen, die nach Einschätzung der Asset Management-Gesellschaft zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Verkaufsprospekts nahezu vollständig innerhalb von einer Woche liquidierbar sind.
- Die Gesellschaft überwacht die Liquiditätsrisiken, die sich auf Ebene des Fonds, der Vermögensgegenstände sowie durch erhöhtes Rückgabeverlangen der Anleger ergeben können wie folgt:

- Die Gesellschaft hat im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für jeden Fonds ein Liquiditätsmanagementsystem zu implementieren und die Kohärenz von Anlagestrategie, Liquiditätsprofil und Rücknahmegrundsätzen zu gewährleisten.
- Das Liquiditätsmanagementsystem der Gesellschaft liegt in einer angemessenen dokumentierten Form vor, wird mindestens einmal jährlich überprüft und bei Bedarf entsprechend angepasst.
- Durch das implementierte Liquiditätsmanagementsystem wird in der Regel gewährleistet, dass der Liquiditätslevel eines jeden Fonds die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten abdeckt, wobei die Bewertung der relativen Liquidität der Vermögenswerte u.a. die Veräußerungsdauer und den Veräußerungspreis der Vermögenswerte einbezieht.
- Des Weiteren erfolgt die Überwachung des Liquiditätslevels eines jeden Fonds im Hinblick auf die wesentlichen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten sowie auf den marginalen Beitrag individueller Vermögenswerte. Zu diesem Zweck wird unter anderem das Profil der Anlegerbasis des Fonds, die Art der Anleger, die relative Größe der Investments im Fonds und deren Rücknahmebedingungen durch die Gesellschaft berücksichtigt. Im Fall von Anlagen des Fonds in andere Organismen für gemeinsame Anlagen erfolgt die Überwachung des durch die Vermögensverwalter dieser anderen Organismen für gemeinsame Anlagen verfolgten Ansatzes beim Liquiditätsmanagement und es wird eine regelmäßige Prüfung hinsichtlich der Änderungen der Rücknahmebestimmungen verfolgt.
- Die Gesellschaft setzt angemessene Liquiditätsmessvorkehrungen und -verfahren ein, um die quantitativen und qualitativen Risiken von einzelnen Vermögenswerten des Fonds zu bewerten. Dieses erfolgt auf Basis angemessener Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Liquidität einzelner Vermögenswerte, sowie hinsichtlich des zugehörigen Handelsvolumens, der Preissensitivität und der Spreads unter normalen und außergewöhnlichen Liquiditätsbedingungen.
- Im Rahmen des Liquiditätsmanagements stellt die Gesellschaft die Umsetzung der für die Steuerung des Liquiditätsrisikos erforderlichen Prozesse und Instrumente sicher. Dazu werden unter Beachtung der Gleichbehandlung aller Anleger die normalen und außergewöhnlichen Umstände identifiziert, unter denen diese Instrumente und Vorkehrungen angewandt werden können. Um aktuelle und potentielle Liquiditätsprobleme oder andere Notsituationen des Fonds zu bewältigen, verfügt die Gesellschaft über angemessene Eskalationsprozesse.
- Unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs und der Komplexität jedes einzelnen verwalteten Fonds, erfolgt durch die Gesellschaft die Festlegung der individuellen Liquiditätlimits. Die Limits stehen im Einklang mit den zugrundeliegenden Verbindlichkeiten und den Rücknahmegrundsätzen, werden fortlaufend überwacht und bei Überschreitungen oder potentiellen Überschreitungen werden angemessene Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätssituation getroffen. In Rahmen der Festlegung bezieht die Gesellschaft die Liquiditätsmanagementrichtlinie, die Angemessenheit des Liquiditätsprofils der Vermögenswerte des Fonds sowie die Auswirkung atypischer Rücknahmeforderungen ein. Vorübergehenden Schwankungen sind möglich.
- Die Gesellschaft führt regelmäßig Stresstests durch, mit denen sie die Liquiditätsrisiken des Fonds bewerten kann. Die Gesellschaft führt die Stresstests auf der Grundlage zuverlässiger und aktueller quantitativer oder, falls dies nicht angemessen ist, qualitativer Informationen durch. Hierbei können Anlagestrategie, Rücknahmefristen, Zahlungsverpflichtungen und Fris-

ten, innerhalb derer die Vermögensgegenstände veräußert werden können, sowie Informationen in Bezug auf allgemeines Anlegerverhalten und Marktentwicklungen einbezogen werden. Die Stresstests simulieren mangelnde Liquidität der Vermögenswerte im Fonds sowie atypische Rücknahmeforderungen. Sie werden unter Berücksichtigung der Anlagestrategie, des Liquiditätsprofils, der Anlegerstruktur und der Rücknahmegrundsätze des Fonds in einer der Art des Fonds angemessenen Häufigkeit, mindestens einmal jährlich, durchgeführt.

Die Rückgaberechte unter normalen und außergewöhnlichen Umständen sowie die Aussetzung der Rücknahme sind im Abschnitt 16 „Anteile“, Unterabschnitte „Ausgabe und Rücknahme von Anteilen“ und „Aussetzung der Anteilrücknahme“ dargestellt. Die hiermit verbunden Risiken sind im Abschnitt 7 „Risikohinweise“, Unterabschnitte „Risiken einer Fondsanlage“ („Aussetzung der Anteilrücknahme“ sowie „Risiken der eingeschränkten oder erhöhten Liquidität des Fonds (Liquiditätsrisiko)“) erläutert.

Börsen und Märkte

Die Anteile des Fonds sind nicht zum (amtlichen) Handel an Börsen zugelassen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Anteile ohne Zustimmung der Gesellschaft an Börsen oder an anderen Märkten gehandelt werden.

Der dem Börsenhandel oder Handel in sonstigen Märkten zugrunde liegende Marktpreis wird nicht ausschließlich durch den Wert der im Fonds gehaltenen Vermögensgegenstände, sondern auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Daher kann dieser Marktpreis von dem ermittelten Anteilpreis abweichen.

Faire Behandlung der Anleger und Anteilklassen

Alle ausgegebenen Anteile haben gleiche Ausgestaltungsmerkmale. Anteilklassen werden zunächst nicht gebildet.

Gemäß den Anlagebedingungen des Fonds ist die Bildung von Anteilklassen zulässig. Es liegt im Ermessen der Gesellschaft zukünftig Anteilklassen zu eröffnen. Es können Anteile mit unterschiedlichen Ausgestaltungsmerkmalen ausgegeben werden. Anteile mit gleichen Ausgestaltungsmerkmalen bilden eine Anteilkasse.

Im Falle der Bildung verschiedener Anteilklassen werden die bestehenden Anteilinhaber des Fonds einer gemeinsamen Anteilkasse zugeordnet.

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds fair zu behandeln. Sie darf im Rahmen der Steuerung des Liquiditätsrisikos und der Rücknahme von Anteilen die Interessen eines Anlegers oder einer Gruppe von Anlegern nicht über die Interessen eines anderen Anlegers oder einer anderen Anlegergruppe stellen.

Zu den Verfahren, mit denen die Gesellschaft die faire Behandlung der Anleger sicherstellt, siehe oben Unterabschnitte „Abrechnung bei Anteilausgabe und -rücknahme“ sowie „Liquiditätsmanagement“.

Ausgabe- und Rücknahmepreis

Zur Errechnung des Ausgabepreises und des Rücknahmepreises für die Anteile ermittelt die Gesellschaft unter Kontrolle der Verwahrstelle bewertungstäglich den Wert der zum Fonds gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten („Nettoinventarwert“). Die Teilung des so ermittelten Nettoinventarwerts durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile ergibt den Wert jedes Anteils („Anteilwert“).

Der Wert der Anteile des Fonds wird an allen Börsentagen ermittelt. An gesetzlichen Feiertagen im Geltungsbereich des KAGB, die Börsentage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres können die Gesellschaft und die Verwahrstelle von einer Ermittlung des Wertes absehen. Von einer Anteilpreisermittlung wird derzeit an Neujahr, Karfreitag, Ostern, Ostermontag, Maifeiertag, Christi Himmelfahrt, Pfingsten, Pfingstmontag, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit, Heilig Abend, 1. und 2. Weihnachtsfeiertag und Silvester abgesehen.

Aussetzung der Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises

Die Gesellschaft kann die Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises zeitweilig unter denselben Voraussetzungen wie die Anteilrücknahme aussetzen. Diese sind im Abschnitt 16 „Anteile“, Unterabschnitt „Aussetzung der Anteilrücknahme“ näher erläutert.

Ausgabeaufschlag

Bei Festsetzung des Ausgabepreises wird dem Anteilwert ein Ausgabeaufschlag hinzugerechnet. Der Ausgabeaufschlag beträgt 4,00 % des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, für den Fonds einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Erhebung eines Ausgabeaufschlages abzusehen. Dieser Ausgabeaufschlag kann insbesondere bei kurzer Anlagedauer die Wertentwicklung reduzieren oder sogar ganz aufzehren. Der Ausgabeaufschlag stellt im Wesentlichen eine Vergütung für den Vertrieb der Anteile des Fonds dar. Die Gesellschaft kann den Ausgabeaufschlag zur Abgeltung von Vertriebsleistungen an etwaige vermittelnde Stellen weitergeben.

Rücknahmeabschlag

Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

Veröffentlichung der Ausgabe- und Rücknahmepreise

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden börsentäglich auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com> veröffentlicht.

17. Kosten

Kosten bei Ausgabe und Rücknahme der Anteile

Die Ausgabe und Rücknahme der Anteile durch die Gesellschaft bzw. durch die Verwahrstelle erfolgt zum Ausgabepreis (Anteilwert zuzüglich Ausgabeaufschlag) bzw. Rücknahmepreis (Anteilwert) ohne Berechnung zusätzlicher Kosten.

Werden Anteile über Dritte zurückgegeben, so können Kosten bei der Rücknahme der Anteile anfallen. Bei Vertrieb von Anteilen über Dritte können auch höhere Kosten als der Ausgabepreis berechnet werden.

Verwaltungs- und sonstige Kosten

Vergütungen, die der Gesellschaft aus dem Gemischten Sondervermögen zustehen:

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Gemischten Sondervermögens eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 1,175 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Gesellschaft frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung zu berechnen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen.

Die Gesellschaft kann in den Fällen, in denen für das Gemischte Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche durchgesetzt werden, eine Vergütung von bis zu 5 % der für das Gemischte Sondervermögen – nach Abzug und Ausgleich der aus diesem Verfahren für das Gemischte Sondervermögen entstandenen Kosten – vereinnahmten Beträge berechnen.

Vergütungen, die aus dem Gemischten Sondervermögen an Dritte zu zahlen sind:

Die Gesellschaft kann sich bei der Umsetzung des Anlagekonzeptes einer Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft bedienen. In diesem Fall erhält die Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 0,30 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung in Rechnung zu stellen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen. Die Vergütung wird von der Verwaltungsvergütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Gemischten Sondervermögen zusätzlich belastet.

Der Betrag, der jährlich aus dem Gemischten Sondervermögen als Verwaltungsvergütung und Vergütung für Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaften entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,475% p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird, betragen.

Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 0,25 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Verwahrstelle frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung in Rechnung zu stellen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen.

Neben den der Gesellschaft, der Verwahrstelle und der Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Fonds:

- bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, wesentliche Anlegerinformationen);

- Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Fondsverschmelzungen und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- Kosten für die Prüfung des Gemischten Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Gemischten Sondervermögens;
- Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
- Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Gemischten Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Gemischten Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Gemischte Sondervermögen erhoben werden;
- Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Gemischte Sondervermögen;
- Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Gemischten Sondervermögens durch Dritte;
- Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;
- im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen sowie den vorstehend genannten Aufwendungen anfallende Steuern einschließlich der im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung entstehenden Steuern.

Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Fonds die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.

Für die oben genannten Aufwendungen können folgende Erläuterungen bezüglich der dem Fonds zu belastenden Beträge gegeben werden:

- Die Vergütung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Fonds setzt sich aus einem Basishonorar und weiteren Zuschlägen, die insbesondere von der Anzahl der Segmente und Anteil-klassen des Fonds sowie von dem Fondsvolumen des Fonds abhängen, zusammen und kann maximal einen Betrag von EUR 15.000 zzgl. MwSt. erreichen.
- Die Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden betragen pro Geschäftsjahr des Fonds EUR 1.500.
- In Fällen, in denen für den Fonds im Rahmen von Sammelklagen gerichtlich oder außergerichtlich der Abschluss eines Vergleiches oder ein Urteil erzielt wurde, kann die dafür beauftragte Rechtsanwaltskanzlei eine Vergütung in Höhe von bis zu 5 % der diesbezüglich für den Fonds vereinahmten Beträge erhalten. Für die aktive Teilnahme an einer Sammelklage als führender Kläger, für Privatklagen oder sonstigen Klage- oder Verwaltungsverfahren können hiervon abweichende Konditionen gelten bzw. vereinbart werden. Die hierfür beauftragte Rechtsanwaltskanzlei kann in diesen Fällen bis zu 30 % der vereinnahmten Beträge erhalten.
- Für die Genehmigung der Anlagebedingungen des Fonds, die Genehmigung der Verwahrstelle, für die Änderung von Anlagebedingungen sowie weitere Amtshandlungen bezogen auf den

Fonds kann die BaFin Gebühren oder Kosten erheben, welche von dem Fonds getragen werden. Die Höhe dieser Beträge können der Verordnung über die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz in seiner jeweils aktuellen Fassung entnommen werden. Die jeweils aktuelle Fassung dieser Verordnung ist auf der Internet-Seite der BaFin unter www.bafin.de erhältlich.

- Für Beauftragung eines Stimmrechtsbevollmächtigten für die Abwicklung von Hauptversammlungen fällt ein Entgelt in Höhe von EUR 130 pro Hauptversammlung an. Sofern die Abwicklung für mehrere Investmentvermögen erfolgt, erfolgt eine anteilige Berechnung für den Fonds. Die Anzahl der Hauptversammlungen, welche der Stimmrechtsbevollmächtigte für den Fonds abwickelt ist von der jeweils aktuellen Portfoliozusammensetzung abhängig. Ein im Voraus festgelegter oder abschätzbarer Höchstbetrag hierfür besteht daher nicht.
- Die Höhe der im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten hängt von der Anzahl der tatsächlich durchgeföhrten Transaktionen ab. Die Gesellschaft geht für den Zeitraum eines Geschäftsjahres des Fonds von einem Höchstbetrag von 2 % des durchschnittlichen Volumens des Fonds aus. Die Transaktionskosten können in diesem Zeitraum tatsächlich niedriger oder auch höher sein. Der vorgenannte Prozentsatz ist daher lediglich eine Prognose.
- Im Hinblick auf die sonstigen oben genannten Aufwendungen werden die jeweils tatsächlich angefallenen Aufwendungen dem Fonds belastet. Da die Höhe dieser Aufwendungen u.a. von dem Volumen des Fonds, der Portfoliozusammensetzung bzw. der Anzahl der in dem Fonds investierten Anleger abhängt, besteht ein im Voraus festgelegter oder abschätzbarer Höchstbetrag für diese Aufwendungen nicht.

Die Gesellschaft gibt im Regelfall Teile ihrer Verwaltungsvergütung an vermittelnde Stellen weiter. Dies erfolgt zur Abgeltung von Vertriebsleistungen. Dabei kann es sich auch um wesentliche Teile handeln. Verwahrstelle und Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft können aus ihren vereinnahmten Vergütungen Vertriebsmaßnahmen der Vermittler unterstützen, deren Berechnung in der Regel auf der Grundlage vermittelter Bestände erfolgt.

Gesellschaft, Verwahrstelle und Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft können nach ihrem freien Ermessen mit einzelnen Anlegern die teilweise Rückzahlung von vereinnahmten Vergütungen an diese Anleger vereinbaren. Dies kommt insbesondere dann in Betracht, wenn institutionelle Anleger direkt Großbeträge nachhaltig investieren.

Die Gesellschaft kann im Zusammenhang mit Geschäften für Rechnung des Fonds geldwerte Vorteile (Broker research, Finanzanalysen, Markt- und Kursinformationssysteme) verwenden, die sie im Interesse der Anleger bei den Anlageentscheidungen nutzt. Der Gesellschaft fließen keine Rückvergütungen der aus dem Fonds an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandserstattungen zu. Im Übrigen wird auf die entsprechenden Jahresberichte verwiesen.

Besonderheiten und Kosten beim Erwerb von Investmentanteilen

Neben der Vergütung zur Verwaltung des Fonds wird eine Verwaltungsvergütung für die im Fonds gehaltenen Anteile an Investmentvermögen (Zielfonds) berechnet.

Sofern den Fonds einen erheblichen Teil seines Wertes in Investmentanteile anlegt, werden bei der Berechnung der Gesamtkostenquote (siehe oben) sämtliche Verwaltungsvergütungen berücksichtigt.

Der Anleger sollte darüber hinaus berücksichtigen, dass dem Fonds beim Erwerb von anderen Investmentanteilen gegebenenfalls Ausgabeaufschläge beziehungsweise Rücknahmegebühren berechnet werden, die den Fonds belasten. Neben diesen Kosten sind auch die für den jeweiligen Zielfonds anfallenden Gebühren, Kosten, Steuern, Provisionen und sonstigen Aufwendungen in Bezug auf Investmentanteile, in die der Fonds investiert, mittelbar von den Anlegern des Fonds zu tragen. Der Fonds darf auch in Investmentanteile anlegen, die eine andere Gebührenstruktur (z.B. Pauschalgebühr, erfolgsabhängige Vergütung) aufweisen oder für die zusätzliche Arten von Gebühren belastet werden dürfen.

Soweit ein Zielfonds direkt oder indirekt von der Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen verwaltet wird, mit dem die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder das andere Unternehmen für den Erwerb oder die Rücknahme der Investmentanteile der Zielfonds keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge zu Lasten des Fonds berechnen.

Im Jahres- und Halbjahresbericht werden die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen gelegt, die dem Fonds für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen an anderen Investmentvermögen berechnet worden sind. Ferner wird die Vergütung offen gelegt, die dem Fonds von einer in- oder ausländischen Kapitalverwaltungsgesellschaft oder einer Kapitalverwaltungsgesellschaft, mit der die Gesellschaft durch Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im Fonds gehaltenen Anteile berechnet wurde.

Gesamtkostenquote

Im Jahresbericht werden die im Geschäftsjahr zu Lasten des Fonds angefallenen Verwaltungskosten offen gelegt und als Quote des durchschnittlichen Fondsvolumens ausgewiesen („Gesamtkostenquote“). Diese setzt sich zusammen aus der Vergütung für die Verwaltung des Fonds, der Vergütung der Verwahrstelle sowie den Aufwendungen, die dem Fonds zusätzlich belastet werden können (siehe oben). Ausgenommen sind die Nebenkosten und die Kosten, die beim Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehen (Transaktionskosten). Die Gesamtkostenquote wird in den wesentlichen Anlegerinformationen als sogenannte „laufende Kosten“ veröffentlicht.

Abweichender Kostenausweis durch Vertriebsstellen

Wird der Anleger beim Erwerb von Anteilen durch Dritte beraten oder vermitteln diese den Kauf, weisen sie ihm gegebenenfalls Kosten oder Kostenquoten aus, die nicht mit den Kostenangaben in diesem Verkaufsprospekt und in den wesentlichen Anlegerinformationen deckungsgleich sind und die hier beschriebene Gesamtkostenquote übersteigen können. Grund dafür kann insbesondere sein, dass der Dritte die Kosten seiner eigenen Tätigkeit (z.B. Vermittlung, Beratung oder Depotführung) zusätzlich berücksichtigt. Darüber hinaus berücksichtigt er ggf. auch einmalige Kosten wie Ausgabeaufschläge und benutzt in der Regel andere Berechnungsmethoden oder auch Schätzungen für die auf Fondsebene anfallenden Kosten, die insbesondere die Transaktionskosten des Fonds mit umfassen.

Abweichungen im Kostenausweis können sich sowohl bei Informationen vor Vertragsschluss ergeben als auch bei regelmäßigen Kosteninformationen über die bestehende Fondsanlage im Rahmen einer dauerhaften Kundenbeziehung.

18. Vergütungspolitik

Die Gesellschaft unterliegt den für Kapitalverwaltungsgesellschaften geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben im Hinblick auf die Gestaltung ihres Vergütungssystems. Die detaillierte Ausgestaltung hat die Gesellschaft in einer Vergütungsrichtlinie geregelt, deren Ziel es ist, eine nachhaltige Vergütungs- systematik unter Vermeidung von Fehlanreizen zur Eingehung übermäßiger Risiken sicherzustellen.

Das Vergütungssystem der Gesellschaft wird mindestens einmal jährlich durch den Vergütungsausschuss der Gesellschaft auf seine Angemessenheit und die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben überprüft. Es umfasst fixe und variable Vergütungselemente. Durch die Festlegung von Bandbreiten für die Gesamtzielvergütung ist gewährleistet, dass keine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung sowie ein angemessenes Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung bestehen.

Für die Geschäftsführung der Gesellschaft und Mitarbeiter, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Gesellschaft und der von ihr verwalteten Investmentvermögen haben (sog. „Risk Taker“) gelten besondere Regelungen. So wird für diese risikorelevanten Mitarbeiter zwingend ein Anteil von mindestens 40 % der variablen Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren aufgeschoben. Der aufgeschobene Anteil der Vergütung ist während dieses Zeitraums risikoabhängig, d.h. er kann im Fall von negativen Erfolgsbeiträgen des Mitarbeiters oder der Gesellschaft insgesamt gekürzt werden. Jeweils am Ende jedes Jahres der Wartezeit wird der aufgeschobene Vergütungsanteil anteilig unverfallbar und zum jeweiligen Zahlungstermin ausgezahlt.

Weitere Einzelheiten zur aktuellen Vergütungspolitik der Gesellschaft sind im Internet unter <http://www.universal-investment.com/de/Verguetungspolitik-D> veröffentlicht. Hierzu zählen eine Beschreibung der Berechnungsmethoden für Vergütungen und Zuwendungen an bestimmte Mitarbeitergruppen, sowie die Angabe der für die Zuteilung zuständigen Personen einschließlich der Angehörigen des Vergütungsausschusses. Auf Verlangen werden die Informationen von der Gesellschaft kostenlos in Papierform zur Verfügung gestellt.

19. Ermittlung und Verwendung der Erträge; Geschäftsjahr

Der Fonds kann Erträge aus den während des Geschäftsjahrs angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträgen aus Investmentanteilen erzielen. Weitere Erträge können aus der Veräußerung von für Rechnung des Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen resultieren.

Ertragsausgleichsverfahren

Die Gesellschaft wendet für den Fonds ein sog. Ertragsausgleichsverfahren an. Das bedeutet, dass die während des Geschäftsjahrs angefallenen anteiligen Erträge, die der Anteilerwerber als Teil des Ausgabepreises bezahlen muss und die der Verkäufer von Anteilscheinen als Teil des Rücknahmepreises

vergütet erhält, fortlaufend verrechnet werden. Bei der Berechnung des Ertragsausgleichs werden die angefallenen Aufwendungen berücksichtigt.

Das Ertragsausgleichsverfahren dient dazu, Schwankungen im Verhältnis zwischen Erträgen und sonstigen Vermögensgegenständen auszugleichen, die durch Nettomittelzuflüsse oder Nettomittelabflüsse aufgrund von Anteilverkäufen oder -rückgaben verursacht werden. Denn jeder Nettomittelzufluss liquider Mittel würde andernfalls den Anteil der Erträge am Inventarwert des Fonds verringern, jeder Abfluss ihn vermehren.

Im Ergebnis führt das Ertragsausgleichsverfahren dazu, dass der im Jahresbericht ausgewiesene Ertrag je Anteil nicht durch die Anzahl der umlaufenden Anteile beeinflusst wird.

Ertragsverwendung

Bei diesem Fonds werden die Erträge nicht ausgeschüttet, sondern im Fonds wieder angelegt (The- saurierung).

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

20. Auflösung, Übertragung und Verschmelzung des Fonds

Voraussetzungen für die Auflösung des Fonds

Die Anleger sind nicht berechtigt, die Auflösung des Fonds zu verlangen. Die Gesellschaft kann ihr Recht zur Verwaltung des Fonds kündigen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntgabe im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht. Über die Kündigung werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen per dauerhaften Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, den Fonds zu verwalten.

Des Weiteren endet das Verwaltungsrecht der Gesellschaft, wenn das Insolvenzverfahren über ihr Vermögen eröffnet wird oder mit der Rechtskraft des Gerichtsbeschlusses, durch den der Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgewiesen wird.

Mit Erlöschen des Verwaltungsrechts der Gesellschaft geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Verwahrstelle über, die den Fonds abwickelt und den Erlös an die Anleger verteilt, oder mit Genehmigung der BaFin einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung überträgt.

Verfahren bei Auflösung des Fonds

Mit dem Übergang des Verfügungsrechts über den Fonds auf die Verwahrstelle wird die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen eingestellt und der Fonds abgewickelt.

Der Erlös aus der Veräußerung der Vermögenswerte des Fonds abzüglich der noch durch den Fonds zu tragenden Kosten und der durch die Auflösung verursachten Kosten werden an die Anleger ver-

teilt, wobei diese in Höhe ihrer jeweiligen Anteile am Fonds Ansprüche auf Auszahlung des Liquidationserlöses haben.

Die Gesellschaft erstellt auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht erlischt, einen Auflösungsbericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Spätestens drei Monate nach dem Stichtag der Auflösung des Fonds wird der Auflösungsbericht im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Während die Verwahrstelle den Fonds abwickelt, erstellt sie jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, einen Bericht, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht. Diese Berichte sind ebenfalls spätestens drei Monate nach dem Stichtag im Bundesanzeiger bekannt zu machen.

Übertragung des Fonds

Die Gesellschaft kann das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über den Fonds auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die BaFin. Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht des Fonds bekannt gemacht. Über die geplante Übertragung werden die Anleger außerdem über ihre depotführenden Stellen per dauerhaften Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form informiert. Der Zeitpunkt, zu dem die Übertragung wirksam wird, bestimmt sich nach den vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und der aufnehmenden Kapitalverwaltungsgesellschaft. Die Übertragung darf jedoch frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam werden. Sämtliche Rechte und Pflichten der Gesellschaft in Bezug auf den Fonds gehen dann auf die aufnehmende Kapitalverwaltungsgesellschaft über.

Voraussetzungen für die Verschmelzung des Fonds

Alle Vermögensgegenstände dieses Fonds dürfen mit Genehmigung der BaFin auf ein anderes bestehendes oder durch die Verschmelzung neu gegründetes Investmentvermögen übertragen werden. Ist das andere Investmentvermögen ein OGAW, muss es auch nach der Übertragung die Anforderungen an einen OGAW erfüllen, der in Deutschland oder in einem anderen EU- oder EWR-Staat aufgelegt wurde.

Die Übertragung wird zum Geschäftsjahresende des übertragenden Fonds (Übertragungsstichtag) wirksam, sofern kein anderer Übertragungsstichtag bestimmt wird.

Rechte der Anleger bei der Verschmelzung des Fonds

Die Anleger haben bis fünf Arbeitstage vor dem geplanten Übertragungsstichtag entweder die Möglichkeit, ihre Anteile ohne weitere Kosten zurückzugeben, mit Ausnahme der Kosten zur Deckung der Auflösung des Fonds, oder ihre Anteile gegen Anteile eines anderen offenen Investmentvermögen umzutauschen, das ebenfalls von der Gesellschaft oder einem Unternehmen desselben Konzerns verwaltet wird und dessen Anlagegrundsätze mit denen des Fonds vergleichbar sind.

Die Gesellschaft hat die Anleger des Fonds vor dem geplanten Übertragungsstichtag mittels dauerhaftem Datenträger, etwa in Papierform oder elektronischer Form, über die Gründe für die Verschmelzung, die potentiellen Auswirkungen für die Anleger, deren Rechte in Zusammenhang mit der Verschmelzung sowie über maßgebliche Verfahrensaspekte zu informieren. Den Anlegern sind zudem die wesentlichen Anlegerinformationen für das Investmentvermögen zu übermitteln, auf das die

Vermögensgegenstände des Fonds übertragen werden. Der Anleger muss die vorgenannten Informationen mindestens 30 Tage vor Ablauf der Frist zur Rückgabe oder Umtausch seiner Anteile erhalten.

Am Übertragungstichtag werden die Nettoinventarwerte des Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens berechnet, das Umtauschverhältnis wird festgelegt und der gesamte Umtauschvorgang wird vom Abschlussprüfer geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte je Anteil des Fonds und des übernehmenden Investmentvermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem übernehmenden Investmentvermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem Fonds entspricht.

Sofern die Anleger von ihrem Rückgabe- oder Umtauschrechtfertigen Gebrauch machen, werden sie am Übertragungstichtag Anleger des übernehmenden Investmentvermögens. Die Gesellschaft kann gegebenenfalls auch mit der Verwaltungsgesellschaft des übernehmenden Investmentvermögens festlegen, dass den Anlegern des Fonds bis zu 10 % des Wertes ihrer Anteile in bar ausgezahlt werden. Mit der Übertragung aller Vermögenswerte erlischt der Fonds. Findet die Übertragung während des laufenden Geschäftsjahres des Fonds statt, muss die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Bericht erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht entspricht.

Die Gesellschaft macht im Bundesanzeiger und darüber hinaus in den in diesem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt, wenn der Fonds auf ein anderes von der Gesellschaft verwaltetes Investmentvermögen verschmolzen wurde und die Verschmelzung wirksam geworden ist. Sollte der Fonds auf ein anderes Investmentvermögen verschmolzen werden, das nicht von der Gesellschaft verwaltet wird, so übernimmt die Verwaltungsgesellschaft die Bekanntmachung des Wirksamwerdens der Verschmelzung, die das übernehmende oder neu gegründete Investmentvermögen verwaltet.

21. Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften

Die Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig⁶ sind. Dem ausländischen Anleger⁷ empfehlen wir, sich vor Erwerb von Anteilen an dem in diesem Verkaufsprospekt beschriebenen Fonds mit seinem Steuerberater in Verbindung zu setzen und mögliche steuerliche Konsequenzen aus dem Anteilserwerb in seinem Heimatland individuell zu klären.

Der Fonds ist als Zweckvermögen grundsätzlich von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Er ist jedoch partiell körperschaftsteuerpflichtig mit seinen inländischen Beteiligungseinnahmen und sonstigen inländischen Einkünften im Sinne der beschränkten Einkommensteuerpflicht mit Ausnahme von Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften. Der Steuersatz beträgt 15 %. Soweit die steuerpflichtigen Einkünfte im Wege des Kapitalertragsteuerabzugs erhoben werden, umfasst der Steuersatz von 15 % bereits den Solidaritätszuschlag.

⁶ Unbeschränkt steuerpflichtige Anleger werden nachfolgend auch als Steuerinländer bezeichnet.

⁷ Ausländische Anleger sind Anleger, die nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind. Diese werden nachfolgend auch als Steuerausländer bezeichnet.

Die Investmenterträge werden jedoch beim Privatanleger als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Einkommensteuer unterworfen, soweit diese zusammen mit sonstigen Kapitalerträgen den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag⁸ übersteigen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen grundsätzlich einem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer). Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören auch die Erträge aus Investmentfonds (Investmenterträge), d.h. die Ausschüttungen des Fonds, die Vorabpauschalen und die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile.

Der Steuerabzug hat für den Privatanleger grundsätzlich Abgeltungswirkung (sog. Abgeltungsteuer), so dass die Einkünfte aus Kapitalvermögen regelmäßig nicht in der Einkommensteuererklärung anzugeben sind. Bei der Vornahme des Steuerabzugs werden durch die depotführende Stelle grundsätzlich bereits Verlustverrechnungen vorgenommen und aus der Direktanlage stammende ausländische Quellensteuern angerechnet.

Der Steuerabzug hat u.a. aber dann keine Abgeltungswirkung, wenn der persönliche Steuersatz geringer ist als der Abgeltungssatz von 25 %. In diesem Fall können die Einkünfte aus Kapitalvermögen in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Das Finanzamt setzt dann den niedrigeren persönlichen Steuersatz an und rechnet auf die persönliche Steuerschuld den vorgenommenen Steuerabzug an (sog. Günstigerprüfung).

Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen keinem Steuerabzug unterlegen haben (weil z.B. ein Gewinn aus der Veräußerung von Fondsanteilen in einem ausländischen Depot erzielt wird), sind diese in der Steuererklärung anzugeben. Im Rahmen der Veranlagung unterliegen die Einkünfte aus Kapitalvermögen dann ebenfalls dem Abgeltungssatz von 25 % oder dem niedrigeren persönlichen Steuersatz.

Sofern sich die Anteile im Betriebsvermögen befinden, werden die Erträge als Betriebseinnahmen steuerlich erfasst.

Anteile im Privatvermögen (Steuerinländer)

Ausschüttungen

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag⁹ nicht überschreiten.

⁸ Der Sparer-Pauschbetrag beträgt seit dem Jahr 2009 bei Einzelveranlagung EUR 801 und bei Zusammenveranlagung EUR 1.602.

⁹ Der Sparer-Pauschbetrag beträgt seit dem Jahr 2009 bei Einzelveranlagung EUR 801 und bei Zusammenveranlagung EUR 1.602.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem festgelegten Ausschüttungstermin ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall erhält der Anleger die gesamte Ausschüttung ungekürzt gutgeschrieben.

Vorabpauschalen

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 % des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Die steuerpflichtigen Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer).

Vom Steuerabzug kann Abstand genommen werden, wenn der Anleger Steuerinländer ist und einen Freistellungsauftrag vorlegt, sofern die steuerpflichtigen Ertragsteile den aktuell geltenden Sparer-Pauschbetrag¹⁰ nicht überschreiten.

Entsprechendes gilt auch bei Vorlage einer Bescheinigung für Personen, die voraussichtlich nicht zur Einkommenssteuer veranlagt werden (sogenannte Nichtveranlagungsbescheinigung, nachfolgend „NV-Bescheinigung“).

Verwahrt der inländische Anleger die Anteile in einem inländischen Depot, so nimmt die depotführende Stelle als Zahlstelle vom Steuerabzug Abstand, wenn ihr vor dem Zuflusszeitpunkt ein in ausreichender Höhe ausgestellter Freistellungsauftrag nach amtlichem Muster oder eine NV-Bescheinigung, die vom Finanzamt für die Dauer von maximal drei Jahren erteilt wird, vorgelegt wird. In diesem Fall wird keine Steuer abgeführt. Andernfalls hat der Anleger der inländischen depotführenden Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck darf die depotführende Stelle den Betrag der abzuführenden Steuer von einem bei ihr unterhaltenen und auf den Namen des Anlegers lautenden Kontos ohne Einwilligung des Anlegers einzahlen, soweit der Anleger nicht vor Zufluss der Vorabpauschale widerspricht, und ein mit dem Anleger vereinbarter Kontokorrentkredit für dieses Konto nicht ausgeschöpft wurde. Soweit der Anleger seiner Verpflichtung, den Betrag der

¹⁰ Der Sparer-Pauschbetrag beträgt seit dem Jahr 2009 bei Einzelveranlagung EUR 801 und bei Zusammenveranlagung EUR 1.602.

abzuführenden Steuer der inländischen depotführenden Stelle zur Verfügung zu stellen, nicht nachkommt, hat die depotführende Stelle dies dem für sie zuständigen Finanzamt anzugeben. Der Anleger muss in diesem Fall die Vorabpauschale insoweit in seiner Einkommensteuererklärung angeben.

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Werden Anteile an dem Fonds nach dem 31. Dezember 2017 veräußert, unterliegt der Veräußerungsgewinn dem Abgeltungssatz von 25 %. Dies gilt sowohl für Anteile, die vor dem 1. Januar 2018 erworben wurden und die zum 31. Dezember 2017 als veräußert und zum 1. Januar 2018 wieder als angeschafft gelten, als auch für nach dem 31. Dezember 2017 erworbene Anteile.

Bei Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen, die vor dem 1. Januar 2018 erworben wurden und die zum 31. Dezember 2017 als veräußert und zum 1. Januar 2018 wieder als angeschafft gelten, ist zu beachten, dass im Zeitpunkt der tatsächlichen Veräußerung auch die Gewinne aus der zum 31. Dezember 2017 erfolgten fiktiven Veräußerung zu versteuern sind, falls die Anteile tatsächlich nach dem 31. Dezember 2008 erworben worden sind.

Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden, nimmt die depotführende Stelle den Steuerabzug unter Berücksichtigung etwaiger Teilverststellungen vor. Der Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer) kann durch die Vorlage eines ausreichenden Freistellungsauftrags bzw. einer NV-Bescheinigung vermieden werden. Werden solche Anteile von einem Privatanleger mit Verlust veräußert, dann ist der Verlust mit anderen positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar. Sofern die Anteile in einem inländischen Depot verwahrt werden und bei derselben depotführenden Stelle im selben Kalenderjahr positive Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielt wurden, nimmt die depotführende Stelle die Verlustverrechnung vor.

Bei einer Veräußerung der vor dem 1. Januar 2009 erworbenen Fondsanteile nach dem 31. Dezember 2017 ist der Gewinn, der nach dem 31. Dezember 2017 entsteht, bei Privatanlegern grundsätzlich bis zu einem Betrag von EUR 100.000 steuerfrei. Dieser Freibetrag kann nur in Anspruch genommen werden, wenn diese Gewinne gegenüber dem für den Anleger zuständigen Finanzamt erklärt werden. Wertveränderungen, die zwischen dem Anschaffungszeitpunkt (Erwerb vor dem 1. Januar 2009) und dem 31. Dezember 2017 eingetreten sind, sind steuerfrei.

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern.

Im Falle eines Veräußerungsverlustes ist der Verlust in Höhe der anzuwendenden Teilverststellung auf Anlegerebene nicht abzugsfähig.

Anteile im Betriebsvermögen (Steuerinländer)

Erstattung der Körperschaftsteuer des Fonds

Ist der Anleger eine inländische Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dient oder eine Stiftung des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dient, oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die ausschließlich

lich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dient, dann erhält er auf Antrag vom Fonds die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer anteilig für seine Besitzzeit erstattet; dies gilt nicht, wenn die Anteile in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehalten werden. Dasselbe gilt für vergleichbare ausländische Anleger mit Sitz und Geschäftsleitung in einem Amts- und Betreibungshilfe leistenden ausländischen Staat. Die Erstattung setzt voraus, dass der Anleger seit mindestens drei Monaten vor dem Zufluss der Körperschaftsteuerpflichtigen Erträge des Fonds zivilrechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer der Anteile ist, ohne dass eine Verpflichtung zur Übertragung der Anteile auf eine andere Person besteht. Ferner setzt die Erstattung im Hinblick auf die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf deutsche Dividenden und Erträge aus deutschen eigenkapitalähnlichen Genussrechten im Wesentlichen voraus, dass deutsche Aktien und deutsche eigenkapitalähnliche Genussrechte vom Fonds als wirtschaftlichem Eigentümer ununterbrochen 45 Tage innerhalb von 45 Tagen vor und nach dem Fälligkeitszeitpunkt der Kapitalerträge gehalten wurden und in diesen 45 Tagen ununterbrochen Mindestwertänderungsrisiken i.H.v. 70 % bestanden.

Dem Antrag sind Nachweise über die Steuerbefreiung und ein von der depotführenden Stelle ausgestellter Investmentanteil-Bestandsnachweis beizufügen. Der Investmentanteil-Bestandsnachweis ist eine nach amtlichen Muster erstellte Bescheinigung über den Umfang der durchgehend während des Kalenderjahres vom Anleger gehaltenen Anteile sowie den Zeitpunkt und Umfang des Erwerbs und der Veräußerung von Anteilen während des Kalenderjahres.

Aufgrund der hohen Komplexität der Regelung erscheint die Hinzuziehung eines steuerlichen Beraters sinnvoll.

Ausschüttungen

Ausschüttungen des Fonds sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig.

Die Ausschüttungen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Vorabpauschalen

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen des Fonds innerhalb eines Kalenderjahrs den Basisertrag für dieses Kalenderjahr unterschreiten. Der Basisertrag wird durch Multiplikation des Rücknahmepreises des Anteils zu Beginn eines Kalenderjahrs mit 70 % des Basiszinses, der aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abgeleitet wird, ermittelt. Der Basisertrag ist auf den Mehrbetrag begrenzt, der sich zwischen dem ersten und dem letzten im Kalenderjahr festgesetzten Rücknahmepreis zuzüglich der Ausschüttungen innerhalb des Kalenderjahrs ergibt. Im Jahr des Erwerbs der Anteile vermindert sich die Vorabpauschale um ein Zwölftel für jeden vollen Monat, der dem Monat des Erwerbs vorangeht. Die Vorabpauschale gilt am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen.

Vorabpauschalen sind grundsätzlich einkommen- bzw. körperschaftsteuer- und gewerbesteuerpflichtig.

Die Vorabpauschalen unterliegen i.d.R. dem Steuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Veräußerungsgewinne auf Anlegerebene

Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen grundsätzlich der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns ist der Gewinn um die während der Besitzzeit angesetzten Vorabpauschalen zu mindern.

Die Gewinne aus der Veräußerung der Anteile unterliegen i.d.R. keinem Steuerabzug.

Im Falle eines Veräußerungsverlustes ist der Verlust in Höhe der jeweils anzuwendenden Teilstellung auf Anlegerebene nicht abzugsfähig.

Abwicklungsbesteuerung

Während der Abwicklung des Fonds gelten Ausschüttungen nur insoweit als Ertrag, wie in ihnen der Wertzuwachs eines Kalenderjahres enthalten ist.

Zusammenfassende Übersicht für die Besteuerung bei üblichen betrieblichen Anlegergruppen

	Ausschüttungen	Vorabpauschalen	Veräußerungsgewinne
Inländische Anleger			
Einzelunternehmer	<u>Kapitalertragsteuer:</u> 25% (die Teilstellung für Aktienfonds i.H.v. 30% bzw. für Mischfonds i.H.v. 15% wird berücksichtigt) <u>Materielle Besteuerung:</u> Einkommensteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilstellungen (Aktienfonds 60% für Einkommensteuer / 30% für Gewerbesteuer; Mischfonds 30% für Einkommensteuer / 15% für Gewerbesteuer)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme	
Regelbesteuerte Körperschaften (typischerweise Industrieunternehmen; Banken, sofern Anteile nicht im Handelsbestand gehalten werden; Sachversicherer)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme bei Banken, ansonsten 25% (die Teilstellung für Aktienfonds i.H.v. 30% bzw. für Mischfonds i.H.v. 15% wird berücksichtigt) <u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilstellungen (Aktienfonds 80% für Körperschaftsteuer / 40% für Gewerbesteuer; Mischfonds 40% für Körperschaftsteuer / 20% für Gewerbesteuer)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme	
Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds, bei denen die Fondsanteile den Kapitalanlagen zuzurechnen sind	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme <u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, soweit handelsbilanziell keine Rückstellung für Beitragsrückerstattungen (RfB) aufgebaut wird, die auch steuerlich anzuerkennen ist ggf. unter Berücksichtigung von Teilstellungen (Aktienfonds 30% für Körperschaftsteuer / 15% für Gewerbesteuer; Mischfonds 15% für Körperschaftsteuer / 7,5% für Gewerbesteuer)		
Banken, die die Fondsanteile im Handelsbestand halten	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme <u>Materielle Besteuerung:</u> Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ggf. unter Berücksichtigung von Teilstellungen (Aktienfonds 30% für Körperschaftsteuer / 15% für Gewerbesteuer; Mischfonds 15% für Körperschaftsteuer / 7,5% für Gewerbesteuer)		
Steuerbefreite gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Anleger (insb. Kirchen, gemeinnützige Stiftungen)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme <u>Materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei – zusätzlich kann die auf der Fondsebene angefallene Körperschaftsteuer auf Antrag erstattet werden bzw. auf Fondsebene kann vom Kapitalertragsteuerabzug Abstand genommen werden, wenn die Voraussetzungen des § 10 InvStG erfüllt sind		
Andere steuerbefreite Anleger (insb. Pensionskassen, Sterbekassen und Unterstützungskassen, sofern die im Körperschaftsteuergesetz geregelten Voraussetzungen erfüllt sind)	<u>Kapitalertragsteuer:</u> Abstandnahme <u>Materielle Besteuerung:</u> Steuerfrei		

Unterstellt ist eine inländische Depotverwahrung. Auf die Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird ein Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe erhoben. Für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug kann es erforderlich sein, dass Bescheinigungen rechtzeitig der depotführenden Stelle vorgelegt werden.

Steuerausländer

Verwahrt ein Steuerausländer die Fondsanteile im Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle, wird vom Steuerabzug auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinne aus der Veräußerung der Anteile Abstand genommen, sofern er seine steuerliche Ausländereigenschaft nachweist. Sofern die Ausländereigenschaft der depotführenden Stelle nicht bekannt bzw. nicht rechtzeitig nachgewiesen wird, ist der ausländische Anleger gezwungen, die Erstattung des Steuerabzugs entsprechend der Abgabenordnung¹¹ zu beantragen. Zuständig ist das für die depotführende Stelle zuständige Finanzamt.

Solidaritätszuschlag

Auf den auf Ausschüttungen, Vorabpauschalen und Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen abzuführenden Steuerabzug ist ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zu erheben. Der Solidaritätszuschlag ist bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer anrechenbar.

Kirchensteuer

Soweit die Einkommensteuer bereits von einer inländischen depotführenden Stelle (Abzugsverpflichteter) durch den Steuerabzug erhoben wird, wird die darauf entfallende Kirchensteuer nach dem Kirchensteuersatz der Religionsgemeinschaft, der der Kirchensteuerpflichtige angehört, regelmäßig als Zuschlag zum Steuerabzug erhoben. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer als Sonderausgabe wird bereits beim Steuerabzug mindernd berücksichtigt.

Ausländische Quellensteuer

Auf die ausländischen Erträge des Fonds wird teilweise in den Herkunftsändern Quellensteuer einbehalten. Diese Quellensteuer kann bei den Anlegern nicht steuermindernd berücksichtigt werden.

Folgen der Verschmelzung von Investmentfonds

In den Fällen der Verschmelzung eines inländischen Investmentfonds auf einen anderen inländischen Investmentfonds kommt es weder auf der Ebene der Anleger noch auf der Ebene des beteiligten Investmentfonds zu einer Aufdeckung von stillen Reserven, d.h. dieser Vorgang ist steuerneutral. Das Gleiche gilt für die Übertragung aller Vermögensgegenstände eines inländischen Investmentfonds auf eine inländische Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder ein Teilgesellschaftsvermögen einer inländischen Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital. Erhalten die Anleger des übertragenden Investmentfonds eine im Verschmelzungsplan vorgesehene Barzahlung,¹² ist diese wie eine Ausschüttung zu behandeln.

¹¹ § 37 Abs. 2 AO.

¹² § 190 Abs. 2 Nr. 2 KAGB.

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen

Die Bedeutung des automatischen Austauschs von Informationen zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Steuerbetrug und grenzüberschreitender Steuerhinterziehung hat auf internationaler Ebene in den letzten Jahren stark zugenommen. Die OECD hat daher im Auftrag der G20 in 2014 einen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen veröffentlicht (Common Reporting Standard, im Folgenden „CRS“). Der CRS wurde von mehr als 90 Staaten (teilnehmende Staaten) im Wege eines multilateralen Abkommens vereinbart. Außerdem wurde er Ende 2014 mit der Richtlinie 2014/107/EU des Rates vom 9. Dezember 2014 in die Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung integriert. Die teilnehmenden Staaten (alle Mitgliedstaaten der EU sowie etliche Drittstaaten) wenden den CRS grundsätzlich ab 2016 mit Meldepflichten ab 2017 an. Lediglich einzelnen Staaten (z.B. Österreich und die Schweiz) wird es gestattet, den CRS ein Jahr später anzuwenden. Deutschland hat den CRS mit dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz vom 21. Dezember 2015 in deutsches Recht umgesetzt und wendet diesen ab 2016 an.

Mit dem CRS werden meldende Finanzinstitute (im Wesentlichen Kreditinstitute) dazu verpflichtet, bestimmte Informationen über ihre Kunden einzuholen. Handelt es sich bei den Kunden (natürliche Personen oder Rechtsträger) um in anderen teilnehmenden Staaten ansässige meldepflichtige Personen (dazu zählen nicht z.B. börsennotierte Kapitalgesellschaften oder Finanzinstitute), werden deren Konten und Depots als meldepflichtige Konten eingestuft. Die meldenden Finanzinstitute werden dann für jedes meldepflichtige Konto bestimmte Informationen an ihre Heimatsteuerbehörde übermitteln. Diese übermittelt die Informationen dann an die Heimatsteuerbehörde des Kunden.

Bei den zu übermittelnden Informationen handelt es sich im Wesentlichen um die persönlichen Daten des meldepflichtigen Kunden (Name; Anschrift; Steueridentifikationsnummer; Geburtsdatum und Geburtsort (bei natürlichen Personen); Ansässigkeitsstaat) sowie um Informationen zu den Konten und Depots (z.B. Kontonummer; Kontosaldo oder Kontowert; Gesamtbruttobetrag der Erträge wie Zinsen, Dividenden oder Ausschüttungen von Investmentfonds); Gesamtbruttoerlöse aus der Veräußerung oder Rückgabe von Finanzvermögen (einschließlich Fondsanteilen)).

Konkret betroffen sind folglich meldepflichtige Anleger, die ein Konto und/oder Depot bei einem Kreditinstitut unterhalten, das in einem teilnehmenden Staat ansässig ist. Daher werden deutsche Kreditinstitute Informationen über Anleger, die in anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an das Bundeszentralamt für Steuern melden, das die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleiten. Entsprechend werden Kreditinstitute in anderen teilnehmenden Staaten Informationen über Anleger, die in Deutschland ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an das Bundeszentralamt für Steuern weiterleiten. Zuletzt ist es denkbar, dass in anderen teilnehmenden Staaten ansässige Kreditinstitute Informationen über Anleger, die in wiederum anderen teilnehmenden Staaten ansässig sind, an ihre jeweilige Heimatsteuerbehörde melden, die die Informationen an die jeweiligen Steuerbehörden der Ansässigkeitsstaaten der Anleger weiterleiten.

22. Auslagerung

Die Gesellschaft hat folgende Aufgaben anderen Unternehmen übertragen:

- Betrieb der IT-Systeme (Informationstechnologie und EDV)
- Interne Revision
- Portfoliomanagement

Das Portfoliomanagement für den Fonds wurde an die DJE Kapital AG ausgelagert.

Folgende Interessenskonflikte könnten sich aus der Auslagerung ergeben:

- Das Unternehmen ist nicht exklusiv für die Gesellschaft und den Anleger tätig und darf das Portfoliomanagement auch für andere Investmentvermögen und deren Anleger erbringen.
- Das Unternehmen ist nicht grundsätzlich daran gehindert, im Rahmen seiner Anlagestrategie auch Eigenemissionen oder von ihm selbst gemanagte oder beratene andere Investmentvermögen für den Fonds zu erwerben.
- Das Unternehmen ist nicht grundsätzlich daran gehindert, Handelsgeschäfte selber oder über mit ihm verbundene Unternehmen zur Ausführung zu bringen.

23. Interessenkonflikte

Bei der Verwaltung des Fonds können folgende Interessenskonflikte entstehen.

Die Interessen des Anlegers können mit folgenden Interessen kollidieren:

- Interessen der Gesellschaft, anderer Unternehmen aus der Gruppe der Gesellschaft, der Geschäftsleitung der Gesellschaft, Mitarbeitern der Gesellschaft, externer Unternehmen und Personen, die mit der Gesellschaft vertraglich verbunden sind, und sonstigen Dritten
und
- Interessen der von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen und Insourcing-Mandate, Anlegern und Kunden der Gesellschaft
oder
- Interessen von Anlegern und Kunden der Gesellschaft untereinander
oder
- Interessen der Anleger und den von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen
oder
- Interessen der verschiedenen von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen.

Umstände oder Beziehungen, die Interessenskonflikte begründen können, umfassen insbesondere:

- Anreizsysteme für Geschäftsleiter oder Mitarbeiter der Gesellschaft, anderen Unternehmen aus der Gruppe der Gesellschaft oder externen Unternehmen, die vertraglich mit Dienstleistungen zur Ermöglichung der gemeinsamen Portfolioverwaltung betraut wurden

- Persönliche Geschäfte mit Vermögenswerten, die in dem von der Gesellschaft verwalteten Fonds gehalten werden, durch Geschäftsleiter oder Mitarbeiter der Gesellschaft oder Geschäftsleiter oder Mitarbeiter von Unternehmen, die von der Gesellschaft vertraglich mit Dienstleistungen zur Ermöglichung der gemeinsamen Portfolioverwaltung betraut wurden
- Geschäften zwischen der Gesellschaft und den von ihr verwalteten Investmentvermögen oder Individualportfolios bzw. Geschäften zwischen von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen und/oder Individualportfolios
- Zusammenfassung mehrerer Orders („block trades“)
- „Frequent Trading“
- Festlegung der Cut off-Zeit
- IPO-Zuteilungen
- Übertragung einer oder mehrerer Funktionen auf eine andere Gesellschaft
- Ausübung der Stimmrechte aus den zu den Fonds gehörenden Aktien
- Aufgaben der Verwahrstelle
- Interessen von Anlegern, die ihre Anlagen zurücknehmen wollen und Anlegern, die ihre Anlagen im Fonds aufrechterhalten wollen
- Zielsetzung der Anlageverwaltung, in illiquide Vermögenswerte zu investieren und den Rücknahmegrundsätzen des Fonds.

Der Gesellschaft können im Zusammenhang mit Geschäften für Rechnung des Fonds geldwerte Vorteile (Broker research, Finanzanalysen, Markt- und Kursinformationssysteme) entstehen, die im Interesse der Anleger bei den Anlageentscheidungen verwendet werden.

Der Gesellschaft fließen keine Rückvergütungen der aus dem Fonds an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwandsentgelte zu.

Die Gesellschaft gewährt an Vermittler, z.B. Kreditinstitute, wiederkehrend – meist jährlich – Vermittlungsentgelte als so genannte „Vermittlungsfolgeprovisionen“.

Sofern von der Gesellschaft vermittelte Investmentvermögen, bei denen es sich insbesondere um von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen handeln kann, in den Fonds erworben werden, kann die Gesellschaft für ihre Vermittlungsleistung eine Vergütung erhalten.

Zum Umgang mit Interessenskonflikten setzt die Gesellschaft folgende organisatorische Maßnahmen ein, um Interessenskonflikte zu ermitteln, ihnen vorzubeugen, sie zu steuern, zu beobachten und sie offenzulegen:

- Einrichtung eines Vergütungssystems, das keinen Anreiz, die persönlichen Interessen über die der von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen oder Anleger und Kunden zu stellen, schafft
- Die vertraglich angebundenen Anlageberatungs- und Asset Management-Gesellschafter sind zur Vermeidung von Interessenskonflikten verpflichtet

- Regelungen für persönliche Geschäfte, die durch die Compliance-Abteilung kontinuierlich überwacht werden und eine Sperrliste, die persönliche Geschäfte mit bestimmten Vermögensgegenständen verbietet, um möglichen Interessenkonflikten zu begegnen
- Regelungen zur Offenlegung und zum Umgang mit der Annahme und der Gewährung von Zuwendungen
- Kontinuierliche Überwachung der Transaktionshäufigkeit in den von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen, um die Anleger benachteiligende Umschichtungen in den Investmentvermögen zu verhindern
- Implementierung von Maßnahmen zur Verhinderung stichtagsbezogener Aufbesserung der Fondsperformance („window dressing“) in den von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen
- Verzicht auf Geschäfte auf eigene Rechnung mit von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen oder Individualportfolios und Ausführung von Geschäften zwischen verschiedenen von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen nur zur Erzielung besserer Handelsergebnisse, ohne dass dadurch eines der beteiligten Investmentvermögen benachteiligt würde
- Zusammenfassung mehrerer Orders („block trades“) erfolgt auf Grundlage eines einheitlichen Zuteilungsgrundsatzes
- Bei Beauftragung (z.B. mit der Funktion des Asset Managers, Beraters, Brokers oder der Verwahrstelle) eng verbundener Unternehmen und Personen (insbesondere Gesellschafter), wird dieser Umstand den Anlegern gegenüber offengelegt
- Interne Maßnahmen zur Überwachung von dem Fonds benachteiligenden Market Impact durch Einzelanlagen von erheblichem Umfang
- Untersagung von „Frequent Trading“ durch Geschäftsleiter und Mitarbeiter der Gesellschaft durch Regelungen für persönliche Transaktionen und diesbezügliche Überwachung der von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen
- Vereinbarung von Cut-off-Zeiten mit den Verwahrstellen, um Spekulationen gegen die von der Gesellschaft verwalteten Investmentvermögen entgegenzuwirken
- Einheitliche interne Zuteilungsgrundsätze für IPO-Zuteilungen
- Die Übertragung einer oder mehrerer Funktionen auf eine andere Gesellschaft erfolgt mit dem Ziel der Erweiterung des Spektrums der von der Gesellschaft zu erbringenden Dienstleistungen
- Ausübung der Stimmrechte in dem Portfolio des Fonds erfolgt auf Basis der Empfehlungen einer externen, neutralen Beratungsgesellschaft nach den Analyseleitlinien des BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.
- Die Verwahrstelle des Fonds handelt unabhängig von der Gesellschaft und ist vertraglich dazu verpflichtet, ausschließlich im Interesse der Anleger zu handeln
- Interessen von Anlegern, die ihre Anlagen zurückgeben wollen und Anlegern, die ihre Anlagen im Fonds aufrechterhalten wollen, werden bei der internen Liquiditätssteuerung berücksichtigt.
- Entsprechendes gilt auch hinsichtlich des Konflikts zwischen der Zielsetzung der Anlageverwaltung, in illiquide Vermögenswerte zu investieren und den Rücknahmegrundsätzen des Fonds.

24. Jahres-/Halbjahresberichte; Abschlussprüfer; Dienstleister

Die Jahresberichte und Halbjahresberichte sind bei der Gesellschaft sowie bei der Verwahrstelle.

Mit der Prüfung des Fonds und des Jahresberichtes ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Frankfurt am Main beauftragt. Der Wirtschaftsprüfer prüft den Jahresbericht des Fonds. Bei der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer auch festzustellen, ob bei der Verwaltung des Fonds die Vorschriften des KAGB sowie die Bestimmungen der Anlagebedingungen beachtet worden sind. Das Ergebnis der Prüfung hat der Wirtschaftsprüfer in einem besonderen Vermerk zusammenzufassen; der Vermerk ist in vollem Wortlaut im Jahresbericht wiederzugeben. Der Wirtschaftsprüfer hat den Bericht über die Prüfung des Fonds der BaFin auf Verlangen einzureichen.

Unternehmen, die von der Gesellschaft ausgelagerte Funktionen übernehmen, sind in dem Abschnitt 22 „Auslagerung“ dargestellt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft folgende Dienstleister beauftragt:

- Rechtsanwaltskanzleien: Zur rechtlichen Beratung in Sammelklagen sowie Privatklagen bedient sich die Gesellschaft der Anwaltskanzleien Diaz Reus Rolff & Targ LLP und DRRT Limited, Motley Rice LLC sowie Sturman LLC. Die vorgenannten Kanzleien sind in erster Linie mit der rechtlichen Vertretung der Gesellschaft bzw. des Fonds in US-Sammelklagen sowie in Privatklagen betraut. Rechtliche Beziehungen zwischen den Anwaltskanzleien und den Anlegern des Fonds werden durch die Bestellung der Anwaltskanzleien nicht begründet.

25. Zahlungen an die Anteilinhaber; Verbreitung der Berichte und sonstige Informationen

Durch die Beauftragung der Verwahrstelle ist sichergestellt, dass die Anleger die Ausschüttungen erhalten und dass Anteile zurückgenommen werden. Die in diesem Verkaufsprospekt erwähnten Anlegerinformationen können bei der Gesellschaft bezogen werden. Darüber hinaus sind diese Unterlagen auch bei der Verwahrstelle zu erhalten. Sie können auch auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com> bezogen werden.

Spezielle Informationen zum Fonds gemäß § 300 Abs. 1 bis 3 KAGB werden im jeweils aktuellen Jahresbericht des Fonds veröffentlicht. Informationen über Änderungen, die sich in Bezug auf die Haftung der Verwahrstelle ergeben, erhalten Anleger unverzüglich per dauerhaften Datenträger und über die Internet-Seite der Gesellschaft unter <http://www.universal-investment.com>.

26. Weitere von der Gesellschaft verwaltete Investmentvermögen

Von der Gesellschaft werden noch folgende Publikums-Investmentvermögen verwaltet, die nicht Inhalt dieses Verkaufsprospekts sind:

Investmentvermögen nach der OGAW-Richtlinie

3.14 Tungsten Long Short Strategy
 Absolute Return Multi Premium Fonds
 ACATIS AI Global Equities
 ACATIS - GANÉ VALUE EVENT FONDS UI

ACATIS AKTIEN EUROPA FONDS UI
ACATIS AKTIEN GLOBAL FONDS UI
Acatis Asia Pacific Plus Fonds UI
ACATIS Datini Valueflex Fonds
ACATIS Fair Value Bonds UI
ACATIS Global Value Total Return UI
ACATIS IfK Value Renten UI
ACATIS India Value Equities
ACEVO Global Healthcare Absolute Return UI
AF Value Invest UI
AG Ostalb Global Fonds
AHF Global Select
AHP Aristoteles Fonds UI
Aktien Opportunity UI
Aktien Südeuropa UI
ALL-IN-ONE
Allevia Fund
Alpamayo Credit Fund UI
Alpora Innovation Select
ANOBA Aktiv L/S
Apo Dänische Pfandbriefe UI
apo StrukturPortfolio Ausgewogen
apo VV Defensiv – Privat
apo VV Renten – Privat
ART Alpha Opportunities UI
ART CapaMi UI
ART Global Fixed Income UI
ART Metzler Global Currency Management
ART Top 50 Convertibles UI
ASSETS Defensive Opportunities UI
ASSETS Special Opportunities UI
ATHENA UI
AURETAS strategy balanced (D)
AURETAS strategy defensive (D)
AURETAS strategy growth (D)
AvH Emerging Markets Fonds UI
Belvoir Global Allocation II Universal
Berenberg DyMACS Volatility Premium
Berenberg Emerging Markets Bond Selection
Berenberg Emerging Markets Equity Selection
Berenberg Euro Enhanced Liquidity
Berenberg Euro Financial Bond Selection
Berenberg Euro Government Bond Selection
Berenberg European Equity Selection
Berenberg Global Bond Selection
Berenberg Global Equity Selection
Berenberg Strategy Allocation
BERENBERG-1590-AKTIEN MITTELSTAND
BERENBERG-1590-FLEXIBLE ALLOKATION
BERENBERG-1590-SUBSTANZ-UNIVERSAL
Beta Opportunities UI
Bfs Nachhaltigkeitsfonds Ertrag
Bfs Nachhaltigkeitsfonds Green Bonds
BFS Nachhaltigkeitsfonds Aktien I
BFS Nachhaltigkeitsfonds Aktien II
BIB Nachhaltigkeit Aktien Global
BKC Aktienfonds
BKC Emerging Markets Renten
BKC Treuhand Portfolio
BKP Classic Fonds UI
BKP Dachfonds UI

Böhke & Compagnie Vermögensverwaltungsfonds
Börsebius TopMix
Börsebius TopSelect
BRW Balanced Return
BRW Balanced Return Plus
BW-RENTA-UNIVERSAL-FONDS
CCA European Opportunities UI
CHOM CAPITAL Active Return Europe UI
CHOM CAPITAL High Conviction Europe UI
COLLEGIUM Portfolio I
COLLEGIUM Portfolio II
CONCEPT Aurelia Global
Convertible Global Diversified UI
CYD Diversified Commodities
CYD Diversified Commodities ex - AL
Degussa Aktien Universal-Fonds
DEGUSSA BANK-UNIVERSAL-RENTENFONDS
Der Zukunftsfonds
Degussa Renten Universal-Fonds
Deutsche Postbank Europafonds Aktien
Deutsche Postbank Europafonds Plus
Deutsche Postbank Europafonds Renten
Deutsche Postbank Global Player
di exclusive Linus global
DUI Wertefinder
Earth Exploration Fund UI
Earth Gold Fund UI
EB - Sustainable Corporate Bond Invest UI
EB - Sustainable European Bond Fund UI
EB - Sustainable European Equity Fund UI
Elite Plus UI
EMCORE COP
Estlander & Partners Trend Fund UI
Felspar Multi Asset UI
FIAG-UNIVERSAL-DACHFONDS
FIDUKA Dynamic UI
FIDUKA-UNIVERSAL-FONDS I
FINCA Active Duration
FIVV-MIC-Mandat-China
FIVV-MIC-Mandat-Offensiv
FIVV-MIC-Mandat-Rendite
FIVV-MIC-Mandat-Rohstoffe
FIVV-MIC-Mandat-Wachstum
FO Vermögensverwalterfonds
Fokus Fund Germany +
FVM-Stiftungsfonds
GAP Portfolio UI
GF Global UI
GLS Bank Aktienfonds
GLS Bank Klimafonds
Goyer & Göppel Smart Select Universal
Goyer & Göppel Zins-Invest alpha Universal
GR Dynamik
GR Noah
GSP Aktiv Portfolio UI
H&A-UNIVERSAL-KURZINVEST
HannoverscheBasisInvest
HannoverscheMaxInvest
HannoverscheMediumInvest
HanseMerkur Strategie ausgewogen
HanseMerkur Strategie chancenreich

HanseMerkur Strategie sicherheitsbewusst
Hansen & Heinrich Universal Fonds
HaRa-Invest UI
Heidelberger Vermögen - Ausgewogen
Heidelberger Vermögen - Konservativ
HMT Euro Aktien Solvency
HMT Euro Aktien defensiv
HMT Global Antizyklisch
HMT Global Aktien Infrastruktur
HNC Advisors Diversified Multi-Asset-Class UI
HP&P Euro Select UI Fonds
HVB Select Alpha
HWG-FONDS
Julius Baer Germany - Focus Fund Balanced
Julius Baer Germany - Focus Fund Growth
JRS-INTERNATIONAL-UNIVERSAL-FONDS
KJL Capital Absolute Return I UI
L&H Multi Strategie UI
LAM-EURO-CORPORATE HYBRIDE
LAM-EURO-CORPORATES-UNIVERSAL
LAM-EURO-RENTEN-UNIVERSAL
LAM-EURO-SMALL CAPS-UNIVERSAL
LAM-MULTI ASSET L/S
LAM-RENTEN GLOBAL
LAM-STIFTERFONDS-UNIVERSAL
Lampe Ausgewogen
Lampe Dividende Europa Aktiv
Lampe Dynamik
Lampe Rendite Spezial
Lampe Solid
Lampe Strategie
Lampe Wachstum
LBBW Pro-Fund Credit I
Lebenswerte Zukunft Rentenfonds UI
Leonardo UI
Mandelbrot Europe
Mandelbrot Market Neutral Germany
Mandelbrot Market Neutral US Technology
Maneris Select UI
Markus Alt Rentenstrategie Nr. 1
MARS 10 UI
Mayence Fair Value Bond Fonds
MC 1 Universal
Mehrwertphasen Balance UI
Meisterwert Perspektive
MellowFund Bond Select
MellowFund Global Equity
Merck Finck Stiftungsfonds UI
Merck Finck Vario Aktien Renten UI
Merck Finck Vario Spezial UI
MFI Rendite Plus UI
morgen Aktien Global UI
MYRA European Equity Fund
Multi Asset Comfort
Multi Asset Global Vision
Multi Asset Value Invest
Mundo I Invest
Nixdorf Quant 1
nordIX Basis UI
nordIX Treasury plus
nova Steady HealthCare

Oberbanscheidt Global Flexibel UI
Oberbanscheidt Global Stockpicker
OVID Infrastructure HY Income UI
P & S Renditefonds
PARAGON UI
PERPRO-Universal AA2
Primus low eVaR Global
Prisma Aktiv UI
Prisma Asianavigator UI
ProfitlichSchmidlin Fonds UI
PSM Growth UI
PSM Value Strategy UI
PTAM Global Allocation UI
quantumX Global UI
R + P UNIVERSAL-FONDS
Renten Global Opportunities
RP Gamma
RSI International UI
RW Portfolio Strategie UI
Sal. Oppenheim WertKonzept
S4A EU Pure Equity
S4A Pure Equity Germany
S4A US Long
Sarasin-FairInvest-Bond-Universal-Fonds
Sarasin-FairInvest-Universal-Fonds
SEB Aktienfonds
SEB BKW
SEB EuroCompanies
SEB Europafonds
SEB Total Return Bond Fund
SEB Zinsglobal
sentix Fonds Aktien Deutschland
sentix Risk Return -A-
sentix Total Return -defensiv-
sentix Total Return -offensiv-
SIGAVEST Vermögensverwaltungsfonds UI
SK Spezial
SKALIS Evolution Defensive
SKALIS Evolution Flex
Solution Rendite Plus
Spiekermann & CO Strategie I
StarCapital Bondvalue UI
Stiftungsfonds Spiekermann & CO
Stoikos UI
Strategie H&H
SWuK Renten Flexibel UI
Sydbank Vermögensverwaltung Dynamisch
Sydbank Vermögensverwaltung Klassisch
TAM Fortune Rendite
Tiger German Opportunities UI
Tinzenhorn Fonds
Top 25 S
TRENDCONCEPT-UNIVERSAL-FONDS-AKTIEN-EUROPA
TREND-UNIVERSAL-FONDS-GLOBAL
TriStone UI
Tungsten PARITON UI
Tungsten SHY Synthetic High Yield UI
Tungsten VEGAMIND UI
Universal Floor Fund
Universal-Shareconcept-BC
V/A® Stiftungsfonds UI

Value Partnership
 Vario Deutschland UI
 Veermaster Flexible Navigation Fund UI
 Velten Strategie Deutschland
 Vermögensmanagement - Fonds Universal
 Vermögensmandat Strategie Chance
 Vermögensmandat Strategie Ertrag
 Vermögensmandat Strategie Stabil
 Vermögensmandat Strategie Wachstum
 Voba Pforzheim Premium A Fonds UI
 VR Bank KT EuroProtect UI
 Währungsfonds UI
 WAVE Total Return Fonds Dynamic
 WAVE Total Return Fonds
 Wells Fargo Renten International
 WM AKTIEN GLOBAL UI-FONDS
 WM AKTIEN GLOBAL US\$ UI-FONDS
 World Market Fund
 WWK-Rent
 Zindstein Werte-Sammler
 Zindstein Opportunitäten-Sammler
 Zukunftsportfolio Nachhaltigkeit

Alternative Investmentfonds (AIF)

- **Gemischte Sondervermögen**

AktivBalance
 AktivBasis
 AktivChance
 AM Fortune Fund Defensive
 AM Fortune Fund Offensive
 BERENBERG-1590-STRATEGIE-UNIVERSAL
 BERENBERG-1590-ERTRAG-UNIVERSAL
 BERENBERG-1590-STIFTUNG
 BERIAN-UNIVERSAL-FONDS
 D&J Alpha UI
 D&J Beta UI
 Deutsche Postbank Best Invest Wachstum
 EMW-UNIVERSAL-FONDS
 FIMAX Vermögensverwaltungsfonds UI
 Fondspicker Global UI
 FP ERFOLGSSTRATEGIE DYNAMIK UI
 FVM-Classic UI
 HeLa UI
 Kirchröder Vermögensbildungsfonds 1 UI
 MasterFonds-VV Ausgewogen
 MasterFonds-VV Ertrag
 MasterFonds-VV Wachstum
 NILUS-UNIVERSAL-FONDS
 Pfau-StrategieDepot UI
 R+P Rendite Plus UI
 RBV – VV UI
 Stiftungsfonds Westfalen
 Thesi-Universal-Fonds
 UI Alsterstrategie I
 UNIKAT Premium Select Fonds
 Varios Flex Fonds UI
 Voba Pforzheim Premium R Fonds UI
 ZinsPlus Fonds UI
 ZSBalance

ZSDefensiv
ZSDynamic

- **Sonstige Sondervermögen**

Aktivportfolio-UI
Conveo Capital-UI
Dynamic Opportunities-UI
EB - Sustainable Multi Asset Invest UI
Eventus-UI
Finiens Futura 1 UI
GRAMOS Multi Strategie UI
HaRa UI
Kapital Plus-UI
Optomoni-UI
Pollux I-UI
pro aurum ValueFlex
smart-invest LINDOS AR

- **Altersvorsorge-Sondervermögen**

SEB GenerationPlus

Hinzu kommen zurzeit 472 Spezial-AIF.

C. Liste der Unterverwahrer

KELER	INTERNATIONAL SETTLEMENTS DEP, KELER LTD, ASBOTH U 9-11, H-1075, BUDAPEST
CITIBANK NA (GB)	CITIBANK NA, 33 CANADA SQUARE, CANARY WHARF, LONDON
CITIBANK(JAKARTA)	CITIBANK NA, 15F CITIBANK TOWER, JL JEND SUDIRMAN 1, JAKARTA, JAVA
CITIBANK N.A(IE)	CITIBANK, LEWISHAM HOUSE, 25 MOLESWORTH STREET, LONDON
CITIBANK(ATHENS)	CITIBANK NA, GLOBAL CUSTODY, 54 SYGROU AVENUE, GR-11742, ATHINAI
BANCO SANTANDER TO	BANCO SANTANDER TOTTA, AV ENG DUARTE PACHECO, P-1099024, LISBOA
JPMORGAN CHASE BK EESTI UHISPANK	JPMORGAN CHASE BANK, N.A. (SYDNEY BRANCH), LEVEL 32, GROSVENOR, NSW-2000, SYDNEY EESTI UHISPANK, 2 TONIMAE, EST-15010, TALLINN
BK.HANDLOWY WARSZA	BANK HANDLOWY W WARSZAWIE SA, 16 SENATORSKA, PL-00923, WARSZAWA
TURKIYE IS BANKASI	TURKIYE IS BANKASI AS,CAPITAL MARKETS DEPT., IS KULELERİ, TR-80620, ISTANBUL
CESKOSLO.ObCH.BK.	CESKOSLOVENSKA OBCHODNI BANKA AS, ZAHRANICNA POBOCKA, MICHALSKA 18, SK-81563, BRATISLAVA
BP2S SECS NOT EF CRESTCO DEP 1G ISD	BP2S INV FUNDS (EF641) - METIERS TITRES, 3, RUE D ANTIN, F-75002, PARIS CRESTCO LTD, 33 CANON STREET, LONDON THE NASDAQ OMX GROUP, LAUGAVEGUR 182, IS-105, REYKJAVIK
HK+SHANGHAI BKNG. VP LUX S.A.R.L.	HONG KONG AND SHANGHAI BANK CORP, 5F HSBC BUILDING, 25 BONGRAE-DONG, SEOUL VP LUX SARL, 43 AVENUE MONTEREY, L-2136, LUXEMBOURG
HSBC BK(MY)BERHAD FORTIS BANK (NL)NV	HSBC BANK MALAYSIA BERHAD, CUSTODY CLEARING, NO2, LEBOH AMPANG, MAL-50100, KUALA LUMPUR FORTIS BANK NETHERLAND N.V., ROKIN 55, AMSTERDAM
CBF	CLEARSTREAM BANKING FRANKFURT, NEUE BOERSENSTRASSE 1, FRANKFURT AM MAIN
DEUTSCHE BANK LTD.	DEUTSCHE BANK LTD., TRUST AND SECURITIES SERVICES, 4 SHEPKINA STREET, MOSKVA
HKSHANGHAI BNKG(CH (HK)SHANGHAI BNKG	HONG KONG AND SHANGHAI BANK CORP, 101 YIN CHENG EAST ROAD, SHANGHAI HONG KONG AND SHANGHAI BANK CORP, CUSTODY AND CLEARING, 6F HSBC BUILDING, 64 SILOM ROAD, T-10500, BANGKOK
THE HSBC LTD	HONG KONG AND SHANGHAI BANK CORP, HSBC BUILDING, 11-1 NIHONBASHI, 3 CHOME CHUO-KU, 103-0027, TOKYO
STANDARD CHART BK DEUT.BK AG (HK)	SECURITIES SERVICES, 5TH FLOOR 4 SANDOWN VALLEY CRESCENT, SANDTON DEUTSCHE BANK AG HONG KONG, 2 QUEENS ROAD, HONG KONG
HSBC, HG KG	THE HONG KONG SHANGHAI BK CORP, 36F SUN HUNG KAI CENTER, 30 HARBOUR ROAD, HONG KONG
BP2S SECS EF ELIG	BNP PARIBAS SECURITIES SERVICES-METIERS TITRES, 3 RUE D ANTIN, F-75002, PARIS
SKAND.ESKILDA BK	CUSTODY SERVICE SE BANKEN, SERGELS TORG 2, S-10640, STOCKHOLM
DEUTSCHE BK (GB)	DEUTSCHE BANK AG LONDON, 1 GREAT WINCHESTER STREET, LONDON
ITAU UNIBANCO PART	AVENIDA ENGENHEIRO ARMANDO DE ARRUDA PEREIRA, 707 - 8TH FLOOR,, CEP 04309-010, SAO PAULO

JPMORGAN CHASE BK	JPMORGAN CHASE BANK, N.A. (SYDNEY BRANCH), LEVEL 32, GROSVENOR, SYDNEY
BP2S SECS IT SEC	BNP PARIBAS SECURITIES SERVICES BP2S, VIA ANSPERTO, MILANO
CITI TEL AVIV	CITIBANK N.A.(TEL AVIV), PLATINUM BUILDING 12TH FLOOR 21 HAARBAAN STREET, TEL AVIV
BP2S SECS ENL	LES GRANDS MOULINS DE PARIS, 9, RUE DU DEBARCADERE, PARIS
BANCPOST	SC BANCPOST S.A, BD.DIMITRIE POMPEIU NR.6A, SECTOR 2, BUCHAREST
NOVA LJUBLJANSKA	CUSTODY MANAGEMENT, COPOVA 2, LJUBLJANA
TEB SECS	TEB KAMPUS C BLOK KAT 3 SARAY MAH KUCUKSU CAD SOKULLU SOK N 7 UMRANIYE, ISTANBUL
BIL SA	DEXIA BANQUE INTERNATIONAL, CONSERVATION TITRES, 69 ROUTE D ESCH, L-2953, LUXEMBOURG
EUROBK EFG BULGAR.	EUROBANK EFG BULGARIA AD, TZAR OSVOBODITEL BLVD, 14, SOFIA
DEUTSCHE BK AG(NL)	HERENGRACHT 450-454, AMSTERDAM
BP2S SECS NBB ELIG	BNP PARIBAS SECURITIES SERVICES BP2S, LES GRANDS MOULINS DE PANTIN 9 RUE DU DEBARCADERE, PARIS
BBVA SA	BANCO BILBAO VIZCAYA ARGENTARIA, 26 CLARA DEL REY, E-28002, MADRID
CLEARSTREAM BKG DE	CLEARSTREAM BANKING FRANKFURT, NEU BOERSENSTRASSE 1, D-60487, FRANKFURT AM MAIN
CITIBANK NA(US)	CITIBANK NA, 333 WEST 34TH STREET, NEW YORK
BP2S SECS EBE	LES GRANDS MOULINS DE PANTIN, 9, RUE DU DEBARCADERE, PARIS
RBC DEXIA IS (CA)	ROYAL BANK OF CANADA - HEAD OFFICE, 1 PLACE VILLE MARIE, MONTREAL
UBS FUND(LU)	SECURITIES ADMINISTRATION, 291 ROUTE D ARLON, L-2010, LUXEMBOURG
UBS AG (CH)	UBS AG, 574 BADENERSTRASSE, CH-8098, ZURICH
BANAMEX	BANCO NACIONAL DE MEXICO, REFORMA 490 - PISO 3 COL. SANTA FE, MEXICO CITY
KBC SECURITIES	KBC SECURITIES BRUSSELS NV, HAVENLAAN 12, B-1080, BRUSSEL (BRUXELLES)
UNICREDIT BK CZ SK	GLOBAL TRANSACTION BANKING CORPORATION AND INVESTMENT BANKING, GLOBAL SECURITIES SERVICES BB CENTRUM - FILADELFIE ZELETAVSKA 1525-1, PRAHA
CITIBANK EUROPE	CITIBANK EUROPE PLC, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
HSBC BANK PLC	HSBC BANK PLC, SECURITIES SERVICES, 3/F MARINER HOUSE, PEPYS STREET, LONDON
KREDIETBANK SA LUX	KREDIETBANK SA LUXEMBOURGEOISE, 43 BOULEVARD ROYAL, L-2955, LUXEMBOURG
SOC.GEN.BK+TR	SOCIETE GENERALE BANK AND TRUST, 11-13 AVENUE EMILE REUTER, L-2420, LUXEMBOURG
BKNY MELLON, LDN	THE BANK OF NEW YORK, 30 CANON STREET, LONDON
DEUTSCHE BK AG	DEUTSCHE BANK AG, CTAS/COMMON DEPOSITORY, GROSSE GALLUSSTRASSE 10-14, D-60272, FRANKFURT AM MAIN
BCEE LUX	BANQUE ET CAISSE D EPARGNE, SERVICE TITRES/DPI, 1 RUE ZITHE, L-2954, LUXEMBOURG
BIL SA	DEXIA BANQUE INTERNATIONAL, 69 ROUTE D ESCH, L-2953, LUXEMBOURG
CACEIS BANK LUX	CACEIS BANK LUXEMBOURG, 5, ALLEE SCHEFFER, L-2520, LUXEMBOURG

MIZUHO TR+BKG(LU)	MIZUHO TRUST AND BANKING LUXEMBOURG SA, 1B PARC D ACTIVITE SYDRALL, L-5365, MUNSBACH
BNP PARIBAS(LU)	BNP PARIBAS LXB SEC SERVICES, 10A BOULEVARD ROYAL, L-2093, LUXEMBOURG
BK.TOK-MIT.UFJ(GB)	THE BANK OF TOKYO-MITSUBISHI, 12-15 FINSBURY CIRCUS, LONDON
DBS BANK LTD	DBS BANK LIMITED, DBS BUILDING TOWER ONE, SINGAPORE
BOA LA SALLE GSTS	BANK OF AMERICA, 5 CANADA SQUARE, LONDON
ELAVON FS	BLOCK E, CHERRYWOOD BUSINESS PARK LOUGHINSTOWN, DUBLIN
STAND.CHRTD BK.SG	8 MARINA BOULEVARD MARINA BAY FINANCIAL CENTRE TOWER 1, SINGAPORE
DEUTSCHE BK AG LDN	DEUTSCHE BANK AG LONDON, 1 GREAT WINCHESTER STREET, LONDON
DEUTSCHE BK (HK)	DEUTSCHE BANK AG HONG KONG, 2 QUEENS ROAD, HONG KONG
BNY MELLON CONNING	BNY MELLON FUND SERVICES IRELAND LTD, RIVERSIDE TWSIR JOHN ROGERSONS QUAY GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
NATEXIS PRV.BK LUX STATE STREET TO IE	OPE SETTLEMENTS ET TRANSFERTS, 51, AVENUE J.F KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG 78 SIR JOHN ROGERSON'S QUAY DUBLIN, DUBLIN
HFIS/CENTAUR FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CEN DEP 1	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS TMF	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-3, DUBLIN
HFIS NT	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS APEX	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS BNP	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS BNY	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS BUTTERFIELD INTESABCI BANK SPA	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN BANCA INTESABCI, 1 PIAZZA BELGIOIOSO, I-20121, MILANO
ERSTE GR.BK AG DANSKE BANK AS	ERSTE BANK DER EOSTER SPARKASSEN AG, GRABEN 21, A-1010, WIEN DANSKE BANK AS, 2-12 HOLMENS CANAL, DK-1092, KOBENHAVN
NORDEA BK FINLAND	NORDEA BANK FINLAND PLC, 3-5 ALEXIS KIVEN KATU, FIN-00020, HELSINGFORS (HELSINKI)
BBVA SA	BANCO BILBAO VIZCAYA ARGENTARIA, 26 CLARA DEL REY, E-28002, MADRID
HFIS CACEIS	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CALEDONIAN	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CITCO	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CITI	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CREDIT SUISSE	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN

HFIS CUSTOM HOUSE	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS GAM	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS GLOBEOP	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS GOLDMAN SACHS	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS HSBC	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS JPM FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS MORGAN	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS SEI FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS SS+C FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS STATE STREET	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS TRIDENT FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS UBS FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS SWISS FUND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS RBC	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS BBH	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS EFA	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS CIRCLE	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HFIS MAITLAND	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF32	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF33	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF34	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
BCO.ITAU URUGUAY CITIBK.(AR)	BANCO ITAU URUGUAY SA, 1463 ZABALA, MONTEVIDEO CITIBANK NA, 530/30 BARTHOLOME MITRE, BUENOS AIRES
DBS (SG) CITIGROUP GLOB. DNB BANK ASA	DEVELOPMENT BANK OF SINGAPORE, TOWER 1 DBS BUILDING, 6 SHENTON WAY, SINGAPORE CITIBANK NA, 44F CITIBANK TOWER, 3 GARDEN ROAD, HONG KONG DNB NOR BANK, 21-STRANDEN, N-0021, OSLO
CLEARSTREAM BK DE	CBF/SAFIR SECURITIES, BOERSENPLATZ 7-11, D-60313, FRANKFURT AM MAIN
HF35	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF36	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN

HF37	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF38	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF39	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF40	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF41	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF42	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF43	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-3, DUBLIN
HF44	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF45	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF46	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF47	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF48	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF49	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
HF50	IFS - HEDGE FUNDS SERVICES DUBLIN, UPPER PEMBROKE STREET 28-32, DUBLIN
RBC DEXIA BELGIUM	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES, PLACE ROGIER 11, BRUSSEL (BRUXELLES)
KBC BANK NV	KBC BANK NV, HAVENLAAN 12, BRUSSEL (BRUXELLES)
HSBC SEC SERV LUXB	HSBC SECURITIES SERVICES (LUXEMBOURG) S.A., 40, AVENUE MONTEREY, LUXEMBOURG
EURO FND SERV SGAM	EUROPEAN FUND SERVICES SA, 17 RUE ANTOINE JANS, LUXEMBOURG
ARGENTABANK LUX SA	ARGENTABANK LUXEMBOURG S.A., 27 BOULEVARD PRINCE HENRI, LUXEMBOURG
NTHTRST FCM FDS	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
EFG PRIV BANK LUXB	EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A., 5, RUE JEAN MONNET, LUXEMBOURG
BONY LUXEMBOURG SA	THE BANK OF NEW YORK (LUXEMBOURG)SA, AEROGOLF CENTER 1 HOHENHOF, SENNINGERBERG
CAPITA FIN ADM IRL	CAPITA FINANCIAL ADMINISTRATORS (IRELAND) LTD, 1 ADELAIDE COURT ADELAIDE ROAD, DUBLIN
NTHTRST COUP CARD	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
JPM FOR M AND G	JPMORGAN CHASE BANK, ITS CONTROL SUPPORT SERVICES, GROUND FLOOR, DORSET HOUSE, CHASESIDE, BOURNEMOUTH
JPM IE ADM LTD	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
STATE STREET FS IE	STATE STREET FUND SERVICES IRELAND LIMITED, GUILD HOUSE, GUILD STREET, IFSC, DUBLIN

RBCD INV SER IE	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES IRELAND LIMITED, GEORGE'S QUAY HOUSE, 43 TOWNSEND STREET, DUBLIN
HSBC SEC IE STURDZ	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 GRAND CANAL SQUARE, GRAND CANAL HARBOUR, DUBLIN
GAM FUND MGT IE	GEORGES COURT 54 TO 62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
BBH FUND ADMIN IE	BROWN BROTHERS HARRIMAN FUND ADMIN SERVICES (IRELAND)LTD, 80 HARCOURT STREET, DUBLIN
BONY MELLON PAYDEN	BNY MELLON FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED (PAYDEN FUNDS), DUBLIN
BBH LUXEMBOURG	BROWN BROTHERS HARRIMAN S.C.A., 2-8 AVENUE CHARLES DE GAULLE, L-1653, LUXEMBOURG
SEI GL FD SERV IE	SEI INVESTMENTS - GLOBAL FUND SERVICES LTD, STYNE HOUSE UPPER HATCH STREET, DUBLIN
HSBC SEC SERV IRL	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND) LIMITED, HSBC HOUSE HARCOURT CENTRE HARCOURT STREET, DUBLIN
CITCO LUXEMBOURG	CITCO FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A., CARRE BONN, 20, RUE DE LA POSTE, L-2346, LUXEMBOURG
BANQUE DEGROOF BE	BANQUE DEGROOF S.A., RUE DE L'INDUSTRIE 44, B-1040, BRUXELLES (BRUSSEL)
CITIFS IE OMDUB	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
EFA/KBL	EFA/KBL EUROPEAN PRIVATE BANKERS SA, 2, RUE D'ALSACE, L-1017, LUXEMBOURG
HSBC SEC SERV IRL	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND) LIMITED, HSBC HOUSE HARCOURT CENTRE HARCOURT STREET,, DUBLIN
HSBC SEC SERV IRL INTESA SANPAOLO	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND) LIMITED, HSBC HOUSE HARCOURT CENTRE HARCOURT STREET,, DUBLIN 156 PIAZZA SAN CARLO, TORINO
VP BANK LUXEMBOURG	VP BANK (LUXEMBOURG) S.A., AVENUE DE LA LIBERTE, 26, L-2019, LUXEMBOURG
PNC LAZARD	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO, SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
PNC LEGG MASON	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
PNC UBS (SEL.RES.)	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
UBS FUND SER (LU) CLEARSTREAM BANKING LUXEMBOURG	UBS FUND SERVICES (LUXEMBOURG) SA, 33A AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITIBANK INTL LUX	CITIBANK INTERNATIONAL PLC (LUXEMBOURG BRANCH), 31, Z.A. BOURMICHET BERTRANGE, L-8070, LUXEMBOURG
PICTET ET COMPANIE	PICTET ET COMPANIE EUROPE (LUX), 1, BOULEVARD ROYAL, L-2449, LUXEMBOURG
SCHRODER INVESTMEN	SCHRODER INVESTMENT MANAGEMENT SA, 5, RUE HOHENHOF, L-1736, LUXEMBOURG
CACEIS FASTNET LU	CACEIS BANK LUXEMBOURG, 5 ALLEE SCHEFFER, L-2520, LUXEMBOURG
EQUITY TRUST FS	EQUITY TRUST FUND SERVICES (LUXEMBOURG) SA, 46A AVENUE J.F. KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HAUCK + AUFHAUSER	HAUCK AND AUFHAUSER BANQUIERS LUXEMBOURG SA, 23 AVENUE DE LA LIBERTE, L-1931, LUXEMBOURG

NORDEA BANK LU	NORDEA BANK SA TRANSFER AGENCY, 562, RUE DE NEUDORF, L-2220, LUXEMBOURG
SAL OPPENHEIM LU	SAL. OPPENHEIM JR ET CIE.SCA, 4, RUE JEAN MONNET, L-2180, LUXEMBOURG
BQUE ROTHSCHILD LU ING LUXEMBOURG	BANQUE PRIVEE EDMOND DE ROTHSCHILD EUROPE, 20 BD EMMANUEL SERVAIS, L-2535, LUXEMBOURG ING LUXEMBOURG S.A., 52 ROUTE D' ESCH, L-2965, LUXEMBOURG
BNPPARIBAS SESE LU	BNP PARIBAS SEC SERVICES S.A., 10A, BOULEVARD ROYAL, L-2093, LUXEMBOURG
EFS	EUROPEAN FUND SERVICES SA, 17 RUE ANTOINE JANS, L-1820, LUXEMBOURG
STATE STREET LU	STATE STREET BANK LUXEMBOURG SA, 49 AV. J.-F. KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ALLIANCE BERN (LU)	ALLIANCEBERNSTEIN INVESTOR SERVICES, 18 RUE EUGENE RUPPERT, L-2453, LUXEMBOURG
NTHTRST DCI	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
LBBW LUXEMBOURG SA	LRI LUXEMBOURG, 10-12 BOULEVARD ROOSEVELT, L-2450, LUXEMBOURG
NTHTRST UK	NORTHERN TRUST, 50 BANK STREET, CANARY WHARF, LONDON
NTHTRST IE-FD MERR	NORTHERN TRUST INVESTOR SERVICES IRELAND LTD, GEORGES COURT, 54 TO 62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
BANQUE DE LUXEMBG	BANQUE DE LUXEMBOURG S.A., 55, RUE DES SCILLAS , HOWALD, L-2529, LUXEMBOURG
NTHTRST IE- PRIMA	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
EFG BANK LUX SA	EFG BANK LUXEMBOURG SA, 14 ALLEE MARCONI, L-2120, LUXEMBOURG
CITI FD SERV ILIM	1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
METZLER IE LTD	METZLER IRELAND LIMITED, 1 GUILD STREET, INTERNATION FINANCIAL SERVICES CENTRE, DUBLIN
JPMORGAN LU SKY	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6 C RTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
JPMORGAN LU FUL BNY MELLON RBS TO	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
ABERDEEN UT M LTD	ABERDEEN UNIT TRUST MANAGERS LIMITED, BOW BELLS HOUSE - 1 BROAD STREET - LONDON UK, LONDON
NTHTRST IE-FD ENNI	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
EFA/BNY	EUROPEAN FUND ADMINISTRATION S.A, 2 RUE D'ALSACE, L-1017, LUXEMBOURG
CITCO FS DUB	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BDO SIMPS.XAV.IE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JPM CHASE LUX INT HOLBERG FDS AS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG MERETHE BERG, LARS HILLES GATE 19, BERGEN
PNC MAGNA	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN

PNC LEHMAN BROTH.	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
GLOBOP IE	IFSC SEAN MEANY, LA TOUCHE HOUSE DUBLIN 1, DUBLIN
NAVAXX S.A.	NAVAXX SA, 1A RUE GABRIEL LIPPMANN, MUNSBACH
STOREBRAND	OSLO/KURT HAUGE, FILIPSTAD BRYGGE 1, OSLO
ALLEGRO	23, AVENUE MONTEREY, L-2163, LUXEMBOURG
HSBC SSIE CHAR	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND), LTD 1 GRAND CANAL SQUARE GRAND CANAL HARBOUR, DUBLIN
INVESTEC ASSET MGT	INVESTEC ASSET MANAGEMENT GUERNSEY LTD, GLATEGNY COURT ST PETER COURT, ST PETER PORT
NOMURA BANK LUX	33 RUE DE GASPERICH, BATIMENT A, L-5826, HESPERANGE
NORTH TST INT.FD A	NORTHERN TRUST INTERNATIONAL FUND ADMINISTRATION SERVICES, GEORGES COURT 54 -62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
CR SUISSE IE LTD	KILMORE HOUSE. PARK LANE. SPENCER DOCK, DUBLIN
BNY MELLON EQUATOR	BNY MELLON FUND SERVICES IRELAND LTD, THE HARCOURT BUILDING HARCOURT STREET, DUBLIN
NTRS EDINBURGH PAR	NORTHERN INTERNATIONAL FUND ADMINISTRATION (IRELAND) LTD, GEORGES COURT 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
EUROCLEAR SA NV	GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTH TST INT.FD ADM	CITIBANK EUROPE PLC, ONE NORTH WALL QUAY, DUBLIN
CITI EUROPE PLC	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, RUE DE TREVES 6,C, LUXEMBOURG
JP MORGAN LU KEMP	7 NEWGATE STREET, LONDON
AXA INV.MAN.UK.LTD	5 LAURENCE POOUNTNEY HILL, LONDON
M+G SEC.LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, LUXEMBOURG
IFDS/SVM UK	
NTHTRST IE TT FDS	NORTHERN TRUST - GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE TT FDS	NORTHERN TRUST - GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
PARETO FORVALTNING	DRONNING MAUDS GATE 3, OSLO
CITI FD SERV IE LT	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LTD, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
RBC MSIM	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK SA (NETWORK MANAGEMENT), 14 PORTE DE FRANCE, ESCH-SUR-ALZETTE
EFA CM CIC	2 RUE D'ALSACE, L-1017, LUXEMBOURG
TIS LTD UK	THREADNEEDLE INVESTMENT SERVICES LIMITED, 60 ST MARY AXE, LONDON
SSB FS IE INVESCO	STATE STREET FUNDS SERVICES IRELAND LIMITED, 78 SIR JOHN ROGERSON QUAY, DUBLIN
EUR FD ADM LUX-INT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV. JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
FINEXIS S.A.	FINEXIS S.A, 25 A BOULEVARD ROYAL, L-2449, LUXEMBOURG
IFDS/THREADNEEDLE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CBL/LISTING	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITI EUROPE CHEYNE	CITIBANK EUROPE PLC, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
LATINCLEAR	CENTRAL LATINOAMERICANA DE VALORES S.A., FEDERICO BOYD AVENUE AND 49 STREET, PANAMA CITY
PNC UBS (ACT.CASH)	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY GRAND CANAL DOCK, DUBLIN

PNC GRIFFIN	PNC GLOBAL INVESTMENT SERVICING (EUROPE) LIMITED, RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
CITI FD SRV IE LTD	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
CITI FD SRV IE LTD	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
CITI FD SRV IE LTD	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
CITI FD SRV IE LTD	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
BNY MIS(INTL) LTD	BNY MELLON INV.SERV.INTL LTD, WEXFORD BUSINESS PARK ROCHESTOWN DRINAGH, WEXFORD
NTHTRST IE-FD BAR	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
FIL LUXEMBOURG SA	FIL LUXEMBOURG SA, 2A, RUE ALBERT BORSCHETTE, LUXEMBOURG
LLOYDS TSB (LUX)	LLOYDS TSB BANK PLC, 40 AVENUE MONTEREY, L-2163, LUXEMBOURG
CACEIS BL FNT/FRTS	CACEIS BANK LUXEMBOURG, 5 ALLEE SCHEFFER, L-2520, LUXEMBOURG
HFIS CENT SEG CUST	CLEARSTREAM BANKIN S.A. - DUBLIN BRANCH, 13-17 DAWSON STREET, DUBLIN
EUROBANK EFG LUX	EUROBANK EFG PRIVATE BANK (LUXEMBOURG) S.A., 5, RUE JEAN MONNET, L-2180, LUXEMBOURG
BANQUE DE LUX BONY MELLON MGF	BANQUE DE LUXEMBOURG SA, 14, BOULEVARD ROYAL, L-2449, LUXEMBOURG THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
FIRST STATE IVM UK BONY MELLON ULF BONY MELLON AIM	FIRST STATE INV.MANAGEMENT (UK) LTD, 23, ST ANDREW SQUARE, EDINBURGH THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
BANQUE DELEN BE	BANQUE DELEN SA, BELGIUM, JAN VAN RIJSWIJCKLANN, 184, ANTWERPEN
FIL FUND MGT IE HSBCTUB INTL LUX	FIL FUND MANAGEMENT (IRELAND) LTD, MARCONI HOUSE, DIGGES LANE, DUBLIN 1-7 RUE NINA ET JULIEN LEFEVRE, L-1952, LUXEMBOURG
NTHTRST CA	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST TH	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
JPMORGAN BK LUX SA	JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C RTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
BNY MELLON GLG BNY MELLON HAM	BNY MELLON FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED (PGI), THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
NORTH TST INTL QUD	NORTHERN TRUST INTERNATIONAL FUND ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND), GEORGES COURT 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
BONY LUXEMBOURG SA	THE BANK OF NEW YORK (LUXEMBOURG)SA, AEROGOLF CENTER 1, HOHENHOF, L-1736, SENNINGERBERG
JPMORGAN BK LUX SA BNY MELLON FED	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C RTE DE TREVES L-2633, L-2633, SENNINGERBERG THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN

BNY MELLON WIN	THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
FUNDSMITH LLP	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BONY MELLON EII	THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
CAPITA FIN ADMINS	IBEX HOUSE, 41-47 MINORIES, LONDON
NTHTRST CA	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST TH	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST OC	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
PNC THIRD AVE	RIVERSIDE TWO, SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
SVENSKA HANDELS AB	SVENSKA HANDELSBANKEN AB (PUBL), BLASIEHOLMSTORG II, S - 106 70, STOCKHOLM
BANQUE DEGROOF LU KAS BANK N.V.	BANQUE DEGROOF LUXEMBOURG S.A., 12, RUE EUGENE RUPPERT, L-2453, LUXEMBOURG KAS BANK N.V., SPUISTRAAT 172, AMSTERDAM
RBCD INV SER LUX	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK SA, 14 PORTE DE FRANCE, L-4360, ESCH-SUR-ALZETTE
STATE STREET BLACK	STATE STREET FUND SERVICES (IRL)LTD, GUILD HOUSE, GUILD STREET, DUBLIN
CITI FD SRV IE BRD	CITI FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED, 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
NTHTRST GR EFF BANQUE DELEN LUX	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN BANQUE DELEN LUXEMBOURG, 287, ROUTE D'ARLON, LUXEMBOURG
BNP PARIBAS SG LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NTHTRST IE-FD JPOP	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD SWIS	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD CONT	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD BEDL	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
PETERCAM BE SA BNY MELLON PENSATO BONY MELLON BOAML JPM EUROPE LTD	PETERCAM S.A. / N.V, PLACE SAINTE-GUDULE, 19, B-1000, BRUXELLES (BRUSSEL) THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN J.P.MORGAN EUROPE LTD, 125 LONDON WALL, LONDON
BONY LUXEMBOURG SA	THE BANK OF NEW YORK (LUXEMBOURG) SA, AEROGOLF CENTER 1, HOHENHOF, L-1736, SENNINGERBERG
NTHTRST IE-FD SVG	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD HERM EFA/BCE	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN 2, RUE D'ALSACE, L-1017, LUXEMBOURG
JPMORGAN AM MNY MK	JPMORGAN ASSET MANAGEMENT (EUROPE) SARL - MONEY MARKET FUNDS, EUROPEAN BANK AND BUSINESS CENTRE, 6 ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
CARNEGIE FM SA	CARNEGIE FUND MANAGEMENT COMPANY S.A., CENTRE EUROPE, 5 PLACE DE LA GARE, L-1616, LUXEMBOURG

BNY MELLON WES	RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
NTHTST LTD LU	NORTHERN TRUST GLOBAL SERVICES LTD (LUX BRANCH), 2 RUE ALBERT BORSCHETTE, LUXEMBOURG
JPMORGAN BK LUX SA	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-12633, SENNINGERBERG
CITIBK EUR.PLIC(IE)	1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
RBCD INV SER IE	GEORGE'S QUAY HOUSE, 43 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD COLS	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD DYNA	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD OVER	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD WCM	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD CG.P	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD APS	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
BNY MELLON BBVA	BNY MELLON FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED (BBVA), THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
JPMORGAN BK LUX SA	JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
NTHTRST IFA IE	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
MARKS SPENCER UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MARLBOROUGH MGR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MCINROY WOOD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MELLON CLOSE MG UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MELLON PSIGMA UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
WDB ASSET MGMT LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IFDS LIONTRUST UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NTRS TRU CO UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PREMIER FND MGR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ROYAL LON TRU UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SAND AIRE LTD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SCOT WID UNT TR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SMITH WILLIAM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
THORNHILL TRU UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

VPS ODIN	NORWEGIAN CENTRAL SECURITIES DEPOSITORY, OSLO
FASTNET AMUNDI	31 TO 33 AVENUE PASTEUR, L-2311, LUXEMBOURG
SMT FUND SERVICES	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
UBS FUND SERV(IE)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SGSS (IE)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SWISS FIN.SERV	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HELVETIC FD.ADMIN	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HELVET FD ADM GIBR	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
WAY FND MGRS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ABACUS FIN SER IM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNP PARIBAS JERSEY	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
KLEINW.BENSON(JER)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
KLEINWORT BENSON	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IFG FND ADM IOM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
INTER ADMIN GUER	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RBSI CUSTOD JERSEY	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC SECSER IE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
OLD MUTUAL MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JPMORGAN AM JF LIQ	EUROPEAN BANK AND BUSINESS CENTRE, 6 ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
STAND LIFE INV SCO	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNY MELLON PGI	BNY MELLON FUND SERVICES (IRELAND) LIMITED (GLG), THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
ABACUS FIN.SERV.IM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PREMIER FD / BONY	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DISCR UNIT FND UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ECCLE INVEST UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
GOVETT INVEST UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HERMES INV MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
INSIGHT FND MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

AVIVA INV FND UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
STJAMES TRU GR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
VIRGIN MON TRU UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DEUTSCHE BK AG HK	55/F CHEUNG KONG CENTER, 2, QUEEN S ROAD, HK-, HONG KONG
HSBC HONG KONG	36/F SUN HUNG KAI CENTER, 30 HARBOUR ROAD, HK-, HONG KONG
DEUTSCHE BK LDN	1, GREAT WINCHESTER STREET, GB-EC2N2DB, LONDON
SOC. GENERALE B+T	11-13 AVENUE EMILE REUTER, L-2420, LUXEMBOURG
BK OF NEW YORK LDN	30 CANON STREET, GB-EC4M6H, LONDON
DEUTSCHE BK AG	CTAS / COMMON DEPOSITORY, GROSSE GALLUSSTRASSE 10-14, D-60272, FRANKFURT
BCEE	SERVICE TITRES-DPI / CEDEL, 1, RUE ZITHE, L-2954, LUXEMBOURG
BGL BNP PARIBAS SA	50, AVENUE JF KENNEDY, L-2953, LUXEMBOURG
BIL SA	69, ROUTE D ESCH, L-2953, LUXEMBOURG
CACEIS BANK LUX	5, ALLEE SCHEFFER, L-2520, LUXEMBOURG
MIZUHO T+B LUX	1B, PARC D ACTIVITE, L-5365, LUXEMBOURG
ROYAL BK CANADA-GB	RBC DS GLOBAL MARKETS, 71, QUEEN VICTORIA STREET, GB-EC4V4DE, LONDON
BNP PAR.S.S. LUX	10A, BOULEVARD ROYAL, L-2093, LUXEMBOURG
BOT-MITSUBISHI LTD	LONDON OFFICE, 12-15 FINSBURY CIRCUS, GB-EC2M7BT, LONDON
CITIBANK EUROPE	5,CARMELITE STREET / P.BOX 18055, GB-EC4Y0PA, LONDON
HSBC BANK PLC	SECURITIES SERVICES, 3/F MARINER HOUSE / PEPYS STREET, GB-EC3N4DA, LONDON
KREDIETBANK SA LUX	43, BOULEVARD ROYAL, L-2955, LUXEMBOURG
BANK OF NEW YORK	1, CHASESIDE LITTLEDOWN, GB-BH77DB, LONDON
DBS BANK LTD	6 SHENTON WAY #36-02, DBS BUILDING TOWER ONE, SINGAPORE
BOA LA SALLE GSTS	
ELAVON FS	
STAND.CHRTD BK.SG	
DEUTSCHE BK AG HK	DEUTSCHE BANK AG HONG KONG, 55/F CHEUNG KONG CENTER, 2 QUEEN S ROAD, HONG KONG
HSBC HONG KONG	THE HONG KONG SHANGHAI BK CORP, 36/F SUN HUNG KAI CENTER, 30 HARBOUR ROAD, HONG KONG
DEUTSCHE BK LDN	DEUTSCHE BANK AG LONDON, 1, GREAT WINCHESTER STREET, LONDON
SOC. GENERALE B+T	SOCIETE GENERALE BANK AND TRUST, 11-13 AVENUE EMILE REUTER, L-2420, LUXEMBOURG
BK OF NEW YORK LDN	THE BANK OF NEW YORK, 30 CANON STREET, LONDON
DEUTSCHE BK AG	DEUTSCHE BANK AG, CTAS / COMMON DEPOSITORY, GROSSE GALLUSSTRASSE 10-14, D-60272, FRANKFURT AM MAIN
BCEE	BANQUE ET CAISSE D EPARGNE, SERVICE TITRES-DPI / CEDEL, 1, RUE ZITHE, L-2954, LUXEMBOURG
BIL SA	DEXIA BANQUE INTERNATIONAL A LXB, 69, ROUTE D ESCH, L-2953, LUXEMBOURG
CACEIS BANK LUX	CACEIS BANK LUXEMBOURG, 5, ALLEE SCHEFFER, L-2520, LUXEMBOURG
MIZUHO T+B LUX	MIZUHO TRUST AND BANKING LUXEMBOURG SA, 1B, PARC D ACTIVITE, L-5365, LUXEMBOURG
BNP PAR.S.S. LUX	BNPPARIBAS LXB SEC SERVICES, 10A, BOULEVARD ROYAL, L-2093, LUXEMBOURG
BOT-MITSUBISHI LTD	THE BANK OF TOKYO-MITSUBISHI, LTD, LONDON OFFICE, 12-15 FINSBURY CIRCUS, LONDON

CITIBANK EUROPE	1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
HSBC BANK PLC	HSBC BANK PLC, SECURITIES SERVICES, 3/F MARINER HOUSE / PEPYS STREET, LONDON
KREDIETBANK SA LUX	KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, 43, BOULEVARD ROYAL, L-2955, LUXEMBOURG
DBS BANK LTD	DBS BANK LIMITED, DBS BUILDING TOWER ONE, 6 SHENTON WAY #36-02, SINGAPORE
BOA LA SALLE GSTS	5 CANADA SQUARE, LONDON
ELAVON FS	BLOCK E, CHERRYWOOD BUSINESS PARK LOUGHINSTOWN, DUBLIN
STAND.CHRTD BK.SG	8 MARINA BOULEVARD MARINA BAY FINANCIAL CENTRE TOWER 1, SINGAPORE
APEX FD SV.(MALTA)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, LUXEMBOURG
BOCPRUTRUS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITI FD SERV HK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE J.F KENNEDY, LUXEMBOURG
AXA BANK (BE)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, LUXEMBOURG
DEUTSCHE POSTBK LU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DEUTSCHE INT.CO.MU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RCM ASIA LTD (HK)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
THE SHARE CENTRE U	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
INTER FND MGRS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IFDS/VANGUARD INV.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MANEK INV MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NORW UNI TR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
OLD MUT INV UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SARAS INV FND UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
KAMES CAP MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BAR GLO JER	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CIS UNIT MGRS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CLAR LEU GUE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CRED SUI GUE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LLOYD TSB JER	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MERR LYN IOM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

M+G GUE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CAPITA JERSEY	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RBC TRS CO	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SAR INV FND GUE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
UBS AG JER	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PHOENIX FD SER UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NTRS TRU INT FD GU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ABERF TRST MGS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ARCH MULTI MAN UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BK IE FND MGRS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITY FINANCIAL (UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CLOSE BROS INV UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CONS UNIT TUS UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ARTEMIS FUND	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SWIP FUND MGMT LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
AXA FRAMLINGTON UT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CAZENOVE INV.FUND	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
INVESTEC FD MGRS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JUPITER UTRM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MAJEDIE ASSET MGNT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MARTIN CURRIE UNIT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
STANDARD BK JERSEY	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
M+G SECURITIES LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BLACKROCK FMC	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NEPTUNE INV.MGNT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IGNIS FD MGRS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SCHRODER INV.MGNT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

ALLIED DUNBAR IOM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MELLON HISCOX FDS	MELLON HISCOX FUNDS (UK), IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, LUXEMBOURG
FIL LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CAPITA FIN GRP GIB	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
AXA INV MRS LTD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CAPITA FIN ADM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ABERDEEN AM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ALLIANZ GL INV UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
FC UNIT MAN LTD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HENDERSON-EX GARTM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IFDS MANAGER LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NEW STAR INV FD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PRUDENTIAL UT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MORGAN STAN INT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RBC INV SER LUX	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK SA (NETWORK MANAGEMENT), 14 PORTE DE FRANCE, ESCH-SUR-ALZETTE
RATHBONE UT MGT UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RENSBURG FM LTD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
UBS GLOBAL AM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MELLON BANK (UK) NTH FD AD.SER CAB	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
GLG PART.INV.FD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
UK ONSHORE FDS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BAIL GIFF CO UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
FRANK TEMP UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
GAM STER UK NTH FD AD.DONOTUSE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
HENDS INV UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC AS EUR UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

INVESCO AM (UK)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JO HAM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JPMO FLEM UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LAZAR FND UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LEG GEN UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LEGG MAS INV UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LINC UNI TRST UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
T BAILEY FM LTD UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MELL NEWT FND UK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BANK OF BERM (CAY)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LGT BANK LIECHTENS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
STANDARD CHART SG	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
FORTIS BANK/HK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CUSTOM HOUSE IE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
STERLING MAN BAH	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
TMF FUND ADMIN NL	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CIM GLOB.BUSINESS CBP QUILVEST S.A.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG 7 RUE THOMAS EDISON, L-1445, LUXEMBOURG
DEUTSCHE BANK CAYM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MANAGEMNT INT BERM	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITCO FUND SERV AU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC INST.TR.SING.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SS+C FUND SERV NLA NTH FD AD.SERSTON	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
HSBC SECURITIES S	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITCO FD SERV.(EU)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
KLEINWORT BENS GU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC INSTITUTIONAL	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

DEUTSCHE BANK SING	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
COFIBOL-COMP. FIN.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BANQUE PUILAETCO (IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BANQUE BPP S.A.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CLARIDEN LEU INVES	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DERIVATIVES PORTFO	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ASHBURTON (JERSEY)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
APEX FD SERV DUBAI	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC GL ASS MGT HK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SMBC NIKKO BANK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITI HEDGE FUND SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CIRCLE INVESTMENT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CF FUND SERVICES S	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITIGROUP FUND SER	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC SECURITIES SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
NTH FD AD.SERDEUT	GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
HSBC BANK MALTA	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
OASIS GLOBAL MANAG	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
UBS AG (CAYMAN ISL	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PHOENIX FOUR INC	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SAFFERY CHAMPNESS	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNY MEL MONTANARO	THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN
INTERNATIONAL PRIV	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BANCO POPOLARE LUX	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
COMPUTERSHARE SERV	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SG SECURITIES (HK)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
IFS SELF DEPOSIT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DREYFUS FUNDS (US)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

HSBC INST TRST HK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC SEC SER IE ZE	HSBC SECURITIES SERVICES (IRELAND) LTD, 1 GRAND CANAL SQUARE, GRAND CANAL HARBOUR, DUBLIN
JPMLU T ROWE	JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
IFDS LUXEMBOURG S.	INTERNATIONAL FINANCIAL DATA SERVICES - LUXEMBOURG, 47, AVENUE J. F. KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
YEALAND ADMIN LTD M.M.WARBURG +CO LU	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG MM WARBURG AND CO, LUXEMBOURG
NTHTRST IE-FD HUNT VPS SKAGEN	NORTHERN TRUST (MARY McALESTER), 54-62 GEORGES COURT TOWNSEND STREET, DUBLIN NORWEGIAN CENTRAL SECURITIES DEPOSITORY, OSLO
JPM IE ADM BGI	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
JPM IE ADM CON	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
JPM IE ADM IFS	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
JPM IE ADM VAN	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
JPM IE ADM FRT	JP MORGAN ADMINISTRATION SERVICES (IRELAND) LTD, JP MORGAN HOUSE, GEORGES DOCK, IFSC, DUBLIN
BRANDEAUX ADM IE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNY MELLON OAKS	RIVERSIDE TWO SIR JOHN ROGERSON'S QUAY, GRAND CANAL DOCK, DUBLIN
FIDEURAM LUX	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV.JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
AMS FD SERV LUX	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
PETERCAM LUX	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JPMORGAN LU UNI	EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6 C RTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
ABERDEEN ASS.ASIA HSBC SEC SERV IRL CITI IRL KAMES	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG HSBC HOUSE HARCOURT, CENTRE HARCOURT STREET, DUBLIN 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN
RBC/BANCO POPOLARE	RBC INVESTOR SERVICE BANK S.A., 14,PORTE DE FRANCE, ESCH-SUR-ALZETTE
FIRST STATE SG	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
OHMAN SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNP PARIBAS HK LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HSBC SEC SERV LUXB CITI IRL WAVERTON M+G SECURITIES LTD CACEIS BELGIUM NORTHIE HADRON	HSBC SECURITIES SERVICES LUXEMBOURG, 40 AVENUE MONTEREY, LUXEMBOURG 1 NORTH WALL QUAY, DUBLIN M+G SECURITIES LTD, 5 LAURENCE POUNTNEY HILL, LONDON AVENUE DU PORT 86 C BOITE 320, BRUXELLES (BRUSSEL) GEORGES COURT 54-62 TOWNSEND STEET, DUBLIN

FRANK TEMP LUX INT LUXCSD VAULT OPERATOR IN FRANKFURT	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
GRANT THORNTON GI	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
WESTLB ASSM(LU)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
STD.CHR.BK HK	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
APEX FUND SERV LUX	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
ANSON SEC.LTD(GG)	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
MIZUHO T+B LUXBG	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CITCO (CANADA) INC	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BU.FND.MGRS.GG.LTD	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
CYPROMAN SERV.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
FASTNET IRELAND NORTHIE QIC GLOBAL	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG GEORGES COURT 54-62 TOWNSEND ST., DUBLIN
IFS - LIQUID/SP	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
TRIDENT FUND SERV.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SKANENBA FIA	SEB FUND SERVICES SA, 61 CIRCUIT DE LA FOIRE INTERNATIONALE, L-1347, LUXEMBOURG
THREAD.IN.S.LTD UK	THREADNEEDLE INVESTMENT SERVICES LIMITED, 60 ST MARY AXE, LONDON
BNY MIS(INTL) LTD	BNY MELLON INVESTMENT SERVICING (INTERNATIONAL) LIMITED, WEXFORD BUSINESS PARK, ROCHESTOWN, DRINAGH, WEXFORD
BQE ET CAISSE EP.	BANQUE ET CAISSE D EPARGNE DE L ETAT, 1 PLACE DE METZ, LUXEMBOURG
DNB NOR ASST MAN	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
RBC DEXIA LUX/GOLD	RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK SA, 14 PORTE DE FRANCE, L-4360, ESCH-SUR-ALZETTE
LIVERPOOL VICTORIA	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
JPMLU MAINFIRST	JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-2633, SENNINGERBERG
CARNEGIE FONDER SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
AMREGO KAPITAL SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
EVLI FUND MGT FI	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
LANNEBO FONDER SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SKANDIA FONDER SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG

SPP FONDER SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SELF DEP ENTITLEM.	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SWEDBANK ROBUR SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HANDELSBANKEN SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
HANDELSBANKEN FI	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SIMPLICITY AB SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
DNB ASSET MGT SE	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JFKENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
SEB SWEDEN	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AVENUE JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG
BNP SEC. SERV. IE NTHTRST IE-SARASIN	IFS - OPERATIONS DEPARTMENT, 42 AV. JF KENNEDY, L-1855, LUXEMBOURG NORTHERN TRUST SERVICES LTD, GEORGES COURT, 54-62, DUBLIN
NTHTRST IE-FD LOGI	NORTHERN TRUST SERVICES LIMITED, GEORGES COURT, 54-62, DUBLIN
EFA/SEB FIA BANQUE LBLUX SA	EFA/SKANDINAViska ENSKILDA BANKEN SA, 2 RUE DE L'ALSACE, L-1017, LUXEMBOURG BANQUE LBLUX SA, 3 RUE JEAN MONNET, LUXEMBOURG
MOVENTUM/BDL	MOVENTUM S.C.A., 12 RUE EUGENE RUPPERT, L-2453, LUXEMBOURG
EFS/BDL NAVAXX S.A./ BDL QUINTILLION LTD	EUROPEAN FUND SERVICES SA, 17 RUE ANTOINE JANS, L-1820, LUXEMBOURG NAVAXX S.A., 1A, RUE GABRIEL LIPPmann, L-5365, MUNSBACH QUINTILLION LIMITED, 24-26 CITY QUAY, DUBLIN
CRDT SUISSE FS LU	CREDIT SUISSE FUND SERVICES (LUXEMBOURG) S.A, 5 RUE JEAN MONNET, LUXEMBOURG
EFS/HSBC TUB BNYIE GUGGENHEIM GAM FD MGT LTD EFG	EUROPEAN FUND SERVICES SA, 17 RUE ANTOINE JANS, L-1820, LUXEMBOURG THE HARCOURT BUILDING, HARCOURT STREET, DUBLIN GEORGES COURT 54 TO 62 TOWNSEND STREET DUBLIN 2, DUBLIN
JPMLU BLK	JP MORGAN BANK LUXEMBOURG S.A., EUROPEAN BUSINESS CENTRE, 6C ROUTE DE TREVES, L-2633, SENningerberg
NTHTRST IE-FD KBI	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD UOB	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN
NTHTRST IE-FD HER SELIG.CO OYJ	NORTHERN TRUST, GEORGES COURT, 54-62 TOWNSEND STREET, DUBLIN SELIGSON AND CO OYJ, EROTTAJANKATU 1-3, HELSINKI
HSBC SEC SERV IRL	HSBC SECURITIES SERVICES IE LTD, HSBC HOUSE HARCOURT CENTRE HARCOURT STREET, DUBLIN

D. Recht des Käufers zum Widerruf

Kommt der Kauf von Anteilen an offenen Investmentvermögen aufgrund mündlicher Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen zustande, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt hat, so ist der Käufer berechtigt, seine Käuferklärung in Textform und ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu widerrufen (z.B. Brief, Fax, E-Mail). Das Widerrufsrecht besteht auch dann, wenn derjenige, der die Anteile verkauft oder den Verkauf vermittelt, keine ständigen Geschäftsräume hat.

Die Frist zum Widerruf beginnt erst zu laufen, wenn die Durchschrift des Antrags auf Vertragsschluss dem Käufer ausgehändigt oder ihm eine Kaufabrechnung übersandt worden ist und darin eine Belehrung über das Widerrufsrecht enthalten ist, die den Anforderungen des Art. 246 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch genügt. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ist der Fristbeginn streitig, trifft die Beweislast den Verkäufer. Der Widerruf ist schriftlich unter Angabe der Person des Erklärenden einschließlich dessen Unterschrift zu erklären, wobei eine Begründung nicht erforderlich ist.

Der Widerruf ist zu richten an

Universal-Investment-Gesellschaft mbH
Theodor-Heuss-Allee 70
60486 Frankfurt am Main

Telefax: (069) 7 10 43 – 700
Email: info@universal-investment.com

Ein Widerrufsrecht besteht nicht, wenn der Verkäufer nachweist, dass entweder der Käufer kein Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist oder er den Käufer zu den Verhandlungen, die zum Kauf der Anteile geführt haben, aufgrund vorhergehender Bestellung gemäß § 55 Abs. 1 der Gewerbeordnung aufgesucht hat.

Widerrufsfolgen

Ist der Widerruf wirksam erfolgt und hat der Käufer bereits Zahlungen geleistet, so sind ihm von der Gesellschaft gegebenenfalls Zug um Zug gegen Rückübertragung der erworbenen Anteile, die bezahlten Kosten und ein Betrag auszuzahlen, der dem Wert der bezahlten Anteile am Tage nach dem Eingang der Widerrufserklärung entspricht. Auf das Recht zum Widerruf kann nicht verzichtet werden.

Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend beim Verkauf der Anteile durch den Anleger.

E. Allgemeine Anlagebedingungen

ALLGEMEINE ANLAGEBEDINGUNGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern

und der

UNIVERSAL-INVESTMENT-GESELLSCHAFT MBH,

Frankfurt am Main,

(nachstehend „Gesellschaft“ genannt)

für die von der Gesellschaft verwalteten

Gemischten Sondervermögen, die nur in Verbindung

mit den für das jeweilige Gemischte Sondervermögen

aufgestellten Besonderen Anlagebedingungen

gelten.

§ 1 Grundlagen

- (1) Die Gesellschaft ist eine AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB).
- (2) Die Gesellschaft legt das bei ihr eingelegte Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem KAGB zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form eines Gemischten Sondervermögens an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte der Anleger werden Sammelurkunden ausgestellt. Der Geschäftszweck des Gemischten Sondervermögens ist auf die Kapitalanlage gemäß einer festgelegten Anlagestrategie im Rahmen einer kollektiven Vermögensverwaltung mittels der bei ihm eingelegten Mittel beschränkt; eine operative Tätigkeit und eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung der gehaltenen Vermögensgegenstände ist ausgeschlossen.
- (3) Das Rechtsverhältnis zwischen Gesellschaft und dem Anleger richtet sich nach den Allgemeinen Anlagebedingungen und Besonderen Anlagebedingungen des Gemischten Sondervermögens und dem KAGB.

§ 2 Verwahrstelle

- (1) Die Gesellschaft bestellt für das Gemischte Sondervermögen eine Einrichtung im Sinne des § 80 Abs. 2 KAGB als Verwahrstelle; die Verwahrstelle handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
- (2) Die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem mit der Gesellschaft geschlossenen Verwahrstellenvertrag, dem KAGB und den Anlagebedingungen.
- (3) Die Verwahrstelle kann Verwahraufgaben nach Maßgabe des § 82 KAGB auf ein anderes Unternehmen (Unterverwahrer) auslagern. Näheres hierzu enthält der Verkaufsprospekt.

- (4) Die Verwahrstelle haftet gegenüber dem Gemischten Sondervermögen oder gegenüber den Anlegern für das Abhandenkommen eines verwahrten Finanzinstrumentes im Sinne des § 81 Abs. 1 Nr. 1 KAGB durch die Verwahrstelle oder durch einen Unterverwahrer, dem die Verwahrung von Finanzinstrumenten nach § 82 Abs. 1 KAGB übertragen wurde. Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass das Abhandenkommen auf äußere Ereignisse zurückzuführen ist, deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Gegenmaßnahmen unabwendbar waren. Weitergehende Ansprüche, die sich aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts auf Grund von Verträgen oder unerlaubten Handlungen ergeben, bleiben unberührt. Die Verwahrstelle haftet auch gegenüber dem Gemischten Sondervermögen oder den Anlegern für sämtliche sonstigen Verluste, die diese dadurch erleiden, dass die Verwahrstelle fahrlässig oder vorsätzlich ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB nicht erfüllt. Die Haftung der Verwahrstelle bleibt von einer etwaigen Übertragung der Verwahraufgaben nach Absatz 3 Satz 1 unberührt.

§ 3 Fondsverwaltung

- (1) Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der gebotenen Sachkenntnis, Redlichkeit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Verwahrstelle und ausschließlich im Interesse der Anleger.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
- (3) Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände nach Maßgabe der §§ 193, 194 und 196 KAGB verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Gemischten Sondervermögen gehören. § 197 KAGB bleibt unberührt.

§ 4 Anlagegrundsätze

Das Gemischte Sondervermögen wird unmittelbar oder mittelbar nach dem Grundsatz der Risikomischung angelegt. Die Gesellschaft soll für das Gemischte Sondervermögen nur solche Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen. Sie bestimmt in den Besonderen Anlagebedingungen, welche Vermögensgegenstände für das Gemischte Sondervermögen erworben werden dürfen.

§ 5 Wertpapiere

Sofern die Besonderen Anlagebedingungen keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 198 KAGB für Rechnung des Gemischten Sondervermögens Wertpapiere nur erwerben, wenn

- a) sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
- b) sie ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder in einem dieser Staaten an einem anderen

organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) zugelassen ist¹³,

- c) ihre Zulassung an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel oder ihre Zulassung an einem organisierten Markt oder ihre Einbeziehung in diesen Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nach den Ausgabebedingungen zu beantragen ist, sofern die Zulassung oder Einbeziehung dieser Wertpapiere innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt,
- d) ihre Zulassung an einer Börse zum Handel oder ihre Zulassung an einem organisierten Markt oder die Einbeziehung in diesen Markt außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum nach den Ausgabebedingungen zu beantragen ist, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt zugelassen ist und die Zulassung oder Einbeziehung dieser Wertpapiere innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt,
- e) sie Aktien sind, die dem Gemischten Sondervermögen bei einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zustehen,
- f) sie in Ausübung von Bezugsrechten, die zum Gemischten Sondervermögen gehören, erworben werden,
- g) sie Anteile an geschlossenen Fonds sind, die die in § 193 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 KAGB genannten Kriterien erfüllen,
- h) sie Finanzinstrumente sind, die die in § 193 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 KAGB genannten Kriterien erfüllen.

Der Erwerb von Wertpapieren nach Satz 1 Buchstaben a) bis d) darf nur erfolgen, wenn zusätzlich die Voraussetzungen des § 193 Abs. 1 Satz 2 KAGB erfüllt sind. Erwerbbar sind auch Bezugsrechte, die aus Wertpapieren herrühren, welche ihrerseits nach diesem § 5 erwerbbar sind.

§ 6 Geldmarktinstrumente

- (1) Sofern die Besonderen Anlagebedingungen keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 198 KAGB für Rechnung des Gemischten Sondervermögens Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie verzinsliche Wertpapiere, die zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für das Gemischte Sondervermögen eine restliche Laufzeit von höchstens 397 Tagen haben, deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in 397 Tagen, marktgerecht angepasst wird oder deren Risikoprofil dem Risikoprofil solcher Wertpapiere entspricht (Geldmarktinstrumente), erwerben.

Geldmarktinstrumente dürfen für das Gemischte Sondervermögen nur erworben werden, wenn sie

- a) an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder dort an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind,
- b) ausschließlich an einer Börse außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen

¹³ Die Börsenliste wird auf der Homepage der Bundesanstalt veröffentlicht (<http://www.bafin.de>).

- Wirtschaftsraum zum Handel zugelassen oder dort an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind, sofern die Wahl dieser Börse oder dieses organisierten Marktes von der Bundesanstalt zugelassen ist¹⁴,
- c) von der Europäischen Union, dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat oder einer anderen zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, sofern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat dieses Bundesstaates oder von einer internationalen öffentlich-rechtlichen Einrichtung, der mindestens ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehört, begeben oder garantiert werden,
 - d) von einem Unternehmen begeben werden, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a) und b) bezeichneten Märkten gehandelt werden,
 - e) von einem Kreditinstitut, das nach den im Recht der Europäischen Union festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Kreditinstitut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Rechts der Europäischen Union gleichwertig sind, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert werden, oder
 - f) von anderen Emittenten begeben werden und diese den Anforderungen des § 194 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 KAGB entsprechen.
- (2) Geldmarktinstrumente im Sinne des Absatzes 1 dürfen nur erworben werden, wenn sie die jeweiligen Voraussetzungen des § 194 Abs. 2 und 3 KAGB erfüllen.

§ 7 Bankguthaben

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Gemischten Sondervermögens Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die auf Sperrkonten zu führenden Guthaben können bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterhalten werden; die Guthaben können auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Rechts der Europäischen Union gleichwertig sind, gehalten werden. Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts anderes bestimmt ist, können die Bankguthaben auch auf Fremdwährung lauten.

§ 8 Investmentanteile

- (1) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft für Rechnung des Gemischten Sondervermögens Anteile an Investmentvermögen gemäß der Richtlinie 2009/65/EG (OGAW-Richtlinie) erwerben. Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital sowie Anteile an offenen EU-AIF und ausländischen offenen AIF, können erworben werden, sofern sie die Anforderungen des § 196 Abs.1 Satz 2 KAGB erfüllen.
- (2) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft darüber hinaus Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 218 und 219 KAGB (Gemischte Sondervermögen), Aktien von Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, deren Satzung eine einem Gemischten Sondervermö-

¹⁴ Die Börsenliste wird auf der Homepage der Bundesanstalt veröffentlicht (<http://www.bafin.de>).

gen vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen AIF erwerben.

- (3) Anteile an Investmentvermögen gemäß den Absätzen 1 und 2 darf die Gesellschaft nur erwerben, wenn diese nach den Anlagebedingungen oder der Satzung der Kapitalverwaltungsgesellschaft, der Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital, des EU-Investmentvermögens, der EU-Verwaltungsgesellschaft, des ausländischen AIF oder der ausländischen AIF-Verwaltungsgesellschaft insgesamt höchstens 10 % des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen inländischen Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen AIF anlegen. Diese Grenze gilt nicht für Anteile oder Aktien an anderen inländischen, EU- oder ausländischen offenen Publikumsinvestmentvermögen im Sinne des § 196 KAGB sowie für Anteile oder Aktien an offenen Spezialinvestmentvermögen, sofern diese nach den jeweiligen Anlagebedingungen ausschließlich investieren dürfen in Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Wertpapiere nach Maßgabe des § 219 Abs. 3 Nr. 3 KAGB.
- (4) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft zusätzlich Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 220 bis 224 KAGB (Sonstige Sondervermögen), Aktien von Investment-aktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, deren Satzung eine einem Sonstigen Sondervermögen vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile oder Aktien an vergleichbaren EU- oder ausländischen AIF erwerben.
- (5) Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß Absatz 4 dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Verwahrstelle verwahrt werden oder die Funktionen der Verwahrstelle von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden und soweit diese Investmentvermögen ihre Mittel nach ihren Anlagebedingungen nicht ihrerseits in Anteile oder Aktien anderer Investmentvermögen anlegen dürfen. Satz 1 letzter Halbsatz gilt nicht für Anteile oder Aktien an anderen inländischen, EU- oder ausländischen offenen Publikumsinvestmentvermögen im Sinne des § 196 KAGB sowie für Anteile oder Aktien an offenen Spezialinvestmentvermögen, sofern diese nach den jeweiligen Anlagebedingungen ausschließlich investieren dürfen in Bankguthaben, Geldmarktinstrumente und Wertpapiere nach Maßgabe des § 219 Abs. 3 Nr. 3 KAGB. Die Gesellschaft darf nicht in Anteile an ausländischen offenen Investmentvermögen aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.
- (6) Darüber hinaus darf das Gemischte Sondervermögen Anteile oder Aktien an folgenden Investmentvermögen weiter halten, soweit diese zulässig vor dem 22. Juli 2013 nach den unten stehenden Regelungen erworben wurden:
 - a) Immobilien-Sondervermögen gemäß §§ 66 bis 82 des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung (InvG) (auch nach deren Umstellung auf das KAGB) sowie mit solchen Sondervermögen vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen, und
 - b) Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach § 112 InvG und/oder Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine dem § 112 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht (auch nach deren Umstellung auf das KAGB) sowie mit solchen Investmentvermögen vergleichbaren EU- oder ausländischen Investmentvermögen.

§ 9 Derivate

- (1) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft im Rahmen der Verwaltung des Gemischten Sondervermögens Derivate ge-

mäß § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente gemäß § 197 Abs. 1 Satz 2 KAGB einsetzen. Sie darf – der Art und dem Umfang der eingesetzten Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente entsprechend – zur Ermittlung der Auslastung der nach § 197 Abs. 2 KAGB festgesetzten Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente entweder den einfachen oder den qualifizierten Ansatz im Sinne der gemäß § 197 Abs. 3 KAGB erlassenen Verordnung über Risikomanagement und Risikomessung beim Einsatz von Derivaten, Wertpapier-Darlehen und Pensionsgeschäften in Investmentvermögen nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (DerivateV) nutzen; Erläuterungen dazu enthält der Verkaufsprospekt.

- (2) Sofern die Gesellschaft den einfachen Ansatz nutzt, darf sie regelmäßig nur Grundformen von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente oder Kombinationen aus diesen Derivaten, Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente sowie gemäß § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB zulässigen Basiswerten im Gemischten Sondervermögen einsetzen. Komplexe Derivate mit gemäß § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB zulässigen Basiswerten dürfen nur zu einem vernachlässigbaren Anteil eingesetzt werden. Der nach Maßgabe von § 16 DerivateV zu ermittelnde Anrechnungsbetrag des Gemischten Sondervermögens für das Marktrisiko darf zu keinem Zeitpunkt den Wert des Gemischten Sondervermögens übersteigen.

Grundformen von Derivaten sind:

- a) Terminkontrakte auf die Basiswerte nach § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB mit der Ausnahme von Investmentanteilen nach § 196 KAGB;
- b) Optionen oder Optionsscheine auf die Basiswerte nach § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB mit der Ausnahme von Investmentanteilen nach § 196 KAGB und auf Terminkontrakte nach Buchstabe a), wenn sie die folgenden Eigenschaften aufweisen:
 - aa) eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich und
 - bb) der Optionswert hängt zum Ausübungsortpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswerts ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
- c) Zinsswaps, Währungswaps oder Zins-Währungswaps;
- d) Optionen auf Swaps nach Buchstabe c), sofern sie die in Buchstabe b) unter Buchstaben aa) und bb) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions);
- e) Credit Default Swaps, die sich auf einen einzelnen Basiswert beziehen (Single Name Credit Default Swaps).

- (3) Sofern die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz nutzt, darf sie – vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems – in jegliche Finanzinstrumente mit derivativer Komponente oder Derivate investieren, die von einem gemäß § 197 Abs. 1 Satz 1 KAGB zulässigen Basiswert abgeleitet sind. Hierbei darf der dem Gemischten Sondervermögen zuzuordnende potenzielle Risikobetrag für das Marktrisiko (Risikobetrag) zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des potenziellen Risikobetrags für das Marktrisiko des zugehörigen Vergleichsvermögens gemäß § 9 DerivateV übersteigen. Alternativ darf der Risikobetrag zu keinem Zeitpunkt 20 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens übersteigen.
- (4) Unter keinen Umständen darf die Gesellschaft bei diesen Geschäften von den in den Anlagebedingungen oder von den im Verkaufsprospekt genannten Anlagegrundsätzen und -grenzen abweichen.
- (5) Die Gesellschaft wird Derivate und Finanzinstrumente mit derivativer Komponente zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung und der Erzielung von Zusatzerträgen einsetzen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anleger für geboten hält.

- (6) Bei der Ermittlung der Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente darf die Gesellschaft jederzeit gemäß § 6 Satz 3 DerivateV zwischen dem einfachen und dem qualifizierten Ansatz wechseln. Der Wechsel bedarf nicht der Genehmigung durch die Bundesanstalt, die Gesellschaft hat den Wechsel jedoch unverzüglich der Bundesanstalt anzuzeigen und im nächstfolgenden Halbjahres- oder Jahresbericht bekannt zu machen.
- (7) Beim Einsatz von Derivaten und Finanzinstrumenten mit derivativer Komponente wird die Gesellschaft die DerivateV beachten.

§ 10 Sonstige Anlageinstrumente

Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft für Rechnung des Gemischten Sondervermögens bis zu 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens in Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB anlegen.

§ 11 Emittentengrenzen und Anlagegrenzen

- (1) Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im KAGB, in der DerivateV und in den Anlagebedingungen festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
- (2) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einschließlich der in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen bis zu 5 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens erworben werden; in diesen Werten dürfen jedoch bis zu 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens angelegt werden, wenn dies in den Besonderen Anlagebedingungen vorgesehen ist und der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigt.
- (3) Die Gesellschaft darf in Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Geldmarktinstrumente, die vom Bund, einem Land, der Europäischen Union, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder seinen Gebietskörperschaften, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, einem Drittstaat oder von einer internationalen Organisation, der mindestens ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehört, ausgegeben oder garantiert worden sind, jeweils bis zu 35 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens anlegen.
- (4) In Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ausgegeben worden sind, darf die Gesellschaft jeweils bis zu 25 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens anlegen, wenn die Kreditinstitute aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen und die mit der Ausgabe der Schuldverschreibungen aufgenommenen Mittel nach den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die sich aus ihnen ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und die bei einem Ausfall des Emittenten vorrangig für die fällig werdenden Rückzahlungen und die Zahlung der Zinsen bestimmt sind. Legt die Gesellschaft mehr als 5 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens in Schuldverschreibungen desselben Emittenten nach Satz 1 an, so darf der Gesamtwert dieser Schuldverschreibungen 80 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigen.
- (5) Die Grenze in Absatz 3 darf für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten nach Maßgabe von § 206 Abs. 2 KAGB überschritten werden, sofern die Besonde-

ren Anlagebedingungen dies unter Angabe der betreffenden Emittenten vorsehen. In diesen Fällen müssen die für Rechnung des Gemischten Sondervermögens gehaltenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei nicht mehr als 30 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens in einer Emission gehalten werden dürfen.

- (6) Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 195 KAGB bei je einem Kreditinstitut anlegen.
- (7) Die Gesellschaft hat sicherzustellen, dass eine Kombination aus:
 - a) Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten, die von ein und derselben Einrichtung begeben werden,
 - b) Einlagen bei dieser Einrichtung und
 - c) Anrechnungsbeträgen für das Kontrahentenrisiko der mit dieser Einrichtung eingegangenen Geschäfte,
 20 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigt. Satz 1 gilt für die in Absatz 3 und 4 genannten Emittenten und Garantiegeber mit der Maßgabe, dass die Gesellschaft sicherzustellen hat, dass eine Kombination der in Satz 1 genannten Vermögensgegenstände und Anrechnungsbeträge 35 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigt. Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben in beiden Fällen unberührt.
- (8) Die in Absatz 3 und 4 genannten Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Geldmarktinstrumente werden bei der Anwendung der in Absatz 2 genannten Grenzen von 40 % nicht berücksichtigt. Die in den Absätzen 2 bis 4 und Absätzen 6 und 7 genannten Grenzen dürfen abweichend von der Regelung in Absatz 7 nicht kumuliert werden.
- (9) Die Gesellschaft darf in Anteilen an einem einzigen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 8 insgesamt nur in Höhe von bis zu 20 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens anlegen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Gemischten Sondervermögens nicht mehr als 25 % der ausgegebenen Anteile eines anderen offenen inländischen, EU- oder ausländischen Investmentvermögens, das nach dem Grundsatz der Risikomischung in Vermögensgegenstände im Sinne der §§ 192 bis 198 KAGB angelegt ist, erwerben.
- (10) Die Gesellschaft darf in Anteile oder Aktien nach § 8 Abs. 4 insgesamt nur bis zu 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens anlegen. Auf diese Grenze sind Anteile oder Aktien, die das Gemischte Sondervermögen gemäß § 8 Abs. 6 Buchst. b) hält, anzurechnen.
- (11) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Gemischten Sondervermögens nicht in mehr als zwei Investmentvermögen in Form von Sonstigen Sondervermögen vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager investieren.

§ 12 Verschmelzung

- (1) Die Gesellschaft darf nach Maßgabe der §§ 181 bis 191 KAGB
 - a) sämtliche Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten dieses Gemischten Sondervermögens auf ein anderes bestehendes oder ein neues, dadurch gegründetes Sondervermögen oder eine Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital übertragen;
 - b) sämtliche Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten eines anderen Sondervermögens oder einer Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital in das Gemischte Sondervermögen aufnehmen.

- (2) Die Verschmelzung bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt. Die Einzelheiten des Verfahrens ergeben sich aus den §§ 182 bis 191 KAGB.

§ 13 Wertpapier-Darlehen

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Gemischten Sondervermögens einem Wertpapier-Darlehensnehmer gegen ein marktgerechtes Entgelt nach Übertragung ausreichender Sicherheiten gemäß § 200 Abs. 2 KAGB ein jederzeit kündbares Wertpapier-Darlehen gewähren. Der Kurswert der zu übertragenden Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Gemischten Sondervermögens demselben Wertpapier-Darlehensnehmer einschließlich konzernangehöriger Unternehmen im Sinne des § 290 Handelsgesetzbuch (HGB) bereits als Wertpapier-Darlehen übertragenen Wertpapiere 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigen.
- (2) Werden die Sicherheiten für die übertragenen Wertpapiere vom Wertpapier-Darlehensnehmer in Guthaben erbracht, müssen die Guthaben auf Sperrkonten gemäß § 200 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 KAGB unterhalten werden. Alternativ darf die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Guthaben in der Währung des Guthabens in folgende Vermögensgegenstände anzulegen:
 - a) in Schuldverschreibungen, die eine hohe Qualität aufweisen und die vom Bund, einem Land, der Europäischen Union, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder seinen Gebietskörperschaften, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Drittstaat ausgegeben worden sind,
 - b) in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur entsprechend den von der Bundesanstalt auf Grundlage des § 4 Abs. 2 KAGB erlassenen Richtlinien oder
 - c) im Wege eines umgekehrten Pensionsgeschäfts mit einem Kreditinstitut, das die jederzeitige Rückforderung des aufgelaufenen Guthabens gewährleistet.

Die Erträge aus der Anlage der Sicherheiten stehen dem Gemischten Sondervermögen zu.

- (3) Die Gesellschaft kann sich auch eines von einer Wertpapiersammelbank oder von einem anderen in den Besonderen Anlagebedingungen genannten Unternehmen, dessen Unternehmensgegenstand die Abwicklung von grenzüberschreitenden Effektengeschäften für andere ist, organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, welches von den Anforderungen der §§ 200 und 201 KAGB abweicht, wenn durch die Bedingungen dieses Systems die Wahrung der Interessen der Anleger gewährleistet ist und von dem jederzeitigen Kündigungsrecht nach Absatz 1 nicht abgewichen wird.
- (4) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, darf die Gesellschaft Wertpapier-Darlehen auch in Bezug auf Geldmarktinstrumente und Investmentanteile gewähren sofern diese Vermögensgegenstände für das Gemischte Sondervermögen erwerbbar sind. Die Regelungen der Absätze 1 bis 3 gelten hierfür sinngemäß.

§ 14 Pensionsgeschäfte

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Gemischten Sondervermögens jederzeit kündbare Wertpapier-Pensionsgeschäfte im Sinne von § 340b Abs. 2 HGB gegen Entgelt mit Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten auf der Grundlage standardisierter Rahmenverträge abschließen.
- (2) Die Pensionsgeschäfte müssen Wertpapiere zum Gegenstand haben, die nach den Anlagebedingungen für das Gemischte Sondervermögen erworben werden dürfen.

- (3) Die Pensionsgeschäfte dürfen höchstens eine Laufzeit von 12 Monaten haben.
- (4) Sofern in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Anderweitiges bestimmt ist, darf die Gesellschaft Pensionsgeschäfte auch in Bezug auf Geldmarktinstrumente und Investmentanteile abschließen, sofern diese Vermögensgegenstände für das Gemischte Sondervermögen erwerbar sind. Die Regelungen der Absätze 1 bis 3 gelten hierfür sinngemäß.

§ 15 Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Verwahrstelle der Kreditaufnahme zustimmt.

§ 16 Anteile

- (1) Die in einer Sammelurkunde zu verbrieften Anteilscheine lauten auf den Inhaber.
- (2) Die Anteile können verschiedene Ausgestaltungsmerkmale, insbesondere hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den Besonderen Anlagebedingungen festgelegt.
- (3) Die Anteile sind übertragbar, soweit in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Abweichendes geregelt ist. Mit der Übertragung eines Anteils gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteils als der Berechtigte.
- (4) Die Rechte der Anleger bzw. die Rechte der Anleger einer Anteilkasse werden in einer Sammelurkunde verbrieft. Sie trägt mindestens die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Gesellschaft und der Verwahrstelle. Der Anspruch auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen. Sofern für das Gemischte Sondervermögen in der Vergangenheit effektive Stücke ausgegeben wurden und diese sich mit Ablauf des 31. Dezember 2016 nicht in Sammelverwahrung bei einer der in § 97 Abs. 1 Satz 2 KAGB genannten Stellen befinden, werden diese effektiven Stücke mit Ablauf des 31. Dezember 2016 kraftlos. Die Anteile der Anleger werden stattdessen in einer Sammelurkunde verbrieft und auf einem gesonderten Depot der Verwahrstelle gutgeschrieben. Mit der Einreichung eines kraftlosen effektiven Stücks bei der Verwahrstelle kann der Einreicher die Gutschrift eines entsprechenden Anteils auf ein von ihm zu benennendes und für ihn geführtes Depotkonto verlangen. Effektive Stücke, die sich mit Ablauf des 31. Dezember 2016 in Sammelverwahrung bei einer der in § 97 Abs. 1 Satz 2 KAGB genannten Stellen befinden, können jederzeit in eine Sammelurkunde überführt werden.

§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Aussetzung der Rücknahme

- (1) Die Anzahl der ausgegebenen Anteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
- (2) Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Verwahrstelle oder durch Vermittlung Dritter erworben werden. Die Besonderen Anlagebedingungen können vorsehen, dass Anteile nur von bestimmten Anlegern erworben und gehalten werden dürfen.

- (3) Die Anleger können von der Gesellschaft jederzeit die Rücknahme der Anteile verlangen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Gemischten Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Verwahrstelle.
- (4) Der Gesellschaft bleibt jedoch vorbehalten, die Rücknahme der Anteile gemäß § 98 Abs. 2 KAGB auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.
- (5) Die Gesellschaft hat die Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien über die Aussetzung gemäß Absatz 4 und die Wiederaufnahme der Rücknahme zu unterrichten. Die Anleger sind über die Aussetzung und Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteile unverzüglich nach der Bekanntmachung im Bundesanzeiger mittels eines dauerhaften Datenträgers zu unterrichten.

§ 18 Ausgabe- und Rücknahmepreise

- (1) Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile werden die Verkehrswerte der zu dem Gemischten Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der aufgenommenen Kredite und sonstigen Verbindlichkeiten (Nettoinventarwert) ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt (Anteilwert). Werden gemäß § 16 Abs. 2 unterschiedliche Anteilklassen für das Gemischte Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilkasse gesondert zu ermitteln. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß §§ 168 und 169 KAGB und der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung (KARBV).
- (2) Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert am Gemischten Sondervermögen gegebenenfalls zuzüglich eines in den Besonderen Anlagebedingungen festzusetzenden Ausgabeaufschlags gemäß § 165 Abs. 2 Nr. 8 KAGB. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert am Gemischten Sondervermögen gegebenenfalls abzüglich eines in den Besonderen Anlagebedingungen festzusetzenden Rücknahmeabschlags gemäß § 165 Abs. 2 Nr. 8 KAGB.
- (3) Der Abrechnungstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge ist spätestens der auf den Eingang des Anteilsabrufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag, soweit in den Besonderen Anlagebedingungen nichts anderes bestimmt ist.
- (4) Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden bei jeder Ausgabe und Rücknahme von Anteilen ermittelt. Soweit in den Besonderen Anlagebedingungen nichts weiteres bestimmt ist, können die Gesellschaft und die Verwahrstelle an gesetzlichen Feiertagen, die Börsentage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres von einer Ermittlung des Wertes absiehen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.

§ 19 Kosten

In den Besonderen Anlagebedingungen werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Verwahrstelle und Dritten zustehenden Vergütungen, die dem Gemischten Sondervermögen belastet werden können, genannt. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den Besonderen Anlagebedingungen darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und aufgrund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

§ 20 Besondere Informationspflichten gegenüber den Anlegern

Die Gesellschaft wird den Anleger gemäß den §§ 300, 308 Abs. 4 KAGB informieren. Die Einzelheiten sind in den Besonderen Anlagebedingungen festgelegt.

§ 21 Rechnungslegung

- (1) Spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Gemischten Sondervermögens macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 101 Abs. 1 bis 3 KAGB bekannt.
- (2) Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft einen Halbjahresbericht gemäß § 103 KAGB bekannt.
- (3) Wird das Recht zur Verwaltung des Gemischten Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen oder das Gemischte Sondervermögen während des Geschäftsjahres auf ein anderes Sondervermögen oder eine Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital verschmolzen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß Absatz 1 entspricht.
- (4) Wird das Gemischte Sondervermögen abgewickelt, hat die Verwahrstelle jährlich sowie auf den Tag, an dem die Abwicklung beendet ist, einen Abwicklungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß Absatz 1 entspricht.
- (5) Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Verwahrstelle und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt und in den wesentlichen Anlegerinformationen anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

§ 22 Kündigung und Abwicklung des Gemischten Sondervermögens

- (1) Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Gemischten Sondervermögens mit einer Frist von mindestens sechs Monaten durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen. Die Anleger sind über eine nach Satz 1 bekannt gemachte Kündigung mittels eines dauerhaften Datenträgers unverzüglich zu unterrichten.
- (2) Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Gemischte Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Gemischte Sondervermögen bzw. das Verfügungsberecht über das Gemischte Sondervermögen auf die Verwahrstelle über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung hat die Verwahrstelle einen Anspruch auf Vergütung ihrer Abwicklungstätigkeit, sowie auf Ersatz ihrer Aufwendungen, die für die Abwicklung erforderlich sind. Mit Genehmigung der Bundesanstalt kann die Verwahrstelle von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft die Verwaltung des Gemischten Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Anlagebedingungen übertragen.
- (3) Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 99 KAGB erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 21 Abs. 1 entspricht.

§ 23 Wechsel der Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle

- (1) Die Gesellschaft kann das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Gemischte Sondervermögen auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt.
- (2) Die genehmigte Übertragung wird im Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht bekannt gemacht. Die Anleger sind über eine nach Satz 1 bekannt gemachte Übertragung unverzüglich mittels eines dauerhaften Datenträgers zu unterrichten. Die Übertragung wird frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger wirksam.
- (3) Die Gesellschaft kann die Verwahrstelle für das Gemischte Sondervermögen wechseln. Der Wechsel bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt.

§ 24 Änderungen der Anlagebedingungen

- (1) Die Gesellschaft kann die Anlagebedingungen ändern.
- (2) Änderungen der Anlagebedingungen bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anlagegrundsätze des Gemischten Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.
- (3) Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr Inkrafttreten hinzuweisen. Im Falle von Kostenänderungen im Sinne des § 162 Abs. 2 Nr. 11 KAGB, Änderungen der Anlagegrundsätze des Gemischten Sondervermögens im Sinne des § 163 Abs. 3 KAGB oder Änderungen in Bezug auf wesentliche Anlegerrechte sind den Anlegern zeitgleich mit der Bekanntmachung nach Satz 1 die wesentlichen Inhalte der vorgesehenen Änderungen der Anlagebedingungen und ihre Hintergründe sowie eine Information über ihre Rechte nach § 163 Abs. 3 KAGB in einer verständlichen Art und Weise mittels eines dauerhaften Datenträgers gemäß § 163 Abs. 4 KAGB zu übermitteln.
- (4) Die Änderungen treten frühestens am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Bundesanzeiger in Kraft, im Falle von Änderungen der Kosten und der Anlagegrundsätze jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach der entsprechenden Bekanntmachung.

§ 25 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.

F. Besondere Anlagebedingungen

B E S O N D E R E A N L A G E B E D I N G U N G E N

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern

und der

UNIVERSAL-INVESTMENT-GESELLSCHAFT MBH,

Frankfurt am Main,

(nachstehend „Gesellschaft“ genannt)

für das von der Gesellschaft verwaltete

Gemischte Sondervermögen

MasterFonds-VV Ertrag,

die nur in Verbindung mit den für dieses Gemischte Sondervermögen

von der Gesellschaft aufgestellten

Allgemeinen Anlagebedingungen

gelten.

A N L A G E G R U N D S Ä T Z E U N D A N L A G E G R E N Z E N

§ 1 Vermögensgegenstände

- (1) Die Gesellschaft darf für das Gemischte Sondervermögen nur folgende Vermögensgegenstände erwerben:
 1. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 1 der Allgemeinen Anlagebedingungen und Anteile an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen,
 2. Geldmarktinstrumente gemäß § 6 der Allgemeinen Anlagebedingungen,
 3. Bankguthaben gemäß § 7 der Allgemeinen Anlagebedingungen.
Wertpapiere gemäß § 5 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Derivate gemäß § 9 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 der Allgemeinen Anlagebedingungen, Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 8 Abs. 4 werden nicht erworben.
- (2) Darüber hinaus darf das Gemischte Sondervermögen Anteile oder Aktien an Immobilien-Sondervermögen gemäß § 8 Abs. 6 Buchst. a) der Allgemeinen Anlagebedingungen weiter halten.

§ 1a Wertpapier-Darlehens- und Pensionsgeschäfte

Wertpapier-Darlehens- oder Pensionsgeschäfte gemäß den §§ 13 und 14 der Allgemeinen Anlagebedingungen werden nicht abgeschlossen.

§ 2 Anlagegrenzen

- (1) Mindestens 51 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens werden in allen zulässigen
 - a) Anteile oder Aktien an Investmentvermögen gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 angelegt und
 - b) Anteile oder Aktien an Immobilien-Sondervermögen gemäß § 1 Abs. 2 gehalten.
- (2) Das Gemischte Sondervermögen setzt sich zu höchstens 25 % aus Aktienfonds zusammen. Ein Aktienfonds ist ein Investmentvermögen, das aufgrund seiner Anlagebedingungen oder Satzung zu mindestens 51 % Aktien erwirbt oder ausweislich des letzten Jahresberichtes und/oder Halbjahresberichtes überwiegend in Aktien angelegt hat.
- (3) Das Gemischte Sondervermögen beteiligt sich weder unmittelbar noch mittelbar über eine Personengesellschaft zu 10 % oder mehr am Kapital einer Kapitalgesellschaft. Dies gilt nicht für Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien nach § 3 Nr. 21 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gerichtet ist.
- (4) Bis zu 50 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens dürfen in Anteilen an Immobilien-Sondervermögen im Sinne des § 8 Abs. 6 Buchst. a) der Allgemeinen Anlagebedingungen gehalten werden. Nach deren Anlagebedingungen können folgende Immobilien-Investitionen vorgesehen werden: Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke, Grundstücke im Zustand der Bebauung, unbebaute Grundstücke, Erbbaurechte, Beteiligungen an Immobiliengesellschaften, Rechte in Form des Wohnungseigentums, Teileigentums, Wohnungserbbaurechts und Teilerbbaurechts.
- (5) Das Gemischte Sondervermögen darf vollständig in Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 218 und 219 KAGB (Gemischte Sondervermögen) sowie Anteile an vergleichbaren EU- oder ausländischen AIF angelegt werden. Nach deren Anlagebedingungen können folgende Investitionen vorgesehen werden: Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, Investmentanteile nach § 196 KAGB, Derivate, Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 198 KAGB, Anteile oder Aktien an offenen Investmentvermögen gemäß §§ 219 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) und 219 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) KAGB.
- (6) Der Erwerb von Geldmarktinstrumenten ist bis zu 49 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens und nur nach Maßgabe des § 6 der Allgemeinen Anlagebedingungen möglich.
- (7) Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen über 5 % hinaus bis zu 10 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens erworben werden, wenn der Gesamtwert der Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens nicht übersteigt.
- (8) Bis zu 49 % des Wertes des Gemischten Sondervermögens dürfen in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der Allgemeinen Anlagebedingungen gehalten werden.

- (9) Das Gemischte Sondervermögen legt nur in Anteile oder Aktien an anderen AIF gemäß § 8 Abs. 1 und 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen an, wenn das andere Investmentvermögen folgende Anlagegrenzen beachtet:
- Es hält keine Unternehmensbeteiligungen in Form von Personengesellschaften.
 - Es investiert höchstens 20 % seines Wertes in Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die weder zum Handel an einer Börse zugelassen noch in einem anderen organisierten Markt zugelassen sind. Innerhalb dieser Grenze dürfen auch Unternehmensbeteiligungen in Form von Personengesellschaften gehalten werden, die vor dem 28. November 2013 erworben wurden.
 - Es beteiligt sich weder unmittelbar noch mittelbar über eine Personengesellschaft zu 10 % oder mehr am Kapital einer Kapitalgesellschaft. Dies gilt nicht für Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand auf die Erzeugung erneuerbarer Energien nach § 3 Nr. 21 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gerichtet ist.
 - Es legt nicht in Anteile an Hedgefonds an.
- (10) Das Gemischte Sondervermögen hält keine Anteile oder Aktien an Hedgefonds gemäß § 8 Abs. 6 Buchst. b) der Allgemeinen Anlagebedingungen.

§ 3 Anlageausschuss

Die Gesellschaft kann sich mit Blick auf das Gemischte Sondervermögen des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

ANTEILKLASSEN

§ 4 Anteilklassen

- (1) Für das Gemischte Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Abs. 2 der Allgemeinen Anlagebedingungen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung, der Verwahrstellenvergütung, der Vergütung für die Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaften, der Vertriebsgesellschaft, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden. Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.
- (2) Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ertragsverwendung, Ausgabeaufschlag, Währung des Anteilwertes, Verwaltungsvergütung, Verwahrstellenvergütung, Vergütung für Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaften, Vertriebsgesellschaft, Mindestanlagesumme oder eine Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.
- (3) Der Anteilwert wird für jede Anteilkasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern) und die in Absatz 1 genannten Vergütungen, die auf eine bestimmte Anteilkasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilkasse zugeordnet werden.

ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 5 Anteile

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Gemischten Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

§ 6 Ausgabe- und Rücknahmepreis

- (1) Der Ausgabeaufschlag beträgt 4,00 % des Anteilwerts. Es steht der Gesellschaft frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlages abzusehen. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilkasse im Verkaufsprospekt, im Jahres- und im Halbjahresbericht die erhobenen Ausgabeaufschläge an.
- (2) Die Rücknahme erfolgt zum Anteilwert. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

§ 7 Besondere Informationspflichten gegenüber den Anlegern

Die Informationen gemäß § 300 Abs. 1 und 2 KAGB sind im Anhang zum Jahresbericht enthalten. Die Informationen gemäß § 300 Abs. 4 sowie § 308 Abs. 4 KAGB werden den Anlegern per dauerhaften Datenträger übermittelt. Die Informationen gemäß § 300 Abs. 4 KAGB sind daneben in einem weiteren im Verkaufsprospekt zu benennenden Informationsmedium zu veröffentlichen.

§ 8 Kosten

- (1) Vergütungen, die der Gesellschaft aus dem Gemischten Sondervermögen zustehen:
 - a) Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Gemischten Sondervermögens eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 1,175 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Gesellschaft frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung zu berechnen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilkasse im Verkaufsprospekt, im Jahres- und Halbjahresbericht die erhobene Verwaltungsvergütung an.
 - b) Die Gesellschaft kann in den Fällen, in denen für das Gemischte Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche durchgesetzt werden, eine Vergütung von bis zu 5 % der für das Gemischte Sondervermögen – nach Abzug und Ausgleich der aus diesem Verfahren für das Gemischte Sondervermögen entstandenen Kosten – vereinnahmten Beträge berechnen.
- (2) Vergütungen, die aus dem Gemischten Sondervermögen an Dritte zu zahlen sind:

Die Gesellschaft kann sich bei der Umsetzung des Anlagekonzeptes einer Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft bedienen. In diesem Fall erhält die Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 0,30 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung in Rechnung zu stellen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen. Die Vergütung wird von der Verwaltungsver-

gütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Gemischten Sondervermögen zusätzlich belastet. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt, im Jahres- und Halbjahresbericht die erhobene Vergütung für die Anlageberatungs- oder Asset Management-Gesellschaft an.

- (3) Der Betrag, der jährlich aus dem Gemischten Sondervermögen nach den vorstehenden Absätzen 1 Buchstabe a) und 2 als Vergütungen entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,475 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird, betragen.
- (4) Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit eine vierteljährlich zahlbare Vergütung in Höhe von 0,25 % p.a. des Durchschnittswertes des Gemischten Sondervermögens, der aus den Werten eines jeden Bewertungstages errechnet wird. Es steht der Verwahrstelle frei, für das Gemischte Sondervermögen oder für eine oder mehrere Anteilklassen eine niedrigere Vergütung in Rechnung zu stellen oder von der Berechnung einer Vergütung abzusehen. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt, im Jahres- und Halbjahresbericht die erhobene Verwahrstellenvergütung an.
- (5) Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Gemischten Sondervermögens:
 - a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
 - b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, wesentliche Anlegerinformationen);
 - c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
 - d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Fondsverschmelzungen und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
 - e) Kosten für die Prüfung des Gemischten Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Gemischten Sondervermögens;
 - f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Gemischten Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Gemischten Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
 - h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Gemischte Sondervermögen erhoben werden;
 - i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Gemischte Sondervermögen;
 - j) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
 - k) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Gemischten Sondervermögens durch Dritte;
 - l) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;

- m) im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen sowie den vorstehend genannten Aufwendungen anfallende Steuern einschließlich der im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung entstehenden Steuern.
- (6) Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Gemischten Sondervermögen die im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.
- (7) Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Gemischten Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen und Aktien im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Gemischten Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Verwaltungsgesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist als Verwaltungsvergütung für die im Gemischten Sondervermögen gehaltenen Anteile oder Aktien berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 9 Thesaurierung der Erträge

Bei thesaurierenden Anteilklassen legt die Gesellschaft die während des Geschäftsjahrs angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die realisierten Veräußerungsgewinne im Gemischten Sondervermögen anteilig wieder an.

§ 10 Ausschüttung

- (1) Bei ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahrs auf die jeweilige Anteilkasse entfallenden, für Rechnung des Gemischten Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Realisierte Veräußerungsgewinne – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.
- (2) Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des Gemischten Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
- (3) Im Interesse der Substanzerhaltung können anteilige Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Gemischten Sondervermögen bestimmt werden.
- (4) Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres. Zwischenaußschüttungen können für einzelne Anteilklassen vorgesehen sein.

§ 11 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Gemischten Sondervermögens beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

